

## **7 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke, dann kommen wir jetzt zu einer Unterbrechung, weil ich wurde darauf hingewiesen, dass wir jetzt zu den Dringlichen kommen müssen. Wir beginnen mit dem Dringlichen der KPÖ zur Aufwertung der Freizeitpädagogik und Nachmittagsbetreuung.

### **7.1 Aufwertung der Freizeitpädagogik und Nachmittagsbetreuung durch die Hebung in den Bundesdienst (GR<sup>in</sup> Mina Naghibi, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Naghibi:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen auf der Galerie als auch via Livestream. Mein Anliegen, mit dem ich mich heute an Sie wende, ist die Aufwertung der Freizeitpädagogik und Nachmittagsbetreuung durch die Hebung in den Bundesdienst. Denn auch im Bereich der Nachmittagsbildung und -betreuung von Kindern sind in den letzten Jahrzehnten viele zum Teil sehr chronische Probleme im Bildungssystem entstanden und halten auch an. Zum Beispiel eine unklare beziehungsweise unvollständige Gesetzgebung, keine einheitlichen oder fairen Regelungen, schlechte systemische Rahmenbedingungen, die sich auch aus den mangelnden gesetzlichen Vorgaben resultieren lassen, Lohn-Dumping im Zuge der Privatisierung, mangelndes Equipment, also auch ganz banale Sachen wie ein Handy pro Gruppe, gibt es oft nicht, und vieles mehr. Also die Liste ist leider sehr, sehr lang. Jetzt gibt es die Möglichkeit aufgrund der geplanten Novellierung des Schulrechtes, dass dringend benötigte Verbesserungen für Personal, und im Zuge dessen auch für Kinder und Familien, gesetzlich verankert werden und dann auch in der Praxis umzusetzen sind. Aber im Zuge dieser Schulrechtsnovelle legte die Bundesregierung einen ersten Entwurf vor, der in diese Form das Aus für die Freizeitpädagogik bedeuten würde und stattdessen

Assistenzpädagogen, also Wahnsinn, was Sprache der Politik alles bewältigen kann, Assistenzpädagogen vorsieht, die zum einen ein Fünftel weniger verdienen würden, zum anderen, deren Ausbildung halbiert wird und verschlechtert wird, und zum dritten führt man gleichzeitig eine Matura als Hürde ein, wo in der Praxis die Expertinnen und Experten aufgrund der Hochschullehrer, die an der Pädagogischen Hochschule angeboten wird, ist die Ausbildung grundsätzlich sehr zu begrüßen und eine Matura als solches nicht notwendig. Aber natürlich, wenn man die Ausbildung infolgedessen halbieren möchte, dann muss man irgendeinen Grund finden und dann schlägt man so etwas wie eine Matura vor. Als Reaktion darauf, und das ist sehr verständlich, an Betriebsräte der städtischen Tagesbetreuung Wien, Klagenfurt und letztendlich auch in Graz zu Betriebsversammlung aufgerufen, also man merkt, es ist einfach etwas, was österreichweit ein Problem ist, um über Bedenken und Einwände der Expertinnen aus der bewusst Praxis, sowie über weitere Protestmaßnahmen zu sprechen. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen des Widerstands, das selbstverständlich von uns auch zu unterstützen ist, weil die Freizeitpädagog:innen immerhin gegen Verschlechterungen und für das Wohl der Kinder und der Familien auf die Straße gehen. Und mittlerweile wurden Gespräche über die Reformpläne zwischen Mitglieder der Gewerkschaft, der Arbeiterkammer und Personal der Tagesbetreuung und den Beamten des Bildungsministeriums aufgenommen. Denn Ziel ist es, die Beschäftigten natürlich einzubinden, weil sie sind die Experten und Expertinnen in der Praxis und sie kennen und sie wissen am besten, was eigentlich notwendig ist umzusetzen, damit das auch nicht weiter zu einer Personalflucht kommt. Langfristig ist eine echte Aufwertung der Freizeitpädagogik eben nur durch die Eingliederung in den Bundesdienst möglich und auch längst überfällig. Lohnverluste oder irgendwelche anderen Verschlechterungen und der Arbeitsbedingungen oder der Ausbildung dürfen aber damit nicht einhergehen. Eben, es soll ja dazu dienen, das Ganze zu verbessern und auf keinen Fall zu verschlechtern, denn sonst würden die Betreuungssituation und die Bildung der Kinder darunter leiden und das darf in keiner Stadt, in keiner Gemeinde und auch in keinem Bundesland der Fall sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgenden

**Antrag zu dringlichen Behandlung:**

Der Grazer Gemeinderat tritt an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege heran, bei der in Diskussion befindlichen Übernahme der Freizeitpädagog:innen in den Bundesdienst von jeglichen Verschlechterungen hinsichtlich Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung sowie der Matura als Einstiegskriterium in den Beruf abzusehen.

Und ich bitte um eine breite Annahme, weil es wirklich sehr, sehr wichtig ist, dass man die Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützt. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Bereich der Nachmittagsbildung und -betreuung von Kindern sind in den letzten Jahrzehnten viele strukturelle Probleme des Bildungssystems entstanden. Während in den letzten Jahren die Anzahl der Ganztagsvolksschulen und der offenen Volksschulen mit Nachmittagsbetreuung konstant ansteigt, ging die Anzahl der Horte und alterserweiterten Kinderhausgruppen zurück beziehungsweise wurde nie annähernd ausreichend ausgebaut. Horte sind Bildungs- und -betreuungsstätten, die Schulkindern und pädagogischem Personal – welches u.a. in Lerndidaktik und Freizeitpädagogik ausgebildet ist und über den gesamten Zeitraum der Ausbildung ein Fachpraktikum absolviert hat – eigene Räumlichkeiten und Ressourcen fördernd und unterstützend zur Verfügung stellen können. Hinzu kommt, dass Hortpädagog:innen von Kinderbetreuer:innen unterstützt werden. Gemeinsam betreuen, fördern und erziehen sie eine Gruppe von 20 Kindern. In alterserweiterten Kinderhausgruppen, die von Elementarpädagog:innen, mit Hortpädagogik als Zusatzausbildung, und zwei Kinderbetreuer:innen geführt wird, umfasst die maximale Gruppengröße 30 Kinder, wovon meist zwei bis sechs Schulkinder sind. Daraus ergibt sich schnell, dass auf diesem Bildungsweg zwar mehr in die Bildungs- und Beziehungsarbeit investiert wird, was auf jeden Fall zu begrüßen ist, es aber sehr viel mehr Betreuungsplätze braucht,*

*um den Bedarf der Nachmittagsbetreuung und Lernbetreuung der über 4.000 Schüler:innen, allein in Graz, zu decken. Als Konsequenz daraus wurde die Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen sehr stark ausgebaut. Jedoch gab es aufgrund des rasanten Wachstums und herausfordernden Rahmenbedingungen auch in diesem Bildungssektor nicht genug Personal. Daher wurde die Berufsgruppe der Freizeitpädagog:innen geschaffen, die nun seit über 10 Jahren wesentlich dazu beiträgt, dass trotz Lehrer:innenmangels der Personalbedarf beim Ausbau der schulischen Tagesbetreuung überhaupt annähernd gedeckt werden kann. Das zeigt sich auch im Personal-Kind-Schlüssel, so fallen auf eine:n Freizeitpädagog:in 25 Kinder im regulären Fall und bei Personalmangel noch mehr. Anfangs gab es keine klaren Voraussetzungen bezüglich der benötigten Ausbildung der Nachmittagsbetreuer:innen, was zur Folge hatte, dass es sehr oft zu schlechten Einstufungen im Kollektivvertrag für die Angestellten kam. Andererseits kam es für sie zu Leerstunden in der individuellen Lernzeit, weil die Schüler:innen nur unter fachlicher Hilfestellung ihre Hausaufgaben erledigen können und dazu dürfen nur Lehrpersonal und Hortpädagog:innen eingesetzt werden. Mittlerweile ist der Hochschullehrgang „Freizeitpädagogik“ an der Pädagogischen Hochschule hierfür angedacht, weshalb Beschäftigte der städtischen Tagesbetreuung bis zum Zeitraum 2024/2025 diese Nachschulung absolviert haben müssen, sodass sie die Schulkinder auch bei der korrekten Erledigung der Hausaufgaben mittels didaktischer Kompetenzen unterstützen können. Voraussetzung für die Zuteilung eines solchen Studienplatzes ist nicht die Matura, sondern die Absolvierung eines Aufnahmeverfahrens, was völlig ausreichend ist.*

*Ein anderes, sehr großes Problem für das Personal der Nachmittagsbetreuung und in Folge dessen für die qualitätsvolle, faire Aufrechterhaltung und Gewährleistung der städtischen Tagesbetreuung ist, dass die gesetzlichen Vorgaben bisher viel zu unklar sind, wer konkret für die Nachmittagsbetreuung zuständig ist – zum Teil ist das die Direktion der jeweiligen Schule, zum Teil die Bildungsdirektion. Daraus resultiert, dass es keine einheitlichen und bindenden Vorgaben gibt, die für die Nachmittagsbetreuung an alle Schulen gleichermaßen gelten und zudem budgetär abgedeckt sind. Das heißt,*

*im schlimmsten Fall kann die Direktion einer Schule sich selbst zum Leiter der Nachmittagsbetreuung ernennen, das dazugehörige Budget selbst verwalten und alle administrativen Aufgaben an die Nachmittagsbetreuer:innen delegieren, die das dann unentgeltlich verrichten müssen. Auch das hat zur hohen Fluktuation in diesem Berufsfeld geführt. In sehr vielen Schulen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Schuldirektion und Nachmittagsbetreuung sehr gut, nichtsdestotrotz sind Gesetze auch dazu da, Missstände zu verhindern und müssen dementsprechend verfasst werden.*

*Im Zuge der Schulrechts-Novelle plant die Bundesregierung im ersten Anlauf eines Entwurfes das Aus für die Freizeitpädagogik. Freizeitpädagog:innen, die in der schulischen Tagesbetreuung den Freizeiteil gestalten, sollen laut diesem Entwurf zu „Assistenzpädagog:innen“ werden. Der vorliegende Entwurf enthält zudem Gehaltskürzungen von bis zu einem Fünftel, eine Verschlechterung beziehungsweise Verkürzung der Ausbildung, eine unklare arbeitsrechtliche Situation und unsinnige Einstiegshürden durch die Matura als Voraussetzung.*

*Als Reaktion darauf, haben Betriebsräte der städtischen Tagesbetreuung in Wien, Klagenfurt und letztlich auch Graz zur Betriebsversammlung aufgerufen, um über Bedenken und Einwände der Expert:innen aus der Berufspraxis, sowie über weitere Protestmaßnahmen zu sprechen. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen des Widerstands, das selbstverständlich zu unterstützen ist, weil die Freizeitpädagog:innen gegen Verschlechterungen und für das Wohl unserer Kinder auf die Straße gehen. Mittlerweile wurden Gespräche über die Reformpläne zwischen Mitgliedern der Gewerkschaft, der Arbeiterkammer und Personal der Tagesbetreuung mit Beamten des Bildungsministeriums aufgenommen. Ziel ist es, die Beschäftigten einzubinden, denn um das Gesetz angemessen novellieren zu können, muss auch die Expertise der Freizeitpädagog:innen mit einfließen können. Sie kennen die berufliche Praxis am besten.*

*Langfristig ist eine echte Aufwertung der Freizeitpädagogik nur durch die Eingliederung in den Bundesdienst möglich und längst überfällig. Auch in der Elementarpädagogik gibt es seit Jahrzehnten diese Forderung. Lohnverluste oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder Ausbildung dürfen damit nicht einhergehen, denn damit leidet auch immer die Betreuungssituation und Bildung der Kinder, was auf keinen Fall hinzunehmen ist. In keiner Stadt, keiner Gemeinde, keinem Bundesland.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Der Grazer Gemeinderat tritt an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege heran, bei der in Diskussion befindlichen Übernahme der Freizeitpädagog:innen in den Bundesdienst von jeglichen Verschlechterungen hinsichtlich Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung sowie der Matura als Einstiegskriterium in den Beruf abzusehen.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (16.25 Uhr).**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mina. Danke, dass du den dringlichen Antrag einbringst. Ich kündige an, dass wir sowohl der Dringlichkeit, als auch dem Inhalt zustimmen werden. Ich glaube, das ist Thema, mit dem viele von uns konfrontiert waren, weil es auch in den Medien sehr präsent war. Ich habe selbst viel Kontakt gehabt mit den Nachmittagsbetreuer:innen und Freizeitpädagog:innen auf unserer Schule, auch mit anderen. Es gab zu Recht sehr viel Aufruhr, also, weil einfach die Furcht im Raum stand dann eben, dass es zu

Gehaltseinbußen zum Beispiel kommt, aber das meiste lässt sich ja zum Glück auflösen. Ich war auch in direktem Kontakt mit der grünen Nationalratsabgeordneten in Wien, die ja hier mitverhandelt. Und das, was du eben auch gesagt hast, was der eigentliche Gedanke hinter der Reform nämlich ist, ist ja eigentlich eine Besserstellung des Berufs, nämlich, dass die ganzen Freizeitpädagog:innen in den öffentlichen Dienst übergeführt werden und nicht über einen Verein oder über irgendwelche anderen Konstruktionen, die meistens in viel schlechteren Verträgen angestellt sind als die normalen Lehrer:innen, die Vormittags-Lehrer:innen wenn man so will. Das ist eigentlich der Gedanke hinter dem Gesetzesentwurf gewesen. Dann ist es irgendwie zu einem seltsamen Zeitpunkt nach Außen gelangt, unfertig und mit Dingen, die unklar waren. Ich möchte wirklich noch einmal betonen, von grüner Seite ist immer klar gewesen, es darf keinesfalls zu schlechterem Gehalt kommen. Es ist wirklich das Ziel von dem Ganzen, dass alle, die am Nachmittag arbeiten, im öffentlichen Dienst sind, alle Vorteile haben, die eine Anstellung im öffentlichen Dienst mit sich bringt, und, was man ehrlicherweise sagen muss, dieser Name Assistenzpädagogik ist ein unglücklicher, weil es quasi in den Raum gestellt, als ob es nur Hilfskräfte für die anderen Lehrer:innen wären, was ja natürlich überhaupt nicht der Fall ist. Ich glaube, daran wird auch gearbeitet, dass das geändert wird, dieser Name. Jedenfalls unterstützen wir den dringlichen Antrag, aber ich möchte auch einfach ganz klarmachen, vielleicht spreche ich hier eh auch für die ÖVP, dass es auch auf Bundesseite eigentlich so gesehen wird, und deswegen wurden ja die ganzen Streiks auch schon abgesagt, weil jetzt mittlerweile alle miteinander im Gespräch sind und sich auch vieles aus der Welt räumen hat lassen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Kreiner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, liebe Antragstellerin. Selbstverständlich wünschen wir uns für unsere Freizeitpädagog:innen gut Bezahlung, positive Arbeitsbedingungen und eine fundierte Ausbildung noch mehr. Wir wünschen uns nicht nur keine Verschlechterung,

sondern wir wünschen uns eine Verbesserung, um es positiv auszudrücken. Genau deshalb befasst man sich auf Bundesebene gerade mit dem Thema der Freizeitpädagogik. Mina, du sprichst in deinem Motiventext von einem ersten Anlauf eines Entwurfs, das heißt, viele Dinge sind hier noch nicht besprochen, viele Gespräche noch nicht geführt. Trotzdem ist von Gehaltskürzungen, eine Verschlechterung und einer Verkürzung der Ausbildungszeit und unklarer arbeitsrechtlicher Situationen die Rede. Das stimmt so jedoch nicht, da all jene, die bereits als Freizeitpädagog:innen angestellt sind, sowohl im Job selbst, als auch beim Gehalt, keine Veränderungen erfahren sollen, also keine Verschlechterung. Die neue Assistenzpädagogik sollte viel mehr als Ergänzung gesehen werden, die zukünftig volle Anstellungsverhältnisse ermöglichen könnte, und dies wiederum wäre ein Anreiz für Menschen, für die Job bis jetzt keine Option gewesen wäre. Ein weiterer Vorteil wäre die Beschäftigungssicherheit und eine Anstellung wie eine Lehrkraft, inklusive vergleichbarer Ferienregelungen. Weiters gilt es klarzustellen, dass diese Verhandlungen mit Ländern und Gemeinden erst stattfinden, um Ausbildungswege, Gehälter und Ferienbetreuungen zu besprechen. So gesehen ist die Sorge der Freizeitpädagog:innen zu diesem Zeitpunkt unbegründet. Tatsache ist, dass es noch keine konkreten Pläne gibt und man sich in der Verhandlungsphase befindet. Liebe Mina, obwohl es auf Bundesebene die bereits von dir geforderten Gespräche auf Augenhöhe gibt, werden wieder dem Antrag zustimmen, sehen aber auch einen anderen Aspekt als dringlich, nämlich den der besseren Bezahlung Stadt Graz, wie schon bereits im Dezember 2021 von uns eingebracht, vor allen, um hinsichtlich der Bezahlung und der Wertschätzung ein sichtbares Zeichen in unserer Stadt zu setzen. Uns wäre auch wichtig für die Kinderbetreuer:innen und Pädagog:innen im Kinderbildungs- und -betreuungs Bereich eine Lohnerhöhung von 200 Euro brutto umzusetzen. Das ist auch die Erhöhung der entsprechenden Personalförderung im Tarifsysteem, um auch privaten Trägern eine Möglichkeit der besseren Entlohnung zu schaffen. Da sich der Zusatzantrag auf den ursprünglichen Dringlichkeitsantrag beziehen muss, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**Zusatzantrag,**

bezogen auf den Freizeitpädagog:innen und der Nachmittagsbetreuung, wie folgt: Das heißt, Punkt 1 und Punkt 3 in meinen Antrag bringe ich jetzt so nicht ein aber dafür den Punkt 2:

Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des Vollzeitäquivalents-Bruttogehalts der Angestellten in der schulischen Tagesbetreuung um 200 Euro umsetzbar ist. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Die Stadt Graz hat sich im Kinderbetreuungsbereich in den letzten Jahren aufgrund der massiven Anstrengungen und Investitionen im Ausbau der Betreuungsplätze seit 2014 hervorragend entwickelt. Trotz stark steigender Kinderzahlen ist es gelungen, den Versorgungsgrad nicht nur zu halten, sondern zu verbessern. Die positive Entwicklung im Ausbau von Plätzen auf der einen Seite verschärft auf der anderen Seite aber auch die Probleme im Personalbereich. Ein wichtiger Schritt, um vermehrt junge Menschen zu motivieren, wäre es, das Grundgehalt der Kinderbetreuer:innen und Pädagog:innen zu erhöhen.*

*Wie schon bereits im Dezember 2021 von der ÖVP gefordert, wollen wir hinsichtlich der Bezahlung und der Wertschätzung ein sichtbares Zeichen in unserer Stadt setzen und ein klares Bekenntnis für die Wichtigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinderbetreuung und der Nachmittagsbetreuung abgeben.*

*Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**Zusatzantrag:**

- ~~1. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der Kinderbetreuerinnen, wie der Pädagoginnen im Kibibetbereich um jeweils 200,00 Euro brutto umsetzbar ist.~~
2. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der Angestellten in der schulischen Tagesbetreuung um 200 Euro umsetzbar ist.
- ~~3. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Erhöhung der entsprechenden Personalförderung im Tarifsysteem machbar ist, um auch den privaten Trägern die Möglichkeit zu geben, ihr Personal besser zu entlohnen.~~

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Wir begrüßen den Antrag natürlich sehr, aber ich habe meiner Vorrednerin gerade sehr gut zugehört und das Thema ist nicht nur dringlich, weil derzeit gerade darüber verhandelt wird, es ist auch dringlich, weil derzeit gerade Leute, die in diesem Bereich arbeiten, um ihre Arbeitsplätze bangen. Und wenn ich dann höre von meiner Vorrednerin, die Sorgen dieser Menschen sind unbegründet, dann muss ich ganz klar einfach mich hier hinstellen und sage, die Sorgen sind nicht unbegründet, denn diesen Menschen sind der Teil, die 20 Jahre teilweise Erfahrung haben, die in diesem Bereich sehr lange schon gearbeitet haben, Ausbildungen in diesem Bereich haben, denen dann aber gesagt wird, du könntest diesen Arbeitsplatz verlieren, weil du keine Matura hast. Und diese Menschen kenne ich persönlich, das sind meine Kolleg:innen und meine Freund:innen und denen wird gerade gesagt, ihre Sorgen um ihren Arbeitsplatz sind unbegründet. Und dieser Hinsicht begrüße ich sehr, diesen dringlichen Antrag, weil es ist scheinbar bei einer Fraktion noch nicht angekommen, dass es sehr, sehr dringlich ist, weil es da nicht nur um die Betreuung von Kindern geht, die qualitative Betreuung

von unseren Kindern, sondern auch um die Arbeitsplätze der dort ansässigen Pädagoginnen und Pädagogen (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Zur Dringlichkeit Herr Stadtrat Hohensinner.

**StR Hohensinner:**

Also in Graz haben wir ...

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Nachher zum Inhalt, Herr Stadtrat. Es war schon eine Wortmeldung von euch. Ist aber kein Problem, ich könnte mir vorstellen, dass es eh eine Mehrheit findet.

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Bei allem Respekt einem Beschützerinstinkt politischer Kollegen auf Landes- oder Bundesebene gegenüber, muss man schon sagen, doch, es ist sehr dringlich. Aus den Gründen die meine Kollegen Anna Robosch angesprochen hat. Aber wenn ich das auch persönlich begründen darf, ich bin jetzt in meinem zehnten Dienstjahr als Kindergartenpädagogin und Hortpädagogin, seit einigen Jahren auch ehrenamtlich bevor ich Gemeinderätin wurde, tätig. Und es ist nicht das erste Mal, dass eine Novellierung von einem Gesetz ansteht, auf Landesebene oder auf Bundesebene, und es kommt zu Verschlechterungen. Und wenn es dann nicht ein deutliches Zeichen des Widerstands gibt, weil oft sind es hunderte von Stellungnahmen seitens des pädagogischen Personals, und gäbe es dieses Zeichen des Widerstands nicht, auch von uns politisch Verantwortlichen und Vertretern, ich würde mir das gar nicht ausmalen wollen, was hier jetzt schon Gang und Gäbe ist. Also ja, es ist sehr notwendig für die

Leute zu sprechen, es ist auch sehr notwendig für die Kinder und die Familien zu sprechen. Das sind Themen, die zum Teil auch ins Finanzielle eingehen, da sind Unterschiede zwischen den Bundesländern. In der Steiermark zahlen sie Hunderte von Euros für die Nachmittagsbetreuung, in Wien ist es kostenlos. Es sind so, so viele Probleme in allen Bereichen, und das ist mehr als dringlich. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**StR Hohensinner:**

Danke, Frau Bürgermeisterin. Ich glaube, wer mich kennt, weiß, ich bin im regen Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Nachmittagsbetreuung. Der Personalvertreter ist der Herr Schwarz, der macht seine Arbeit wirklich großartig. Ich bin mit ihm sehr oft zusammengesessen und wir haben dann auch gesagt, dass wir als Stadt Graz auch etwas verbessern könnten, wie zum Beispiel von der Regierung dann vorgeschlagen wurde, dass ein COVID-Bonus den Kinderkrippenbetreuer:innen und -pädagog:innen, den Kindergartenbetreuer:innen und -pädagog:innen gewährt wird, was ja bisher noch nicht ausgezahlt ist, ich hoffe, das kommt bald zur Auszahlung, haben wir gesagt, wir müssen alle Pädagog:innen und Betreuer:innen in der Stadt Graz gleich wertschätzen, und da habe ich ja auch gesagt, das wäre gut, wenn dieser Tausender auch die Kolleginnen und Kollegen der Nachmittagsbetreuung ausbezahlt wird. Also da war von euch leider keine Bereitschaft da. Die Kollegin Kreiner hat auch ausgeführt, wir müssen nicht immer warten, bis der Bund irgendeine Änderung macht, wir hätten auch die 200 Euro im Monat mehr selbst hier entscheiden können. Es war leider keine Bereitschaft da. Aber es gibt jetzt die Idee, dass man die Qualität bundesweit absichert, ich glaube, das ist eine Chance, aber ich gebe euch Recht, da braucht es eine Absicherung, dass es zu keiner Verschlechterung kommt. Und jetzt setze ich mein Papa-Kapperl auf, ich habe einen Sohn in der ersten Klasse Volksschule. Ich bekomme immer über die digitale Plattform mit, was gerade in der Schule passiert. Es hat einen Streik gegeben, ich habe vollstes Verständnis, dass man

seine Rechte einfordert. Es war ein zweiter Streik jetzt angesetzt, aber dieser Streik wurde dann wieder zurückgenommen. Warum? Weil der Bundesminister wirklich gute Gespräche führt, zugesichert hat, dass es hier zu keiner Verschlechterung kommt. Und da möchte ich jetzt schon sagen, Klassenkampf und wir gehen auf die Straße, das sollte man machen, wenn wirklich etwas anbrennt, wenn wirklich die Gefahr ist, dass es zu Verschlechterungen kommt, aber in diesem Fall wurde der Streik von den Vertreterinnen und Vertretern abgesagt. Ich bekomme das ja mit, dass die Nachmittagsbetreuung dann planmäßig bis 16.00 Uhr stattfindet. Deswegen, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, aber, es ist jetzt wirklich nicht an der Zeit, dass wir hier jetzt wirklich ganz ein düsteres Bild zeichnen, sondern ich sehe eine Chance drinnen. Wir haben immer das Problem gehabt in der Schule, dass es zwei Arbeitgeber gegeben hat, einerseits die Bildungsdirektion, andererseits die Stadt Graz. Es gab immer Schwierigkeiten hinsichtlich einer Absprache. Sehen wir das als Chance, ich werde mich persönlich einsetzen, dass es zu keiner Verschlechterung kommt, aber bitte zeichnen wir jetzt nicht wirklich den schlechtesten Ausgang. Das wird gutgehen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Kreiner:**

Ich darf hier vielleicht noch anmerken, dass auch im Zuge des Pressetermins schon im Juni angemerkt worden ist, dass es von allen Seiten betont worden ist, dass man sich erst in der ersten Verhandlungsphase befindet und dass es noch keine konkreten Pläne gibt, und trotzdem sind damals dann die Wogen hochgegangen. Es ist auch festzuhalten, dass einfach gewisse Details zu Plänen an die Öffentlichkeit gegangen sind, die auch unvollständig waren und so nicht stimmen und zum Teil auch irreführend waren. Und da sieht man, was halt passiert, wenn halt vorab Informationen rausgehen, die eigentlich gerade erst verhandelt werden oder überhaupt noch in Diskussion sind. Also insofern würde ich das auch noch einmal mitberücksichtigen, würde auch einladen, Ideen einzubringen, mitzudiskutieren, aber jetzt eben nicht große Panik zu schieben, und zu sagen, es ist schon alles den Bach

runter. Wir stimmen, wie gesagt, zu, wir sind dafür und wir wollen uns auch für die Freizeitpädagog:innen einsetzen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Also, wenn ein Gesetz, das zur Novellierung ansteht, ein Entwurf dazu veröffentlicht wird, dann hoffe ich doch sehr stark, dass sich Betreffenden ernsthaft Gedanken darüber gemacht haben und sehr wohl auch einen Diskurs damit beabsichtigen, und dann bekommen sie eben von Seiten der Bildungsexpert:innen und –experten ein dementsprechendes Feedback. Auch als Kindergarten- und Hortpädagogin höre ich seit Jahren, die ganzen systemischen Probleme, die gibt es ja nur, weil ihr darüber redet. Nein, es ist längst an der Zeit, dass man darüber redet. Und wir akzeptieren es auch nicht mehr, dass man damit beschämt wird frei und offen darüber zu sprechen. Wir sind es uns selbst schuldig, wir sind es den Kindern schuldig und wir sind es den Familien schuldig. Und alle Argumente, die wir vorbringen, sind auf der Sachebene und auch, wenn der eine oder andere von euch emotional darauf reagiert, wenn ich euch mit der Thematik befasst, wird euch das sehr schnell bewusstwerden. Zu den 200 Euro brutto auf ein Vollzeitgehalt, auch bei den Kindergartenpädagog:innen und -betreuer:innen haben wir immer wieder darauf aufmerksam gemacht, es gibt, ich meine mittlerweile, Gott sei Dank, weil die vollzeitäquivalenten Stellen ermöglicht worden sind, gibt es in der Stadt Graz bei den Kindergartenpädagog:innen mehr Vollzeitstellen, das ist auch etwas, was den Leuten langfristig etwas bringt,. Wer sich mit dem Stundenausmaß von Freizeitpädagoginnen und -pädagogen ernsthaft schon auseinandergesetzt hat und weiß, wie viel unbezahlte Lehrstunden die haben, alleine durch strukturelle Probleme, der weiß, das sind erst Recht Teilzeitstellen mit geringem Stundenausmaß. Und wenn man dann 200 Euro brutto auf das rechnet, dann sind das ein paar Euro, die keinem von diesen Menschen weder bei deren Probleme hilft, weder inhaltlich, noch existenziell, noch in irgendeiner Form. Also, sollte es zu Verbesserungen kommen, dann sind wir in der ersten Reihe dabei, das haben wir auch bei den Bediensteten im Kindergartenwesen gezeigt, aber Wahlzuckerln einzulösen

von euch, das ist nicht unser Job. Und 200 Euro brutto auf eine Vollzeitstelle für Freizeitpädagog:innen, das als Lösung für die Probleme anzubieten, seid mir nicht böse, das ist ein Wahlzuckerl, und das reicht uns nicht. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

## **7.2 Grazerinnen und Grazer zu wichtigen Themen befragen (GR<sup>in</sup> Anna Hopper, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Hopper:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mir eine kurze Wortmeldung noch erlauben, ich würde sie auch nicht in der Zeit überschreiten. Aber ganz so habe ich das jetzt nicht verstanden, vor allem die Abschlusswortmeldung von der Kollegin Naghibi. Ich verstehe die Kritik, dass 200 Euro grundsätzlich zu wenig sind, was ich nicht verstehen, ist, dass man nicht einmal so weit ist, dass man sagt, ja, passt, machen wir zumindest einen Schritt. Was auch nicht verstehe, weil, Kollegin Naghibi, das sind alles Dinge, die wir für die Bediensteten der Stadt Graz bereits hier in Graz umsetzen könnten, wo die Frau Bürgermeisterin und auch der Herr Finanzstadtrat auch befragt werden, hier etwas zu tun, das findet aber nicht statt. Und das ist aus meiner Sicht ein ähnlich dringliches Thema, wie ich meinem Antrag ansprechen möchte, um eine schöne Überleitung zu schaffen (*Appl.*). Es ist so, dass wir extrem viele eklatant einschneidende Entscheidungen hier in diesem Gremium treffen. Das ist liegt bis zu einem gewissen Grad in der Natur der Sache, und ich weiß aber auch, dass wir sehr, sehr oft darüber diskutieren, und ich glaube auch, das ist auch in der Natur der Sache, dass wir als die

verschiedenen Gemeinderatsklubs verschiedene Zuschriften aus der Bevölkerung bekommen, und diese Meinung hier auch mit in die Diskussion hineinbringen.

Gleichzeitig, und das Thema der Bürgerbefragung und so weiter, der Einbindung der Bevölkerung, das ist heute schon einige Male intensiv besprochen worden in der STEK-Diskussion und auch beim Bebauungsplan in Andritz, und das liegt meinem Antrag hier zugrunde. Ich glaube nämlich, und wir sind davon überzeugt, dass es wichtig ist, hier eine daten- und faktenbasierte Entscheidung zu treffen.

Vorwegschicken möchte ich, dass ich damit nicht sagen möchte, dass die Stücke, die wir hier gewissenhaft von unseren Abteilungen aufbereitet bekommen, nicht fakten- und datenbasieret sind. Was ich aber mithineinnehmen möchte in diese Debatte und weshalb ich diesen Antrag stelle, ist, dass es aus unserer Sicht sehr, sehr wichtig ist, auch die Meinung der Bevölkerung zu diesen phasenweise sehr einschneidenden Themengebieten abzufragen und zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund finde ich es eigentlich beinahe fahrlässig, dass wir mit der Lebensqualität-Indikatoren-Studie dieses Jahr nicht weitermachen. Es wäre eigentlich das Jahre gewesen, wo wir wieder eine LQI-Studie machen, die ist allerdings abgesagt worden. Wir haben auch in den verschiedenen Debatten und Diskussionen dazu schon ausgerichtet bekommen, dass man eh wisse seitens der Koalition, was die Bevölkerung brauche und wo der Schuh drücke. Und das ist aus unserer Sicht sicher ein sehr bemühter Zugang, aber keiner, den wir unterstützen möchten. Aus diesem Grund wäre es aus unserer Sicht unumgänglich und wichtig, dass man die LQI-Studie sofort wiedereinführt, um auch hier diese empirisch erfragte Meinung in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen. Darüber hinaus glauben wir auch, dass bis zu einem gewissen Grad zu sehr großen Themen, und beispielsweise habe ich jetzt in diesem Antrag die Verkehrsthematik, die wir schon sehr, sehr intensiv und sehr, sehr lange hier im Gemeinderat diskutieren, angeführt, zu gewissen Themen auch zukünftige Abfragungen mithineinnehmen könnten in eine Studie. Wieso? Weil wir glaube, dass es wichtig ist, dass wir hier nicht über unsere Meinungen, was die Bevölkerung braucht, diskutieren, sondern, dass wir auch ein Fakten- und Datenwerk haben, auf das wir uns beziehen können, und das uns als Politik in gewisser Weise als wegweisend dienen kann, wie die Bevölkerung gewisse

Themen, gewisse Projekte sieht. Ich glaube, dass das ist wirklich sehr, sehr wichtig ist, und ich denke auch, dass es hier, wenn wir das wirklich demokratisch anlegen möchten, allen Klubs und allen Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten sind, vorbehalten sein sollte, verschiedene Fragestellungen auch einzuwenden. Einige Beispiele haben wir auch schon angeführt. Unsere Empfehlung wäre das Verkehrsthema auf alle Fälle in der ersten Befragung, sollte so eine stattfinden, zu berücksichtigen und das Verkehrsthema abzufragen, weil es, glaube ich, wirklich am intensivsten diskutiert wird, und da wirklich die Einschätzung der Bevölkerung für uns gerade aktuell am wesentlichsten ist. Aus diesem Grund stelle ich den

**dringlichen Antrag:**

1. Die für das Präsidialamt zuständige Stadtsenatsreferentin, Bürgermeisterin Elke Kahr, wird aufgefordert, die zuständigen Stellen im Haus Graz anzuweisen, die schnellstmögliche Wiedereinführung der Lebensqualitätsindikatoren-Studie zu prüfen. Dem Gemeinderat ist bis September 2023 ein entsprechender Bericht vorzulegen.
2. Die für das Präsidialamt zuständige Stadtsenatsreferentin, Bürgermeisterin Elke Kahr, wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit Fragestellungen zu aktuellen politischen Themen in die LQI-Studie mitaufgenommen werden können. Pro Befragung sollte ein Thema festgelegt werden. Für die erste Befragung soll dies das Thema „Verkehr“ sein. Die im Gemeinderat vertretenen Parteien sollen dazu berechtigt werden, Fragen zum jeweiligen Themenkomplex anzumelden. Das Ergebnis der Prüfung soll im September dem Gemeinderat präsentiert werden.

Ich hoffe auf Annahme. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Verkehrspolitik birgt seit jeher vielschichtiges gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Das politische Spannungsfeld in dieser Frage ergibt sich aus der hohen Emotionalität und Komplexität der Thematik.*

*Es ist Aufgabe und Pflicht der handelnden Politikerinnen und Politiker und politischer Akteurinnen und Akteure, Maßnahmen zu treffen, die die Gesamtverkehrssituation weiter verbessern und die einzelnen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in ihren Überlegungen gleichwertig behandeln und berücksichtigen. Eklatante und einschneidende politische Eingriffe in bestehende Systeme benötigen breiten Konsens und eine tragfähige Basis für eine ebenso breite und tragfähige Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung.*

*Dafür sind ein nachvollziehbares Vorgehen und die Einbindung und Einbeziehung der Bevölkerung dringend notwendig. Ideologische Entscheidungen über die Köpfe der Grazerinnen und Grazer hinweg müssen dafür ebenso unterlassen werden wie die Bevormundung von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Wer sich der Transparenz und Partizipation verschreibt und diese verspricht, muss diese auch entsprechend leben und forcieren.*

*Eine Möglichkeit, die Meinung der Grazer Bevölkerung zu städtischen Angeboten einzuholen, war die Lebensqualitätsindikatoren-Studie (LQI-Studie), die wohnortnahe Angebote abgefragt, konkreten Handlungsbedarf identifiziert hat und die Wirkung öffentlicher Interventionen rasch erkennen konnte. Die Resultate lieferten wichtige Rückmeldungen über die Stimmung in der Stadt im Hinblick auf die wesentlichen Aufgabengebiete der öffentlichen Hand und ermöglichten einen datenbasierten Entscheidungsfindungsprozess.*

*Wir sind der Meinung, dass das Absagen der LQI-Studie durch die Bürgermeisterin für das heurige Jahr zum Nachteil der Grazer Bevölkerung ist. Es sollte unumgänglich sein,*

*die empirisch erfragte Meinung der Grazerinnen und Grazer bei politischen Entscheidungen miteinzubeziehen anstatt ideologisch motivierte Pläne gegen den Willen der Menschen zu forcieren und durchzuboxen. Daher fordert die Volkspartei noch für dieses Jahr die Wiederaufnahme der Durchführung der LQI-Studie.*

*Die LQI-Studie mit ihrer großen Beteiligung ist darüber hinaus ein leistungsstarkes Tool, um Meinungen der Bevölkerung abzufragen. Aus Sicht der Volkspartei sollte diese Studie deshalb nicht nur für die Messung der aktuellen Zufriedenheitswerte herangezogen werden, sondern könnte auch eine Befragung über die großen politischen Entscheidungen dieser Stadt beinhalten. Die Ergebnisse wären eine breite Willensbildung der Gesamtbevölkerung und damit wichtiger Wegweiser, um der Stadtpolitik Orientierung zu geben und aufzuzeigen, wie Grazerinnen und Grazer einem Thema und den politischen Plänen gegenüberstehen.*

*Aufgrund der steigenden Unzufriedenheit mit den verkehrspolitischen Maßnahmen in Graz, wäre eine Befragung zum Thema Verkehr noch in diesem Jahr wichtig. Für die Zukunft sollten diese Befragungen nicht nur alle 5 Jahre, sondern regelmäßig, im Idealfall sogar jährlich, stattfinden. Um dem Anschein einer politischen Beeinflussung vorzubeugen, sollte es jeder Fraktion ermöglicht werden, Fragestellungen einzumelden. Beispielsweise würde der Gemeinderatsclub der Grazer Volkspartei folgende Fragestellungen vorschlagen:*

*>> Sind Sie dafür, dass die Parkplätze, die an der Oberfläche durch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung wegfallen, durch Park- und Tiefgaragenplätze weitgehend ersetzt werden?*

*>> Sollen die Park-&-Ride-Projekte Murpark und Webling mit Priorität ausgebaut werden?*

*>> Sollen aktuell die Parkgebühren um 30 beziehungsweise 25 Prozent erhöht werden?*

*>> Soll es für E-Fahrzeuge ab 40 Kilogramm (e-Chopper etc.) eine Kennzeichenpflicht geben und eine gesetzliche Zuschreibung, dass diese nicht mehr als e-Bikes gelten?*

*Wir alle treten dafür ein, dass Graz sich weiterentwickeln soll – auch im Verkehr! Es braucht aber die Einbeziehung der Bevölkerung, um sie auf diesem Weg mitzunehmen. Eine breit angelegte Befragung wäre aus Sicht der Volkspartei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und zu mehr Bürgerbeteiligung.*

*Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Die für das Präsidialamt zuständige Stadtsenatsreferentin, Bürgermeisterin Elke Kahr, wird aufgefordert, die zuständigen Stellen im Haus Graz anzuweisen, die schnellstmögliche Wiedereinführung der Lebensqualitätsindikatoren-Studie zu prüfen. Dem Gemeinderat ist bis September 2023 ein entsprechender Bericht vorzulegen.*
- 2. Die für das Präsidialamt zuständige Stadtsenatsreferentin, Bürgermeisterin Elke Kahr, wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit Fragestellungen zu aktuellen politischen Themen in die LQI-Studie mitaufgenommen werden können. Pro Befragung sollte ein Thema festgelegt werden. Für die erste Befragung soll dies das Thema „Verkehr“ sein. Die im Gemeinderat vertretenen Parteien sollen dazu berechtigt werden, Fragen zum jeweiligen Themenkomplex anzumelden. Das Ergebnis der Prüfung soll im September dem Gemeinderat präsentiert werden.*

**GR Mag. Winter:**

Hoher Gemeinderate, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Guter Antrag, den wir sehr begrüßen in dem Sinn. Es ist mir Sicherheit wichtig, dass Bürger besser eingebunden werden, gerade bei dem ganzen Thema Verkehr, bei diesen baustellenhalten anderen Themen fühlen sich Bürger leider Gottes ausgeschlossen. Das tut einer Demokratie insgesamt nicht gut. Je mehr Bürger miteinbezogen werden,

je mehr Bürger sich auch verstanden fühlen, desto besser ist es für eine Demokratie. Und ich glaube, in diesem Sinne sollten wir alle diesen Antrag unterstützen. Die Studie alleine ist uns persönlich aber doch eine Spur zu wenig. Sie geht in die richtige Richtung. Es ist mit Sicherheit so, dass diese Ergebnisse von verschiedenen Umfragen, von verschiedenen Befragungen, durchaus sich wahrscheinlich dann mit echten Volksbefragungen auch decken werden. Es ist aber ein Unterschied, ob man sich nur verstanden fühlt und so quasi glaubt, dass man beteiligt worden ist oder ob man tatsächlich beteiligt worden ist. Und der einzig echte Weg, um wirklich sich beteiligt zu fühlen, ist dann halt auch eine wirkliche Volksbewegung. In diesem Sinne, wir unterstützen gerne den Antrag so wie er vorliegt, möchten aber einen Zusatzantrag einbringen, nämlich im Sinne des Steirischen Volksrechtegesetzes. Der

### **Zusatzantrag**

lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

3. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, zukünftig bei umstrittenen Projekten, allenfalls jedoch nach Auswertung der Antworten aus der LQI-Studie, so wie dargestellt von dir, gestellten Fragen zu diesen Projekten, eine Volksbefragung nach § 155 des Steirischen Volksrechtegesetzes abzuhalten, um die betroffene Bevölkerung bestmöglich und verbindlich miteinzubinden.

Ich glaube, wenn wir diesen Schritt gehen, ist eine echte Beteiligung, ein echtes Verständnis auch in der Bevölkerung breiter verankert, würde Sinn machen. Und ich hoffe, dass auch in diesem Sinne eine breite Zustimmung hier erfolgen wird (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Bei Projekten, die teils massive Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, ist es zum einen wichtig dementsprechende Experten, aber auch die Bevölkerung selbst einzubinden.*

*Dass die Zurverfügungstellung von moderner und möglichst flächendeckender Infrastruktur in Bezug auf den Öffentlichen Verkehr und sichere Wege für Fußgänger und Radfahrer oberste Priorität haben, steht außer Frage.*

*Die Entscheidungen bei diesen Projekten haben jedoch eine enorme Tragweite für die Bevölkerung. Daher sollen sie auch bestmöglich mit eingebunden werden. Diese Möglichkeit bietet die Durchführung einer Volksbefragung nach § 155 des Steirischen Volksrechtegesetzes.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 3. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, zukünftig bei umstrittenen Projekten, allenfalls jedoch nach Auswertung der Antworten aus der LQI-Studie gestellten Fragen zu diesen Projekten, eine Volksbefragung nach § 155 des Steirischen Volksrechtegesetzes abzuhalten, um die betroffene Bevölkerung bestmöglich und verbindlich miteinzubinden.*

KO GR **Ehmann:**

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Antragstellerin, liebe Anna, Damen und Herren auf der Galerie, im Livestream. Würde ich an Reinkarnation glauben, dann hätte ich mir gedacht, jetzt steht der Konrad Adenauer persönlich hier, und sagt zu mir: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ Oder „Gescheiter darf man immer werden.“ Warum bin ich auf das gekommen, auf diesen Zusammenhang? Weil es schon bemerkenswert ist, wenn sich gerade jene Vertreterinnen und Vertreter hinstellen und die Bürger:innenbeteiligung massiv einfordern, nämlich zu einschneidenden Projekten und so weiter, so wie sie es nennen, und dann in der vergangenen Periode, gar nicht so lange her noch, bei Olympia, wo sie es nicht für notwendig empfunden haben, oder zum Thema Olympia, oder das bei der Plabutschgondel nicht für notwendig empfunden haben, wo wir es eingefordert haben alle miteinander oder das bei der U-Bahn, beim zukünftigen oder möglichen U-Bahn-Bau, von einem Ausbauvolumen von 6 Milliarden Euro nicht notwendig gefunden haben, aber jetzt, jetzt sind wir da und jetzt fordern wir das ein, weil das ist jetzt alles so wichtig. Ja, soll so sein, wie gesagt, gescheiter darf man immer werden. Und was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Kann man auch nennen. Macht nichts, Hand aufs Herz, die vorgeschlagenen Fragestellungen, die hier auch angeführt sind in diesem Antrag, die sind wohl ersichtlich einem Parteisekretariat entsprungen, glaube ich eher, wenn ich mir die durchlese. Und da denke ich mir, man sollte schon gut überlegen, wie wir hier zu nicht tendenziösen Fragestellungen kommen, den Datenschutz mitberücksichtigen etc. Das heißt, es braucht schon ein Modell, also wir sind auch zukünftig für so ein Modell, wir haben das auch im Programm 2035 drinnen, das haben wir in der vergangenen Periode eingefordert. Wir stehen auch jetzt dazu, deswegen wird auch ein Abänderungsantrag von uns in diese Richtung kommen. Es braucht ein Modell, das transparent ist, das den Datenschutzbestimmungen dem entspricht. Und ich darf in Erinnerung rufen, es hat schon solche Befragungen gegeben, die in Sachen Reininghaus-Gründe, wenn ihr euch zurückerinnert, das war eine gute, profunde und professionell durchgeführte

Befragung, auch zu den Umweltzonen, wer sich erinnert, bei denen hochprofessionell und mit externer Begleitung befragt wurde und wo Befürworter:innen wie auch Gegner:innen objektiv gleichermaßen sich ein Bild machen konnten und auch die entsprechend formulieren Fragestellungen machen und auch Zweifel angemeldet werden konnten, oder eben auch ausgeräumt. Also was ich sagen will ist, ja, wir bekennen uns selbstverständlich zu Bürger:innenbefragungen, wir haben sie selbst, wie gesagt, im Programm. Aber was es wirklich braucht ist eben ein praktikables Modell, das sowohl dem Datenschutz auf der einen Seite entspricht, der ist damals auch ein bisschen von der Datenschutzkommission in Zweifel gezogen worden, aber auch eine wertneutrale Fragestellung muss gewährleistet sein und dass bei wichtigen kommunalen Entscheidungen das auch anlassbezogen verwendet werden kann. Ich würde jetzt nicht nur quantitativ hier sagen, das muss jetzt zwingend einmal im Jahr stattfinden, oder wie auch immer, ich würde das anlassbezogen machen. Das kann einmal notwendig sein, dass man das dreimal im Jahr macht und einmal kann es ein Jahr geben, wo es vielleicht gar keine Notwendigkeit dafür gibt. Also ich würde das offenlassen, und wie gesagt, deswegen auch die Formulierung anlassbezogen. Aber wie gesagt, die Abänderung wird erfolgen. Der Dringlichkeit stimmen wir sozusagen zu, aber wie gesagt, es wird einen Abänderer geben. Danke (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen. Ich möchte mich in vielen Punkten meinem Vorredner anschließen. Wir haben ja damals die letzte LQI-Studie, die ja hat 2018 stattgefunden. Also ich muss sagen, ich habe nur zwei Semester Soziologie studiert, weil ich es tun musste für meinen Studienabschluss, also ich habe schnell festgestellt, es nicht mein Metier. Aber was ich nicht nur daraus weiß, sondern was einem eigentlich der gesunde Menschenverstand sagen kann, also die letzte LQI-Studie, und auch das, was vorgeschlagen wird jetzt in diesem dringlichen Antrag an Fragen, ist fern von seriöser Empirie. Bei der letzten Studie fing es schon damit an, dass der Begleitbrief völlig suggestiv war, dass die Fragen überhaupt nicht klar definiert waren beziehungsweise

die Antwortmöglichkeiten so unklar waren. Also wenn man jetzt gesagt hat, man will das nicht, ist jetzt dann dafür oder ist man nicht dafür. Also es war wirklich sehr deutlich, dass es eigentlich nicht darum ging wirklich Daten abzufragen oder den Willen der Bevölkerung abzufragen, sondern eigentlich, wir haben es damals mit Image-Pflege für die Regierungskoalition betitelt und das ist genau das, was wir nicht machen möchten. Daten wollen wir abfragen, für Volksbefragungen haben wir immer gestimmt und sind wir immer gewesen, nur haben wir das nicht einfach so gefordert, es muss eine Volksbefragung gemacht werden, wir sind halt auf die Straße gegangen und haben Unterschriften gesammelt mit großem Erfolg, weil ich glaube, wenn die Bevölkerung etwas will, dann wird sie auch unterschreiben und das auch unterstützen und dann sollte man darauf auch tatsächlich hören, denn damit gibt man den Leuten ernsthaft eine Stimme, aber man sollte solche Sachen nicht missbrauchen und nur so tun, als würde man den Leuten zuhören und dann in Wirklichkeit eigentlich eh das Ganze für nichts halten. Insofern schließen wir uns dem gerne an, diesem Abänderungsantrag. Der Dringlichkeit stimmen wir zu, weil wir ja auch sehr dafür sind, die Bevölkerung zu fragen, aber eben nicht in Form einer Lebensqualitätsumfrage, wie wir sie bisher kannten (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Ich möchte dir Möglichkeit ganz kurz nutzen, freue mich über die Zustimmung zur Dringlichkeit, die sich abzeichnet und bin wirklich schon gespannt auf die inhaltliche Diskussion, aber ein paar Punkte wurden ja auch schon hier angerissen. Vielleicht kurz zur Kollegin Braunersreuther, vielen Dank auch hier für die Zustimmung zur Dringlichkeit und auch zumindest das Statement und das Bekenntnis, dass datenbasiertes Arbeiten auch Ihnen ein großes Anliegen ist. Ich glaube, dass das doch etwas sehr Positives ist. Wo ich schon wirklich, und wirklich vehement, auch aufpassen würde und das zurückweisen möchte ist, dass die sehr gewissenhaft, aus meine Sicht, aufbereitete und von der Präsidialabteilung durchgeführte LQI-Studie in der Vergangenheit dem, jetzt habe ich mir die Formulierung, glaube ich, nicht ganz korrekt

mitnotiert, fernab von jeder Empirie, glaube ich, hast du gemeint, stattgefunden hat. Ich glaube, das ist einfach den Mitarbeiter:innen im Haus Graz gegenüber nicht sonderlich fair, die das, glaube ich, sehr, sehr gewissenhaft aufbereitet haben, Punkt eins. Und Punkt zwei, was ich dazu schon noch sagen möchte ist, wenn Sie ein großes Problem damit haben und die Koalition aktuell so ein großes Problem damit hat, wie diese Umfrage in der Vergangenheit durchgeführt wurde und Sie trotzdem hier draußen stehen und sagen, es wäre uns schon wichtig, aber diese Image-Pflege möchte ich nicht machen, dann frage ich mich schon, wieso man es dann nicht einfach in die Hand nimmt und sagt, passt, wir haben die Optimierungsvorschläge, wir sind bereit Gespräche zu führen für Optimierungsvorschläge zur LQI-Studie, um tatsächlich ein Stimmungsbild zu bekommen. Was ich nämlich nicht einsehe, ist, wenn wir irgendwo auf die LQI-Studie, die aktuelle Koalition ansprechen, dass wir dann ausgerichtet bekommen, man wisse ja ohnehin wo der Schuh drückt. Also das möchte ich nur einmal kurz dalassen. Ich glaube, dass das wichtig ist, das eigentlich ernst zu nehmen und nicht vom Tisch zu wischen, was in der Vergangenheit dahingehend schon passiert ist. Vor allem jetzt, wo man einfach die komplette empirische Nachfrage vom Tisch gewischt hat und abgesagt hat, Punkt eins. Punkt zwei zum Herrn Klubobmann Ehmann, vielen Dank auch deine Wortmeldung und danke auch, dass ihr dieser Dringlichkeit auch zustimmt. Zum Abänderungsantrag möchte ich vielleicht später noch etwas sagen, oder vielleicht die Kollegin, weiß ich noch nicht. Was ich aber schon irgendwo anbringen möchte ist, du stellst dich dann hier hinaus mit einer gewissen süffisanten Zugangsweise, natürlich, es ist ja auch so, wir sind in einer Gemeinderatssitzung, das gehört natürlich auch ein bisschen dazu, aber an dieser Stelle, wenn du sagst: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ Und ich freue mich ja grundsätzlich, wenn du Adenauer zitierst, das möchte ich schon auch dazusagen, also hier auch ein Danke, aber solche Dinge, die man in der Vergangenheit gesagt hat und dann nicht einhält, ich glaube auch, dass man gescheiter werden kann. Du hast, glaube ich, auch einmal gesagt, dass du vielleicht nicht mehr so lange Klubobmann sein wirst und du bist trotzdem noch da, wir freuen uns darüber. Also bleiben wir bei dem, dass wir gemeinsam an zukünftigen Ideen arbeiten und hier uns

nicht mit irgend solchen läppischen Dingen aufhalten. Ich freue mich wirklich auf die inhaltliche Debatte (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (17.01 Uhr).***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Nachdem ja, und bevor sich hier weitere Wortmeldungen darauf beziehen, zu dieser Lebensqualität-Indikatoren-Studie oder Befragung, seit ich hier im Gemeinderat bin, kenne ich diese Vorgehensweise, sie ist eigentlich auch immer von allen Parteien mitgetragen worden beziehungsweise hat Unterstützung gefunden. Es stimmt, es hat Anmerkungen auch in der Vergangenheit gegeben, ob die Fragestellung vielleicht so oder so sein soll oder ob man vielleicht in dem Bereich auch noch befragen kann oder nicht. Aber man muss auch immer denken, es gibt einen gewissen Umfang und es ist nicht wenig Arbeit. Und man muss sich da viel und gut überlegen und es darf kein Bereich eigentlich ausgeschlossen bleiben. Da hat es natürlich auch viel Erfahrung gegeben von den Kolleg:innen und die haben das auch immer gut gemacht. Warum ich das, also man wisse eh wo der Schuh drückt und damit würde man die Lebensqualität-Indikatoren-Studie nicht machen. Das ist ein Irrtum. Ich habe letztes Jahr auf die Frage, ob ich das wieder mache, abgewunken, weil das unmittelbar nach der Gemeinderatswahl war. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, abgesehen davon, dass man sich auch tiefer muss beschäftigen und es einen Prozess braucht und auch Geld kostet, wo ich noch nicht gewusst habe, ob wir das überhaupt haben beziehungsweise wir hier nicht einmal noch das Budgetprovisorium gehabt haben, habe ich es für mich nicht als das oberstdringliche gesehen, weil wir eh unmittelbar eine Wahl vor wenigen Monaten gehabt haben und eigentlich die Bevölkerung die Konzepte und Überlegungen der Parteien, ja eh hat abwägen können. Aber was richtig und wichtig

ist, und davon halte ich immer sehr viel, die Bevölkerung nicht nur einzubinden in vielen Bereichen, sondern natürlich auch bei ganz großen Themen, die die Stadt Graz betrifft, wo es vor allem auch um viel Geld oft geht und die Mittelverwendung, sie durchaus auch zu befragen. Das ist etwas Wichtiges und deshalb finde ich aber auch, sollte es von Haus aus gleich ein Modell sein, wie es eben auch Klubobmann Michi Ehmann gesagt hat, weil nämlich es zu einem konkreten Thema einfach nur ein Ja oder ein Nein geben kann, ich bin dafür oder ich bin dagegen. Und diese Entscheidung muss man aber, und das ist eigentlich das viel Wichtigere, das sollte man aber auch dann im Gemeinderat zur Kenntnis nehmen. Das ist etwas, von der Vorgehensweise, finde ich, einzig richtige und deshalb muss man hier aber auch sehr überlegt immer vorgehen. Nichtsdestotrotz, die Lebensqualitäts-Indikatoren habe ich nicht abgesagt, sondern habe ich vor ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Hopper** unverständlich.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Doch, habe ich vor mit der Abteilung zu machen, aber da muss man sich wirklich schauen, dass die Fragen eindeutiger sind für die Damen und Herren in Graz. Und das muss man sich gut überlegen und hat einfach Zeit gehabt für mich bis jetzt einmal, es war nicht oberste Priorität, aber ich habe das vor im Herbst eigentlich mit der Abteilung zu besprechen, wie wir es angehen können und, wenn man es umsetzen will, natürlich auch die nötigen Mittel hier zur Verfügung zu stellen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.05 Uhr).***

**GR DI Topf:**

Ich, was die Frau Kollegin Hopper eingebracht hat, ist schon ein wichtiger Punkt. Also ich denke, das ist jetzt nicht unmittelbar verknüpfbar aber doch mittelbar, wie wir uns beim STEK sozusagen zusammengerauft haben, dass im wichtigen Prozess und in wichtigen Themen des STEK betreffend mit Müh und Not haben wir die Bezirksvertretungen hineinreklamieren können. Also ich denke schon, dass das ein wichtiger Punkt ist, hat nicht unmittelbar damit etwas zu tun, aber ich sage schon, bei wichtigen Themen sollen die Grazer, ob das jetzt die LQI-Studie ist oder eine etwas abgewandelte Studie ist, sei dahingestellt, aber eines muss man schon klar sagen, mit Müh und Not, das sage ich jetzt wirklich bewusst, haben wir in der dritten Runde hineinreklamieren können, dass zumindest die Bezirksvertretungen zu wichtigen Themen, die die Stadt Graz betreffen, eingebunden werden. Ich sage das nur dazu, um das noch einmal zu unterstützen. In diesem Bereich müssen wir etwas machen (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderatssaal und an diejenigen, die ganz kurz draußen sind in ihren Klubs, und uns zuschauen, oben auf der Galerie ist momentan keiner mehr, liebe Antragstellerin. Ja, der Dringlichkeit haben wir zugestimmt, allerdings ist für uns oder ist zumindest für mich etwas schon sehr Wesentliches dort drinnen gestanden, wo wir gesagt haben, so wäre es für uns nicht beschließbar. Und zwar in der vorigen Periode, ich bin jetzt in dieser Periode so quasi im Gemeinderat drinnen und davor habe ich diese Befragungen als Bürger wahrnehmen können, und was mich dort extrem gestört hat, ist so quasi, dass das nicht wirklich an den Bürger direkt gekommen ist, sondern ist oft in einem Stiegenhaus gelegen, ein ganzes Packerl, ist halt nicht in den Postfächern drinnen gewesen. Und somit hätte sich ein Bürger, der dann halt einfach mehr Aussagekraft haben möchte, sich das Packerl schnappen können und das Ganze immer für sich so quasi beanspruchen, um das dementsprechend zu beantworten. Deswegen ist es für uns auch wichtig, dass das Ganze ein bisschen mehr zieltreffender gemacht

wird, weil dann bekommen wir die Rückmeldungen wirklich von einer breiten Basis und nicht nur von einigen wenigen, die sich hier bemühen so quasi Copy-Paste ihre Sachen weiterzubringen. Das andere ist eben dieses politisch Motivierte, so wie ich es hier herauslese, oder vielleicht lese es auch nicht ich heraus, und deswegen wäre es mir wichtig zu sagen, das sollte da drinnen nicht sein. Weil, wenn egal welche politischen Akteure am Ruder sind, auch vielleicht in der Zukunft, vielleicht wird das dann auch wieder geändert, dass die sage, nein, das hätten wir gerne wieder politisch motiviert, dass es schon für den Bürger so ersichtlich ist, dass er weiß, ok, die interessieren sich wirklich für mich und nicht nur diese eine Partei, die vielleicht gerade am Ruder ist, die wollen dann vielleicht ein paar Sachen abfragen. Und vielleicht noch die Frage so gestellt, dass ich eigentlich nur, no na, da kann ich eh nur das ankreuzen, und somit ist es eigentlich für mich an sich vorbei, wenn ich die Bevölkerung befragen möchte. Deshalb haben wir einen

### **Abänderungsantrag**

vorgelegt beziehungsweise habe ich mit, und ich möchte ihn kurz vortragen:

Die Bürger:innenbefragungen sind bereits seit Jahren viel diskutiert und gefordert, um in wichtigen kommunalen Fragen anlassbezogen die Intentionen der Grazer:innen abzufragen. Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden daher ersucht, ein Modell für Bürger:innenbefragungen zu erarbeiten, das den Datenschutzbestimmungen entspricht und das in Hinblick auf die jeweiligen Fragestellungen parteipolitisch motivierte beziehungsweise tendenziöse Fragen/Formulierungen unterbindet.

Ich würde mich freuen, wenn es auch Ihrerseits zu dieser Zustimmung kommt. Danke  
(Appl.).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Bürger:innenbefragungen sind bereits seit Jahren vieldiskutiert und gefordert, um in wichtigen kommunalen Fragen anlassbezogen die Intentionen der Grazer:innen abzufragen. Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden daher ersucht, ein Modell für Bürger:innenbefragungen zu erarbeiten, das den Datenschutzbestimmungen entspricht und das in Hinblick auf die jeweiligen Fragestellungen parteipolitisch motivierte beziehungsweise tendenziöse Fragen/Formulierungen unterbindet.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna Hopper. Danke, dass du dieses Thema aufgegriffen hast. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Ich habe ja vor meiner Zeit hier im Gemeinderat auch eine Bürger:innenkonvente durchgeführt. Es waren einige der Stadtsenatsmitglieder auch dabei, kann ich mich erinnern, und auch einige Gemeinderäte. Also einiges an Erfahrung hier gesammelt. Einerseits, zum ersten Punkt, halte ich dieser LQIs für sehr wichtig, um eben wirklich auch zu sehen, wie entwickelt sich eigentlich die Stadt, wie werden hier gewissen Themen wahrgenommen, wie ist die Stimmung bei den Menschen. Deswegen auch eine Erhebung in diese Richtung, aber wir haben jetzt schon vielfach gehört, die hat einfach gewisse Mängel und es soll auch eine sachlich fundierte qualitativ hochwertige Studie sein, auf die man dann diese Daten stützt. Und ich glaube, genau darum geht es, das hat die Frau Bürgermeisterin ja auch gesagt, das ein bisschen weiterzuentwickeln, künftig ein bisschen anders zu machen, dass man hier dann wirklich zu repräsentativen Daten kommt, weil repräsentativ war diese LQI-Studie bisher nicht. Zum zweiten Punkt, die Bürger:innenbeteiligungen sind insgesamt ein wesentlicher Mosaikstein oder ein ganz wesentliches Element in unserer Demokratie. Es geht ja darum, wenn wir politische Entscheidungen treffen, dass wir eine möglichst hohe Akzeptanz auch haben. Da sind diese repräsentativen Befragungen ein wichtiges Element, deswegen werden wir auch dem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmen, dass man das durchführt. Das andere, was aber ein bisschen hier vermischt worden ist jetzt, sind die Volksbefragungen. Dazu

haben wir ja eigentlich das Steierische Volksrechtegesetz. Es ist ja jetzt nicht unbedingt Sinn, in einer Demokratie Entscheidungen von oben nach unten wieder zurück zu delegieren. Also quasi zu sagen, jetzt bitte nehmt das, entscheidet darüber. Da kommt es oft zu einer Polarisierung. Es wird mit Ja/Nein-Fragen gearbeitet. Wir haben das zum Beispiel beim Brexit gesehen. Da haben wir jetzt eine riesige Spaltung in der Gesellschaft, aber eigentlich keine gute Lösung für die Menschen. Deswegen, nutzen wir doch die Möglichkeiten, die uns das Steirische Volksrechtegesetz gibt. Wir können Volksbefragungen starten, wenn 10.000 Grazer und Grazerinnen das unterschreiben, wenn es um die ganze Stadt geht. Wir können das mit 10 % der Bevölkerung in einen Bezirk machen, auf die gleiche Art und Weise kann man Volksinitiativen initiieren. Wenn die Höhe zu hoch ist kann man Petitionen machen, da ist die Anzahl dann ja unabhängig. Wir haben das MoVe IT zum Beispiel damals auch gemacht, da haben wir über 12.000 Unterschriften gesammelt. Das gelingt uns nicht allen, aber die Zahlen kann man hier sicher auch reden, vielleicht sind diese Hürden auch manchmal zu hoch. Vielleicht kann man hier auch mehr Verbindlichkeit schaffen in manchen Kontexten. Diese direkte Demokratie, das will ich festhalten, das ist sehr wichtig, und nicht Drop-down, sondern eben Bottom-up, nicht zur Polarisierung, sondern als Korrektiv zur repräsentativen Demokratie. Wenn wir, das kann ja immer wieder passieren, als Gemeinderat einmal nicht in die richtige Richtung gehen. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren Ich möchte nur zwei Aspekte ganz kurz noch einmal erwähnen. Erstens einmal darf ich empfehlen noch einmal den Antragstext genau zu lesen, weil immer ausschließlich auf die im Motiventext angeführten Verkehrsthemen Bezug genommen wird. Die Formulierung im Antragstext ist eigentlich so offen, es sind Beispiele, die die Kollegin Hopper genannt hat. Insofern glaube ich, ist das kein taugliches Argument gegen diesen Antrag, sondern ganz im Gegenteil, was, was das drinnen angeführt ist, entspricht, glaube ich, alle Möglichkeiten, um Menschen aus Graz oder die in Graz leben, entsprechend zu Themen zu befragen. Das hat einerseits sehr

viele mit zu tun, dass wir eigentlich in unserer Stadt eine sehr lange Tradition haben. Es gibt auch ein Büro für Bürgerinitiativen, das seit seiner Gründung seit mehreren Jahrzehnten funktioniert in verschiedener Form, und es gibt viele andere Tools. Und wir sind, glaube ich, gut beraten, wenn wir die Bevölkerung, die Menschen, die hier zusammen leben zu verschiedenen Themen betragen. Insofern ist das vollkommen sinnvoll und, glaube ich, für uns alle ein richtiger Hinweis. Das zweite ist, weil ja immer auch von dieser Unterschriftensammlung die Rede ist, das ist bitte nicht zu verwechseln mit dem, was wir hier vorschlagen. Weil das soll etwas sein, was objektiv ist, was nicht irgendwie getriggert oder getrieben wird von einer parteipolitischen Haltung, und ich würde mich hier bitte in diesem Zusammenhang auch gegen den Begriff der Suggestivfragen verwehren. Die finden wir leider bei anderen Dinge, weil vorhin die Rede davon war, dass man dann eben Unterschriften sammeln geht zu gewissen Themen, da muss ich die Kollegin Braunersreuther ansprechen, egal ob man das auf einer Website oder vor dem Landhaus sieht, da hat man solche Sachen, weil da wird dann nämlich gefragt: Sind Sie für den Gebührenstopp oder für Teuerungsautomatik? Also das ist eine Suggestivfrage (*Appl.*).

Und das, was wir, was auch in der LQI-Studie gewollt wird, ist eine faktenbasierte, unaufgeregte und eben von der Präsidialabteilung oder von einem anderen unabhängigen Gremium, entsprechend erstellte Umfrage, die uns allen dienen soll. Und das, glaube ich, sollte das Ziel sein, dass wir da eben nicht die Parteipolitik in den Vordergrund stellen, sondern einfach die Möglichkeit haben, zu politisch interessanten Themen, die unsere Stadt und damit die Menschen hier bewegen, Stimmungen einzuholen. Das ist ein wunderbares Instrument, das sollten wir unbedingt nutzen. Und die Ergänzung, dass es eben zu den Themen, die gerade die Leute bewegen auch möglich sein sollte, halte ich für wichtig. Weil manchmal habe ich den Eindruck, wir reden darüber, wie sich die Menschen in der Stadt zu gewissen Themen fühlen, und ich bin mir nicht sicher, ob wir dann von allem so eine große Ahnung haben. Insofern wäre das eine Möglichkeit, das etwas auf den Boden zu bringen. Ich bitte um Annahme.

Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Hopper:**

Vielen Dank. Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, auch für die Ausführungen zu Ihren Überlegungen zur LQI-Studie. Das war sehr, sehr hilfreich, für uns auch, weil das war unser letzter Stand, dass sie eben nicht stattfinden werden. Das ist tatsächlich etwas, was wir sehr bedenklich finden. Wir haben hier jetzt auch von den Fraktionen der Koalition gehört, dass sie eigentlich die LQI-Studie sehr, sehr wichtig finden würden. Auch wir sind der Meinung, dass sie zu optimieren natürlich nur ein Mehrwert ist. Also das ist etwas, was auf alle Fälle auch von unserer Seite sehr wünschenswert ist. Falls Ihnen geholfen wäre, oder Ihrer Fraktion damit geholfen wäre, wenn wir den ersten Forderungspunkt von September auf November ergänzen, dann würde man diese Optimierungsmöglichkeit auch noch im Herbst anschauen kann, so wie die Frau Bürgermeisterin vorgeschlagen hat, wären wir da auch offen. Ich bin nur nicht ganz sicher, ob das jetzt wirklich der richtige Weg ist. Was die LQI-Studie angeht, habe ich jetzt eben schon gesagt, dennoch, glaube ich, könnte man bei diesem Forderungspunkt mitgehen, um einfach ein starkes Bekenntnis zur LQI-Studie auch abzugeben. Die Optimierung ist ja auch in meinem Antragstext nicht ausgeschlossen. Ich möchte auf den zweiten Forderungspunkt gemeinsam noch einmal eingehen mit dem Abänderungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der aus meiner Sicht ja, zu Beginn habe ich mir kurz gedacht, ok, die finden das tatsächlich auch gut, und Herr Kollege Lenartitsch, die erste Version von dem Abänderungsantrag, da habe ich mich eigentlich direkt gefreut, ich habe mir fast erwartet, dass es der Koalition als Kollektiv ein bisschen schwerfallen wird bei einem Antrag von uns so mitzugehen. Die Erstversion mit einer jährlichen Befragung, und auch von einer unpolitischen Befragung, was ja auch das ist, was wir fordern, hätte ich wirklich, wirklich schön gefunden und begrüßenswert gefunden. Die aktuelle Formulierung mit der Anlassbezogenheit suggeriert mir einfach nicht die Dringlichkeit, die Sie alle eigentlich gerade vorhin bei der Dringlichkeitsabstimmung eigentlich kundgetan haben. Das widerspricht sich wie aus meiner Sicht eigentlich und das finde ich sehr, sehr schaden. Weil ich glaube, dass gerade eine Regelmäßigkeit von so einer Befragung ein wirklich geniales Tool für uns auch hier sein könnte, um ein bisschen sachlicher zu diskutieren

auf ganz vielen Ebenen und um auch wirklich ernsthaft die Meinung der Bevölkerung hier mitzunehmen und die Stimmung auch für unsere Entscheidungsfindungen heranzuziehen. Ich finde es sehr, sehr schade, dass dieser Abänderungsantrag das quasi auflöst, obwohl, und das nehme ich schon zu Kenntnis und freue mich auch darüber, das Bekenntnis zu Bürgerbefragungen ja dennoch da ist. Dass es dann wiederum nicht so stark ist, dass man sagt, ja, wir wollen eine regelmäßige Befragung auch zu Zukunftsthemen, eine tatsächlich etablierte, fixierte regelmäßige Befragung, wo wir uns dann selber auch wirklich am Zaum nehmen müssen und sagen müsse, ok wir haben heuer wieder eine Befragung, die kommt jährlich daher, und wir möchten ganz konkrete Themen nicht hier bestimmen oder beschließen, bevor wir sie nicht auch dieser Befragung zugeführt haben. Dass das nicht das Commitment ist, das finde ich sehr, sehr schade und freue mich dennoch darüber, dass man zumindest auf der minimalsten Ebene der Befragung hier ein bisschen einen Konsens hat. Ich möchte mich bedanken für alle positiven Wortmeldungen gegenüber diesem Stück und auch für all jene, die diesem Stück auch zustimmen werden und für die inhaltliche und sehr sachliche Debatte. Danke (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich hätte jetzt eine Bitte an Sie, wenn Sie einverstanden sind, auch, wenn es ihr jetzt selbst unangenehm ist, glaube ich, aber unsere Gemeinderatskollegin Reininghaus hat ziemliche Schmerzen. Sie hat einen Dringlichkeitsantrag. Wären Sie einverstanden, dass wir sie vorziehen (*Appl.*)?

**7.3 Annenstraßen-Flohmarkt als Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Gries  
wiedereinsetzen!  
(GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

GR<sup>in</sup> Reininghaus:

Ich danke recht herzlich, dass ihr mich hier vorlasst. Ich habe wirklich Schmerzen und freue mich, wenn ich jetzt dann nach Hause kann. Aber ich habe noch ein schönes Thema abschließend, ein schönes Sommerthema, ein schönes Klimathema, ein schönes Wohlfühlthema, ein Billig-Einkauf-Thema. Es geht um den Annenstraßen-Flohmarkt, der als Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Gries wiedereingesetzt werden soll. Wir haben das heute eh schon besprochen, die Stadt Graz nimmt 400.000 Euro in die Hand, um die Annenstraße nezugestalten, um sie lebenswerter, liebenswerter und attraktiver zu machen und das freut mich natürlich wahnsinnig. Im August wird mit der Neugestaltung schon begonnen und im September wird sich die Annenstraße schon neu präsentieren, super. Zumindest im stadteinwärts führenden Bereich zwischen dem Bahnhof und dem Roseggerhaus. Da wird nämlich die stadteinwärts führende Pkw-Fahrspur zu einem Radweg umfunktioniert und wird sich der Autoverkehr künftig mit der Straßenbahn die Gleisspur teilen. Durch die neue Verkehrsführung, und das ist etwas sehr Schönes, verbreitet sich der Gehsteig auf der Südseite der Annenstraße um ca. einen Meter, sodass Fußgänger:innen mehr Raum haben und Pflanzenkisten mit Sitzbänken auch Platz finden können. Zwar ist die Neugestaltung der Annenstraße, und ein bisschen Kritik muss ja auch sein, erst einmal ein Anfang, als nicht der große Wurf, aber das weiß auch die Frau Schwentner, das haben wir selbst schon so besprochen, aber es ist ein Zeichen dafür, dass diese Stadtregierung bereit ist, sich endlich der Annenstraße anzunehmen. Sie können sich erinnern, unter der alten Stadtregierung, wie oft ich dieses Thema hier aufgeworfen habe und wie oft ich quasi hier eigentlich schon fast ausgelacht wurde, 2013 wurde die Annenstraße neu eröffnet, die nächsten 100 Jahre brauchen wir das Thema gar nicht mehr erwähnen. Also so war das, und darum freut es mich jetzt ganz besonders, dass es doch möglich ist. Und durch diese Neugestaltung der Annenstraße könnte sich ja vielleicht auch diese lang ersehnte Belebung ergeben, die man ja eigentlich von

Wirtschaftsseite her braucht, sofern man dann auch gleich den einen oder anderen Gastgarten mitdenkt, der zwischen den Pflanzentrögen hervorragenden Platz fände. Wunderschön, diese Umgestaltung, dass sie passiert. Dennoch fehlt unserer Annenstraße ja so ein Event, so eine Marke, wie das eben der „Große-Annenstraßen-Flohmarkt“ war. Der wurde zweimal jährlich abgehalten, am Samstag im Mai, am Samstag im Oktober. Und fast unfassbar, weil es kamen jedes Mal bis zu 10.000 Besucher. Und vielleicht lag der Erfolg dieses Annenstraßen-Flohmarktes da an seinem Konzept, denn professionelle Standler waren nicht erwünscht, nur die Leute, die dort gewohnt haben oder wohnen, können dort ihre gebrauchten Sachen anbieten, an den Mann, an die Frau bringen. Und für ein paar Euro einen guten Kinderwagen zu bekommen, das hilft den Menschen gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Und weiterverwenden statt wegwerfen ist auch ein guter Schutz für unser Klima. Wie haben die das dann abgewickelt? Währenddessen bleibt die Annenstraße immer für den Autoverkehr gesperrt, ein Querens der Straße war für Pkw aber an den Kreuzungen möglich, und auch das Straßenbahnverkehrs wie gewohnt. Es ist zwar anstrengend für die Bim-Fahrer gewesen und die mussten das Tempo stark reduzieren, weil ja natürlich die Menschen andauernd die Straße querten und es schon ein ziemliches Durcheinander war. Wie hat diese Erfolgsgeschichte unseres Annenstraßen-Flohmarktes begonnen? Es war eigentlich eine private Initiative und man wollte beweisen, dass der vor allem x-mal totgesagte Stadtteil Lend durchaus lebendig ist. Und dieser Beweis ist dem Verein Stadtteilprojekt ANNENVIERTEL unter Maria Reiners Leitung fünf Jahre lang wirklich sehr erfolgreich gelungen. Und dann beendeten Unstimmigkeiten zwischen Vereinsführung und Behörde die Weiterführung dieses beliebten Events. Ein großer Verlust, wirklich ein großer Verlust für die Bezirke Lend und Gries, denn dieser Annenstraßen-Flohmarkt hat sich binnen kürzester Zeit zu einer wahren Institution entwickelt, eine Marke für diese beiden Stadtteile. Da, wie dargelegt, der „Große-Annenstraßen-Flohmarkt“ nicht nur positiv auf das Klima und auch auf unser Lebensgefühl wirkt, sondern auch einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor für die ansässigen Gewerbe und Gastbetriebe darstellen, ersuche ich um die Wiedereinsetzung des „Großen-Annenstraßen-Flohmarkts“ und

stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den dringlichen Antrag  
...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Sabine, setz dich hin, dort, wo der Manfred ist.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Geht schon.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich habe das Mikrofon eingeschalten, du kannst hier einfach weiterreden, das ist überhaupt kein Problem.

*GR<sup>in</sup> Reininghaus nimmt auf der Regierungsbank neben StR Eber Platz.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Das mit den Schmerzen ist gut, man wird so verwöhnt. Jetzt sitze ich im Stadtsenat  
*(Gelächter im Saal).*

So, jetzt aber ernst. Durch die deutliche Verbreiterung des südseitigen Gehsteiges in der Annenstraße laut Motiventext, mögen die zuständigen Stellen der Stadt Graz die Wiedereinsetzung des „Großen-Annenstraßen-Flohmarkt“ ab 2024 einer neuerlichen Prüfung unterziehen. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die sicherheits- und verkehrstechnischen Auflagen zu erfüllen, um die Wiedereinsetzung des beliebten Events zu ermöglichen. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen weiters prüfen, ob der „Große-Annenstraßen-Flohmarkt“ aus sicherheits- und verkehrstechnischen Aspekten nur nordseitig stattfinden sollte beziehungsweise, ob

durch die Neugestaltung der Annenstraße auch die südseitige Nutzung möglich wäre. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden zu prüfen ersucht, wie die Umgestaltung der Annenstraße durch Gastgärten zwischen den Pflanztrögen belebt werden kann. Die zuständigen Stellen mögen prüfen, ob die Mitglieder des Vereins „Stadtteilprojekt“ die Bereitschaft haben, die Organisation des Flohmarktes wieder zu übernehmen. Und noch ein ganz wichtiger Punkt, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob künftig die Haftung für die Veranstaltung übernommen werden kann und wie der Annenstraßen Flohmarkt ohne den Einsatz eines Schienenersatzverkehrs vonstattengehen kann. Ein ganz wichtige und tolle Geschichte. Ich bitte um Ihre Annahme. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Um insgesamt 400.000 Euro wird die Annenstraße neugestaltet, um sie lebenswerter und attraktiver zu machen. Im August wird mit der Neugestaltung begonnen und im September wird sich die Annenstraße neu präsentieren. Zumindest im stadteinwärts führenden Bereich zwischen dem Bahnhof und dem Roseggerhaus. Hier wird die stadteinwärts führende Fahrspur für PKW zu einem neuen Radweg und PKW werden sich künftig mit der Straßenbahn die Geleisspur teilen. Durch die neue Verkehrsführung verbreitert sich der Gehsteig auf der Südseite der Annenstraße um ungefähr 1 Meter, sodass Fußgänger:innen mehr Raum haben und Pflanzkisten mit Sitzbänken untergebracht werden können.<sup>1 2</sup>*

*Zwar ist die Neugestaltung der Annenstraße erst einmal ein Anfang, nicht der große Wurf, aber sie zeigt die Bereitschaft der Stadt Graz, sich doch endlich der Annenstraße anzunehmen. Durch die Neugestaltung könnte die von der Wirtschaft lang ersehnte*

---

<sup>1</sup> <https://grazer.at/de/yGIWaR1a/verkehrsberuhigung-die-grazer-annenstrasse-wird/>

<sup>2</sup> <https://www.kleinezeitung.at/service/topeasy/lebenshilfe/6297960/Einfache-Sprache-Ab-August-wird-dieAnnenstrasse-umgestaltet>

*Belebung doch gelingen, sofern man auch gleich den einen oder anderen Gastgarten mitdenkt, der zwischen den Pflanztrögen hervorragend Platz fände.*

*Es ist schön, dass die Umgestaltung passiert, aber für eine nachhaltige Belebung der beiden Stadteile fehlt es an einem regelmäßigen Event, einer Art „Marke“, so etwas wie der „Große Annenstraßen-Flohmarkt“ war: Jeweils an einem Samstag im Mai und Oktober fand das Event statt und lockte jedes Mal bis zu 10.000 Besucher:innen an. Während professionelle „Standler“ nämlich nicht zugelassen waren, konnten ausschließlich die Bewohner:innen vor Ort ihre gebrauchten Sachen für etwas Kleingeld an die Frau/den Mann zu bringen. Für ein paar Euro einen guten Kinderwagen zu kriegen, das hilft den Menschen gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Und Weiterverwenden statt Wegwerfen ist auch gut für den Schutz unseres Klimas.*

*Während die „Großen-Annenstraßen-Flohmärkte“ liefen, blieb die Annenstraße für den Autoverkehr gesperrt. Ein queren der Straße war für PKW aber an den Kreuzungen möglich und auch die Straßenbahn verkehrte wie gewohnt.*

*Dabei begann diese Erfolgsgeschichte durch eine rein private Initiative. Man wollte beweisen, dass der vor allem x-mal totgesagte Stadtteil Lend durchaus lebendig ist. Und dieser Beweis ist dem Verein „Stadtteilprojekt“ mit Maria Rainer an der Spitze 5 Jahre lang erfolgreich gelungen. Dann beendeten Unstimmigkeiten zwischen Vereinsführung und Behörde die weitere Abhaltung des beliebten Events.<sup>3</sup> Ein großer Verlust, denn der „Große Annenstraßen-Flohmarkt“ hatte sich binnen kurzer Zeit zu einer Institution im Viertel und darüber hinaus entwickelt.<sup>4</sup>*

---

<sup>3</sup> [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4148372/Graz\\_Ende-des-Flohmarkts-in-der-Annenstrasse](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4148372/Graz_Ende-des-Flohmarkts-in-der-Annenstrasse)

<sup>4</sup> [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/stadtbummel/5093716/Eventtipp\\_Am-Samstag-steigt-dergrosse-Flohmarkt-in-der-Annenstrasse](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/stadtbummel/5093716/Eventtipp_Am-Samstag-steigt-dergrosse-Flohmarkt-in-der-Annenstrasse)

*Da, wie dargelegt, der „Große-Annenstraßen-Flohmarkt“ nicht nur positiv auf das Klima und auf unser Lebensgefühl wirkt, sondern auch einen Wirtschaftsfaktor für ansässige Gewerbe- und Gastrobetriebe darstellt, ersuche ich um die Wiedereinsetzung des „Großen-Annenstraßen-Flohmarkt“ und stelle gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Durch die deutliche Verbreiterung des südseitigen Gehsteiges in der Annenstraße laut Motiventext, mögen die zuständigen Stellen der Stadt Graz die Wiedereinsetzung des „Großen Annenstraßen-Flohmarkt“ ab 2024 einer neuerlichen Prüfung unterziehen.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die sicherheits- und verkehrstechnischen Auflagen zu erfüllen, um die Wiedereinsetzung des beliebten Events zu ermöglichen.*
- 3. Die zuständigen Stellen mögen weiter prüfen, ob der „Große-Annenstraßen-Flohmarkt aus sicherheits- und verkehrstechnischen Aspekten nur nordseitig stattfinden sollte, beziehungsweise ob durch die Neugestaltung der Annenstraße auch die südseitige Nutzung möglich wäre.*
- 4. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden zu prüfen ersucht, wie die Umgestaltung der Annenstraße durch Gastgärten zwischen den Pflanztrögen belebt werden kann.*
- 5. Die zuständigen Stellen mögen prüfen, ob die Mitglieder des Vereins „Stadtteilprojekt“ die Bereitschaft haben, die Organisation des Flohmarktes wieder zu übernehmen.*
- 6. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob künftig die Haftung für die Veranstaltungen übernommen werden können und wie der Annenstraßen-Flohmarkt ohne den Einsatz eines Schienenersatzverkehrs (Kosten) vonstattengehen kann.*



**GR Ulrich:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer draußen auf den Endgeräten, liebe Stadträtin Reininghaus (*Gelächter im Saal*).

Als alter Flohmarktgeher lasse ich mir das heute nicht nehmen, und zu dem Stück möchte ich doch ein bisschen was dazu sagen. Gerade die Flohmärkte, die natürlich das Nachhaltigkeitsprinzip verstärkt in sich tragen und der Wegwerfgesellschaft damit immens natürlich im Weg stehen, was ja auch gut ist, bieten ja oft atmosphärisch wirklich ein besonderes Erlebnis. Sie bieten ein entschleunigtes Einkaufen, sie haben ein sehr familiäres Flair. In deinem Fall, als Sprecherin der Annenstraße auch, bieten Sie eine Aufwertung der Annenstraße, und das ist ja auch oft ein Kollege, der Phillip, der schimpft, wenn die Leute zur Dringlichkeit nur Inhalt bieten, sage ich jetzt, die Aufwertung der Annenstraße ist irrsinnig dringlich, deshalb rede ich jetzt zur Dringlichkeit (*Appl.*).

Ganz wichtig ist eben auch der soziale Charakter untereinander, den so ein Flohmarkt mit sich bringt. Aber, und jetzt kommt es auch zu dem Punkt, der mir ganz wichtig ist, aktuell der größte Flohmarkt in Graz, viele wissen es, ist beim Center West, weil die Geschichte mit dem Cineplexx, da hat es ja doch ein bisschen einen Gewirks gegeben, wie wir alle wissen, hat ein bisschen den Nachteil, dass Menschen im Rollstuhl den dann tatsächlich schwerer erreichen. Da habe ich relativ viele Anrufe bekommen, habe

viel Schimpfe bekommen, ist blöd. Da bietet aber der Annenstraßen-Flohmarkt jetzt eine besondere Chance für eine bessere Erreichbarkeit und auch du, liebe Sabine, die ja leider aktuell temporär auch eine Gehbehinderung hast, wirst das verstehen. Also auch gerade hier viel Rücksicht nehmen, bitte auch den Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer sagen, dass wir jetzt hoffentlich bald mitten bei uns in der Stadt einen Flohmarkt bekommen, an den sie auch besser partizipieren können. Und liebe Sabine, von uns volle Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Inhalt. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Lohr) angenommen.***

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, lieber Zuschauer auf der Galerie und alle, die noch online sind, liebe Sabine. Danke für diesen dringlichen Antrag. Ich habe so richtige nostalgische Anwendungen bekommen, weil ich habe das natürlich miterlebt, wie der Annenflohmarkt angefangen hat zu blühen und sich zu entwickeln. Und man muss ja auch sagen, dass aus der ersten Umfrage oder Partizipation, wo es um die Annenstraße gegangen ist, woraus das Stadtteilprojekt ANNENVIERTEL ja überhaupt entstanden ist, und aus dieser Partizipation der Menschen, die dort sich beteiligt haben, auch die Idee zum Flohmarkt entstanden ist beziehungsweise die Gestaltungen, kleinere Pflanzengestaltung, Ecklösungen, aber es wurde leider nicht alles umgesetzt, aber aus dieser Zeit haben wir eben das Stadtteilprojekt ANNENVIERTEL oder wurde dieses Projekt geboren und ich weiß, welche großartige Arbeit dieser Verein leistet. Vielleicht noch ein paar Worte zur Partizipation, weil das ist ja ein partizipatives Projekt, Partizipation ist ja die Grundlage in einer Demokratie, würde ich einmal so behaupten. Und es ist aber allerdings keine leichte Sache, Partizipation zu erwirken. Es ist nämlich etwas, was nicht so unbedingt selbstverständlich ist, deswegen braucht es einen gewissen Rahmen, dass Partizipation auch niederschwellig passieren kann und damit sich die Menschen, die einfach in einem Stadtviertel leben, Bewohner:innen einer Stadt, sich dieses Viertel, wo sie

leben, ihre Lebensumgebung, einfach aneignen können, sich damit identifizieren können, das ist ein Aspekt. Der andere ist, Partizipation muss auch ein bisschen eine Zufälligkeit erlauben. Und was gibt es für einen besseren Rahmen, als einen Flohmarkt, um eine Zufälligkeit, eine Spontanität überhaupt erwirken zu können? Und ich kann mich noch erinnern, dass einfach so, man geht hin, um irgendetwas, ein Spielzeug für die Kinder zu kaufen, dann sieht man jemanden, den man kennt und dann ergibt sich ein Kaffee, und dann sitzt man da und diskutiert über die alten Spiele, die man gespielt hat und auf einmal ist so eine Aneignung passiert, ein räumliches Erleben passiert. Das bedeutet, der Flohmarkt bietet einfach Raum sich zu entwickeln, sich dieses Stadtviertel anzueignen, sich zu identifizieren und diesem Stadtviertel, das manchmal, wenn man so durchfährt und sich denkt, uh, da gehört schon ein bisschen Leben rein, ein bisschen mehr Raum, ein bisschen mehr Gastgärten, gibt den Menschen einen Raum, sich dort wohlfühlen. Deswegen, ich finde es sehr, sehr schön, dass du diesen dringlichen Antrag gestellt hast, Sabine. Und wir werden, der Dringlichkeit haben wir schon zugestimmt, aber genauso auch im Inhalt zustimmen. Vielen Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Es ist auch gebeten worden, das sage ich nur vorab, einzeln über die Punkte abzustimmen.

**GR Mag. Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregerung, werte Kolleg:innen. Ich bin wirklich sehr, sehr froh, dass ich diese ganzen positiven Signale bemerke, denn es sorgt dieser Flohmarkt sicher für eine Belebung der Annenstraße. Meine Frage: Wird es der Durchbruch für die Zukunft der Annenstraße sein? Und das jetzt einmal ein Impuls, der auch anregen soll zum Weiterdenken. Jetzt knüpfe ich an, an den Anfang der Sitzung und an das Grüne Netz Graz. Weil die Annenstraße sollte eine Allee werden und sollte im Zusammenhang mit der Herrengasse ein Grünzug werden. Ein Grünzug, neuer

Grünzug für Graz, im Sinne des Grünen Netzes Graz, das wir gemeinsam beschlossen haben, dass wir das auszubauen haben. das heißt, die Tröge, die jetzt hinkommen, dürfen nur ein Durchgangsprojekt sein. Und ich werde mich weiterhin vehement einsetzen, dass wir auch in der Annenstraße das Schwammstadtprinzip durchdenken und durchführen und Annenstraße zu einer Allee machen, weil dann wird es einen Flohmarkt geben, und dann wird es aber auch wirklich durch eine Allee vom Hauptbahnhof bis zum Eisernen Tor wieder eine wirkliche Belegungsmöglichkeit der Annenstraße geben. Und ich sage noch einmal, best practice: Mariahilfer Straße in Wien, da stehen jetzt 30 Jahre alte Bäume. Wir haben ein Blätterdach, es gab wahnsinnig viel Widerstand, das was ich auch heute gehört habe, ja, dann müssen wir alles umgraben, und so weiter, tun wir es, beleben wir es wirklich wieder. Damit auch der Annenstraße-Flohmarkt zwei Mal im Jahr unter schönen Bäumen, die in einem Schwammstadtprinzip gepflanzt sind, stattfinden kann. Dankeschön (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Also diese visionären Überlegungen, es wäre, glaube ich, einmal interessant darüber näher zu sprechen, aber ich möchte jetzt von Ihren Missionen, die unbestritten wichtig sind, und auch attraktiv, zurückkommen zu einem Thema, das auch im Antrag steht und, das noch niemand genannt hat, weil bis jetzt haben wir eigentlich nur über die unbestritten positiven Seiten eines Flohmarktbesuches gesprochen, wir haben über Nostalgie der Anfänge gehört, wer alles dort war und letztendlich haben wir einen Bogen gespannt bekommen vom Flohmarkt, zu Themen der Partizipation und der Basis einer Demokratie. Ich möchte, so wichtig und schön das alles ist, bitte auch ein bisschen auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Wenn man sich den Antrag nämlich genau anschaut, wundert es nicht, dass wir über die Punkte 4, 5 und 6 noch gar nicht gesprochen haben, weil da geht es nämlich auch darum, wer das Ganze quasi machen soll. Also es geht darum, inwiefern die Umgestaltung möglich gemacht werden soll. Das ist, glaube ich, ein Thema, das man auch durchaus ganz separat besprechen sollte. Das Zweite ist, ob der Verein Stadtteilprojekt die Organisation wieder

übernimmt. Da stellt sich mir schon die Frage: Was bedeutet das in weiterer Folge, wenn man das über einen Gemeinderatsbeschluss macht? Das würde nämlich bedeuteten, dass hier auch entsprechende Beauftragungen, Kosten oder sonst irgendwas entstehen. Also diese Dinge müsste man sich schon noch einmal genauer anschauen. Und das Dritte ist, dass die Stadt Graz aufgefordert werden soll, eine Haftung zu übernehmen. Und ich bitte, das muss man sich ganz genau anschauen. Aus diesem Grund wird es ja auch zu einer getrennten Abstimmung kommen sollen, das hat die Frau Bürgermeisterin schon angekündigt, aber das sollte bitte mindestens genauso ein wichtiger Teil der Debatte sein, wie der romantische Zugang zum persönlichen Flohmarktbesuch. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke für diese Anmerkung, die nicht ganz falsch ist. Das mit den Haftungsproblemen, das weiß ich aus der Vergangenheit, das ist ein Thema, aber man sollte es nicht ausschließen, dass es man es probiert und versucht anzugehen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall, dann bitte ich dich, Frau Gemeinderätin, um das Schlusswort und kannst ruhig auf diesem Platz bleiben.

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Zur Haftung möchte ich bitte noch kurz etwas sagen. Also wenn die Stadt Graz dann Auflagen hat und an den Verein herantritt, der eine tolle Veranstaltung aufsetzt und sagt, ihr müsst die Haftung übernehmen, dann kann das aber auch nicht richtig sein, oder? Weil darum ging es nämlich. Der Verein hat dann gesagt, wir können keine Haftung übernehmen.

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer unverständlich.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ja, aber wer haftet denn zum Beispiel für das Aufsteirern?

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer** und GR **Stücklschweiger**: Der Veranstalter.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Wer ist denn der Veranstalter?

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Ja, die Agentur, die das organisiert.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Eine private Agentur, die machen dann die Haftung. Ja, aber das war das Problem, warum die dann eigentlich aufgehört haben damit, weil sie gesagt haben, wir können weder den Schienenersatzverkehr bezahlen um 13.000 Euro, noch können wir die Haftung übernehmen, sagt der Verein.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger** unverständlich.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Also soweit, dass Sie jetzt hier informiert sind, was das eigentlich abgelaufen ist, welche Schwierigkeiten das waren, das waren nämlich genau diese zwei Punkte. Und möchte jetzt das Wort der Frau Bürgermeisterin noch einmal übernehmen. Ja, das mit der Haftung ist schwierig aber bitte, wir müssen uns überlegen, wollen wir eine

lebendige Stadt, oder sagen wir, nein, haften tun wir nicht, wenn es Leuten einmal gut geht, weil es ein lustiges Event gibt.

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer** unverständlich.*

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Außerdem gibt es Veranstaltungshaftpflichtversicherungen.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Sabine, lass dich nicht von Zwischenmeldungen jetzt einfach, das ist das Schlusswort, du bist am Wort.

GR<sup>in</sup> **Reininghaus**:

Ja, also ich finde, das ist ein super dringlicher Antrag, und ich freue mich über Ihre Zustimmung, machen wir es so. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke, wir stimmen hier sowieso getrennt ab und ich darf hier um Ihre Aufmerksamkeit bitten, weil es sind sechs Punkte.

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 3) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 4) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 5) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 6) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke vielmals, auch für das Verständnis. Und alles Gute Frau Gemeinderätin Reininghaus. Sie sind somit auch entschuldigt für die heutige Sitzung.

#### **7.4 Koralmbahn als Chance für Graz wahrnehmen (GR Stefan Stücklschweiger, ÖVP)**

**GR Stücklschweiger:**

Vielen herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin. Ich möchte noch dazusagen, ich bin auch Veranstalter und ich würde mir auch wünschen, dass die Stadt Graz uns ab sofort die Haftung völlig übernimmt, das wäre echt großartig. Aber gut, kommen wir zu meinem dringlichen Antrag. Graz ist ein wirtschaftliches, wissenschaftliches und innovatives Zentrum der Region Südösterreich, geschätzte Frau Bürgermeister, und fungiert als Brücke zwischen dem mittel- und südosteuropäischen Raum. Die wirtschaftlichen Verflechtungen, die reichen bis die angrenzenden Regionen Sloweniens, die reichen auch nach Kroatien, bis ins westliche Ungarn hinein. Durch die Anbindung an den Baltisch-Adriatischen Korridor und das in Ausführung befindliche

Projekt der Koralmbahn entsteht im Süden Österreichs damit eine erweiterte Metropolregion mit einer Hub-Funktion für den Süden Österreichs in den internationalen Raum. Die neue Eisenbahnstrecke lässt einen Wirtschaftsraum bestehend aus 1,8 Millionen Menschen, aus 120.000 Unternehmen und 620.000 Beschäftigten entstehen. Die geplante Fertigstellung der Koralmbahn 2026 stellt somit tatsächlich eine einzigartige Chance für das Entstehen eines neuen Agglomerationsraums im Süden Österreichs, nämlich zwischen Graz, Klagenfurt und Villach dar. Die daraus zu erwartende Dynamik und eine kluge regionale sowie interkommunale Zusammenarbeit im Großraum kann für die Stadt und das Umland sehr viele neue Optionen hinsichtlich Positionierung, hinsichtlich Standortentwicklung und hinsichtlich gemeinsamer Vermarktung eröffnen. Neben dem Bau der Koralmbahn ist es darüber hinaus erforderlich auch infrastrukturelle Begleitmaßnahmen zu ergreifen, die zum einen eine optimale Nutzung der Bahn gewährleisten und zum anderen die Regionen abseits des Koralmbahn-Kernraumes attraktivieren, damit alle Regionen Südösterreichs tatsächlich auch gleichermaßen vom neuen Wirtschaftstraum profitieren können. So werden zum Beispiel Firmenstandorte in die Nähe der Bahnstrecke verlagern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich in der Nähe ansiedeln wollen. Ein Mangel an Infrastruktur würde daher mit einem Verlust von Arbeitsplätzen und fehlenden neuen Jobangeboten einhergehen. Daher gilt es dieses Infrastrukturpaket um tieferegehende regional- und standortpolitische Agenden zu ergänzen, die neben dem Wirtschafts- und Lebensstandort auch den Bildungs- und Innovationsstandort Südösterreich umfasst. Dazu gehören unter anderem eben der Ausbau der Infrastruktur in den Regionen, der Ausbau der Haupt-, Begleit- und Zubringerinfrastruktur zur Koralmbahn, aber auch die Attraktivierung des Wirtschafts- und Lebensstandortes und die Attraktivierung des Bildungs- und Innovationsstandortes.

Der Regionalverband Steirischer Zentralraum, dessen Vorsitzende Bürgermeisterin Elke Kahr ist, ist aktuell jetzt sehr stark in die Entwicklung des Bereichs um den Flughafen eingebunden. Um die Stadt Graz hier fortan und künftig bestmöglich in die Entwicklung des in Entstehung befindlichen neuen Wirtschaftsraums zu integrieren und darin zu positionieren sowie zu vertreten, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Bürgermeisterin (und Vorsitzende des Steirischen Zentralraums) Elke Kahr wird beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen eine Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene einzusetzen, in der alle entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Position von Graz im Rahmen der Entwicklung des durch den Koralmbahnbau entstehenden Wirtschafts-, Lebens-, Bildungs- und Innovationsstandorts Südösterreich getroffen und koordiniert werden. Eine koordinierende Schnitt- und Ansprechstelle zum Regionalmanagement Steirischer Zentralraum soll daraus eingerichtet werden.
2. Unter Federführung von Bürgermeisterin Elke Kahr wird das Gremium „Zukunftschance Koralmbahn“ mit dem Ziel eingerichtet, über sämtliche künftige Vorbereitungs- und Anpassungsmaßnahmen zu informieren, zu beraten und diese zu koordinieren. Diesem Gremium sollen Mitglieder jeder der im Gemeinderat vertretenen Parteien, Expert:innen des Hauses Graz sowie externe Fachleute angehören.
3. Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, als Vorsitzende des Steirischen Zentralraums eine gemeinsame Sitzung mit dem oder der Vorsitzenden des Regionalverbands Südweststeiermark abzuhalten, um einen gemeinsamen Aktionsplan für den rund um den Koralmbahnbau entstehenden Wirtschafts-, Lebens-, Bildungs- und Innovationsstandorts Südösterreich zu erarbeiten.

Ich bitte um breite Annehme. Vielen Dank (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Graz ist das wirtschaftliche, wissenschaftliche und innovative Zentrum der Region Südösterreich und fungiert als Brücke zwischen dem mittel- und südosteuropäischen Raum. Die wirtschaftlichen Verflechtungen reichen bis in die angrenzenden Regionen Sloweniens und auch nach Kroatien und ins westliche Ungarn.*

*Durch die Anbindung an den Baltisch-Adriatischen Korridor und das in Ausführung befindliche Projekt der Koralmbahn entsteht im Süden Österreichs eine erweiterte urbane Metropolregion mit einer Hub-Funktion für den Süden Österreichs in den internationalen Raum. Die neue Eisenbahnstrecke lässt einen Wirtschaftsraum bestehend aus 1,8 Millionen Menschen, 120.000 Unternehmen und 620.000 Beschäftigten entstehen. Die geplante Fertigstellung der Koralmbahn 2026 stellt somit eine einzigartige Chance für das Entstehen eines neuen Agglomerationsraums im Süden Österreichs (Graz – Klagenfurt – Villach) dar. Die daraus zu erwartende Dynamik und eine kluge regionale sowie interkommunale Zusammenarbeit im Großraum kann für die Stadt und das Umland neue Optionen hinsichtlich Positionierung, Standortentwicklung und gemeinsamer Vermarktung eröffnen.*

*Neben dem Bau der Koralmbahn ist es darüber hinaus erforderlich, infrastrukturelle Begleitmaßnahmen zu ergreifen, die zum einen eine optimierte Nutzung der Bahn gewährleisten und zum anderen die Regionen abseits des Koralmbahn-Kernraumes attraktivieren, damit alle Regionen Südösterreichs gleichermaßen vom neu entstehenden Wirtschaftsraum profitieren. So werden Firmenstandorte in die Nähe der Bahnstrecke verlagern und Arbeitnehmer:innen werden sich in der Nähe ansiedeln wollen. Ein Mangel an Infrastruktur würde daher mit einem Verlust an Arbeitsplätzen und fehlenden neuen Jobangeboten einhergehen. Daher gilt es dieses Infrastrukturpaket um tieferegehende regional- und standortpolitische Agenden zu ergänzen, welche neben dem Wirtschafts- und Lebensstandort auch den Bildungs- und Innovationsstandort Südösterreich umfasst. Dazu gehören etwa:*

- *Ausbau der Infrastruktur in den Regionen*
- *Ausbau der Haupt-, Begleit- und Zubringerinfrastruktur zur Koralmbahn*
- *Attraktivierung des Wirtschafts- und Lebensstandortes*
- *Attraktivierung des Bildungs- und Innovationsstandortes*

*Der Regionalverband Steirischer Zentralraum, dessen Vorsitzende Bürgermeisterin Elke Kahr ist, ist aktuell stark in die Entwicklung des Bereichs um den Flughafen eingebunden. Um die Stadt Graz hier fortan und künftig bestmöglich in die Entwicklung des in Entstehung befindlichen neuen Wirtschaftsraums zu integrieren und darin zu positionieren sowie zu vertreten, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Bürgermeisterin (und Vorsitzende des Steirischen Zentralraums) Elke Kahr wird beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen eine Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene einzusetzen, in der alle entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Position von Graz im Rahmen der Entwicklung des durch den Koralmbahnbau entstehenden Wirtschafts-, Lebens-, Bildungs- und Innovationsstandorts Südösterreich getroffen und koordiniert werden. Eine koordinierende Schnitt- und Ansprechstelle zum Regionalmanagement Steirischer Zentralraum soll daraus eingerichtet werden.*
- 2. Unter Federführung von Bürgermeisterin Elke Kahr wird das Gremium „Zukunftschance Koralmbahn“ mit dem Ziel eingerichtet, über sämtliche künftige Vorbereitungs- und Anpassungsmaßnahmen zu informieren, zu beraten und diese zu koordinieren. Diesem Gremium sollen Mitglieder jeder der im Gemeinderat vertretenen Parteien, Expert:innen des Hauses Graz sowie externe Fachleute angehören.*

3. *Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, als Vorsitzende des Steirischen Zentralraums eine gemeinsame Sitzung mit dem/r Vorsitzenden des Regionalverbands Südweststeiermark abzuhalten, um einen gemeinsamen Aktionsplan für den rund um den Koralmahnbau entstehenden Wirtschafts-, Lebens-, Bildungs- und Innovationsstandorts Südösterreich zu erarbeiten.*

**KO GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren auf der Galerie und im Livestream, geschätzter Antragsteller. Im Großen und Ganzen habe ich mich wirklich gefreut, als ich den Motiventext zu diesem Antrag gelesen habe. Denn wir wissen, und das ist ja auch sehr gut dargestellt, dass da in den nächsten paar Jahren, wahrscheinlich schon Stand jetzt oder bald, beziehungsweise mit der Eröffnung des Koralmahnbau in jetzt ca. drei bis vier Jahren sehr, sehr viel passieren wird. Und dann lese ich, dass die Stadt Graz und insbesondere die Vorsitzenden des Regionalverbandes Steirischer Zentralraums, quasi die Entwicklungshoheit, die Verantwortung für die ganze Südweststeiermark, für den Bezirk Wolfsberg, Wiederschauen, Frau Kollegin, alles Gute (*GR<sup>in</sup> Reininghaus verlässt die Sitzung*), Bezirk Wolfsberg, Klagenfurt bis Villach übernehmen soll. Und da habe ich mir dann schon gedacht, das ist jetzt spannend, weil eigentlich hätte ich mir erwartet, dass man an den Landeshauptmann oder die Steiermärkische Landesregierung, an die Wirtschaftslandesrätin, an den Bildungslandesrat, und wie gesagt, in der Verantwortung des Herrn Mag. Christopfer Drexler stehend natürlich auch Kommunikation mit Kärnten und mit der Bundesebene übernehmend, sich an diese Ebenen richtet, um dann natürlich auch auf Kommunen, Städte und Regionalverbände, insbesondere den Steirischen Zentralraum, wo Graz Teil des ganzen Verbandes ist, und natürlich für die Weststeiermark, Deutschlandsberg einzubinden. Weil da kann sehr, sehr viel schiefgehen, da kann man sehr, sehr gewinnen, das ist alles vollkommen richtig aufgerissen. Aber wie gesagt, mir scheint es vollkommen falsch mit der Analyse, dass dann die Stadt Graz mit Expert:innengruppen und mit einer gemeinsamen Sitzung

mit dem Regionalverband Südweststeiermark dieses Thema bearbeiten soll. Das Thema ist viel, viel größer, das Thema ist mehrere 100.000 Personen, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und vieles, vieles andere mehr schwer, wenn ich das so sagen darf. Da geht es um urbane Clusterungen, die hier passieren oder gelingen und misslingen können, da geht es um neue Erholungsräume, da geht es um irrsinnig vieles. Und ich denke, ohne einen Abänderungsantrag zu machen, weil ich denke, du kannst auch mit dem Herrn Landeshauptmann am kurzen Weg reden, das wäre sehr wichtig, genau diese Motive und diesen Text, Graz wird dort sicher und die Regionalverbänden werden da sicher gerne mitarbeiten, an die Landesregierung beziehungsweise an deinen Parteifreunden, Herrn Mag. Christopher Drexler, weiterzuleiten. In diesem Sinne, es ist dringlich, aber im Inhalt würden wir das als den falschen Ansatz erkennen. Dankeschön (*Appl.*).

**GR Stücklschweiger:**

Dankeschön, ich habe gar nicht viel zu sagen. Ich bin sehr froh, dass die Dringlichkeit offensichtlich durchgeht. Ich möchte nur sagen, Herr Kollege, Sie haben sich nicht zur Dringlichkeit, sondern einfach zur Sache geäußert, das kommt erst. Aber da werden sich wahrscheinlich noch die Kollegen auch noch zu Wort melden. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke Herr Gemeinderat, aber das schwimmt eh des Öfteren. Aber wir kommen jetzt zur Abstimmung.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR Zirngast:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen. Ich mache es auch kurz. Also wir sind natürlich der Meinung, dass das ein dringliches und wichtiges Thema ist für Graz und den gesamten Zentralraum. Es ist allerdings so, dass das ja schon im Regionalmanagement, im Vorstand auch diskutiert wurde, es ist für das Arbeitsprogramm 2024 auch aufgenommen und dort soll das regionale Standortmanagement auch ausgebaut werden. Das richtige Gremium für diesen Antrag, also dem man ja auch grundsätzlich was abgewinnen kann, ist eben der Vorstand des Regionalverbandes und grundsätzlich die Abteilung beim Land. Also in der Stadt Graz eine Parallelstruktur einzurichten wäre sowohl für die Ämter der Stadt Graz eine unnötige Mehrarbeit, wie auch wie auch sowieso nicht sinnvoll, weil da immer eine Parallelstruktur entstehen würde. Was man sicherlich machen kann, und das kann man ganz einfach bei der nächsten Vorstandssitzung von der Region Steirischer Zentralraum einbringen, ist, dass man zum Beispiel mehr Zusammenarbeit auch mit anderen Regionen, zum Beispiel Südwest und so weiter, anbringt. Das kann man machen, das könnt auch ihr einbringen.

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR Zirngast:**

Ja, ja. Nicht den gesamten Antrag. Ich sage ja, das ist nur Punkt 3, ist schon klar, aber das könnt ihr auch dort einbringen. Auch ihr seid dort vertreten. Der Stadtrat Riegler ist, glaube ich, Mitglied im Vorstand, auch wenn er sich bisher meistens vertreten hat lassen vom Gemeinderat Topf, aber es gibt auf jeden Fall die Möglichkeit das einzubringen. Danke (*Appl.*).

**GR Huber:**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Stefan. Danke für deine Initiative, für diesen Antrag. Und du hast es eh schon ausgeführt, hier geht es um einen riesigen Ballungsraum, der hier verbunden wird. Und es geht einfach darum, dass Graz hier in diesem Ballungsraum seine Interessen wahrt und wirklich die wichtigen Schritte setzt, damit sich Graz gut weiterentwickeln kann. Und die Stadtregierung kann da jetzt wirklich einmal beweisen, dass sie ihr Amt ernst nimmt, die richtigen Schritte setzt, und Graz in eine positive Zukunft führt. Und es gibt positive Beispiele, die man hier heranziehen kann, es gibt zum Beispiel die ARGE Weststeiermark, die setzen sich regelmäßig zusammen, überlegen, welche Schritte gesetzt werden müssen, dass die Region profitiert. Und genau das würden wir uns auch von der Grazer Stadtregierung wünschen, und von Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Und wenn man sich anschaut, die Fertigstellung, der Kollege Dreisiebner lacht, aber das ist wirklich so, wir müssen jetzt die Schritte setzen, damit wir 2026 profitieren und diese gewaltige Chance für Graz wahrnehmen, weil wenn wir uns anschauen, welche Chance unsere Jugend hat, alleine, wenn man sich den Arbeitsmarkt anschaut, wie klein der wird, dass man sagt, wir sind in einer dreiviertel Stunde in Kärnten und kann dort dann einen Arbeitsplatz wahrnehmen zum Beispiel (*Appl.*).

Oder für unsere Wirtschaft, das sind alles Chancen, die wir wahrnehmen müssen oder für unseren Lebensstandard, wo man sagt, man baut jetzt in die Infrastruktur, den Bildungsstandort können wir ausbauen. Es gibt unzählige Vorteile, die nutzen müssen, aber wir müssen jetzt die Schritte setzen, und das würden wir uns von Ihnen wünschen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, dass Sie sich dort zusammensetzen und die wichtigen Schritte für die Zukunft setzen. Danke (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich möchte einfach nur dort anschließen, an Gemeinderat Dreisiebner und Gemeinderat Zirngast. Und weiß ich jetzt doch seit mehr als eineinhalb Jahren, wo ich Vorsitzende des Zentralraums sein darf und diese Zusammenarbeit, vor allem mit dem Regionalmanagement und dem großartigen Team, die dort wirklich in toller Art und Weise Themen aufbereiten, intensiv Gespräche führen und auch genauso diese koordinierende Arbeit vornehmen, die hier notwendig ist, damit eben auch die Interessen, und damit wir uns da nicht nur als Wasserkopf in Graz sehen, sondern vor allem auch die anderen Umlandgemeinden und Regionen Berücksichtigung erfahren. Was wichtig ist, und da bin ich wirklich Ihrer Meinung, und das bietet aber genau diese Struktur und muss auch sozusagen das Land die Interessen auch mehr aufgreifen von uns, dass wir genau die Punkte, die für uns jetzt wichtig sind, oder der Blickwinkel von der Grazer Sicht, dass hier der Wirtschaftsstadtrat gemeinsam sozusagen mit der gesamten Stadtregierung auch Themen einbringt. Also da denke ich mir, das ist auch wichtig, dass das vom Wirtschaftsstadtrat und von dieser Seite kommt. Platz genug ist dem vorhandenen Konstrukt in jedem Fall, und das ist überhaupt nicht sinnvoll hier Parallelstrukturen aufzubauen. Man kann zum Beispiel auch die Stadtregierungssitzungen, haben wir zum Beispiel einmal eine außerordentliche Stadtregierungssitzung wieder, wo drei Punkte eben auch von einem Stadtratskollegen aufgenommen werden, genau dieses Instrument ist ja da, damit alle Parteien auch über ein Thema und über Fragen, die für unsere Stadt wichtig sind, auch diskutieren können.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.57 Uhr).***

**GR Dr. Piffel-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Alle, in Präsenz und in den Schirmen oder Kopfhörern. Ja, es ist eine Art, ich möchte das Wort Zeitenwende jetzt nicht in

den Mund nehmen, weil es leider in den letzten eineinhalb Jahren, in einem anderen Zusammenhang, mit einem Nachbarland auszusprechen war. Aber geopolitisch hat die Koralmbahn ganz eindeutig eine Zeitenwende für unser Verständnis und unsere Möglichkeit zum Inhalt. Einige von uns waren schon einige Male in den Tunnelbauwerken drinnen oder haben sich Baustellen angeschaut. Nicht nur, weil wir einfach technisch interessiert sind, sondern weil wir möglichst früh einfach mitbekommen wollen, worum es, um welche Dimension es für uns dabei geht. Und wenn wir über den neuen Wirtschaftsraum Süd, wie zwischen den Ländern Steiermark und Kärntner, auch gestützt auf die Studie von Joanneum Research, apostrophiert, ein Begriff, der noch gar nicht sozusagen sofort verstanden wird, dann zeigt er alleine den Forschungs- und Entwicklungsbereich, dass die Steiermark als über Jahre führendes Bundesland, nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten EU immer wieder an erster Stelle unteren 273 Regionen der EU im regionalen Forschungs- und Entwicklungsprofizentren ist. Und jetzt bitte, zugegeben, ich bin Steirer habe viele Kärntner Freunde, und es sind auch sicher einige hoffentlich hier, sind viele in Graz, auch durch die Universität, Kärnten ist an vierter Stelle in Österreich in der Forschungsquote. Also ich gestehe ein, ich habe das nicht angenommen. Und zusammen sind die wir die stärkste Subregion in Österreich, zusammen, in der Forschungs- und Entwicklungsquote, weil Wien und Oberösterreich sind da noch, aber die hängen nicht unmittelbar zusammen. Ich wollte nur sagen, dass wir hier ein Potenzial erschließen, dann auch bis zu tagesläufigen Pendlern, im Bildungsbereich, für berufsbegleitende universitäre Ausbildungen. Und jetzt kommt unsere Hausaufgabe, es hat die Planungsregionen in der Steiermark sind vom Land so belegt worden wie sie sind, keine Kritik daran, wir hängen, Entschuldigung, mit der Lipizzanerheimat zusammen, und ein Drittel der Projekte im regionalen nämlich betreffen das. Das ist auch unsere Chance. Aber wir sollten uns innerhalb der Teilregionen der Steiermark, unabhängig von dieser Segmentierung der Planungsregionen mit der benachbarten Planungsregion Deutschlandsberg, Leibnitz zusammentun, die zum Beispiel Beachtliches schon umsetzen, interkommunale Standorte für Gewerbe- und Wirtschaftsparks. Ohne uns, ohne, das machen die toll. Da gäbe es sicher viele

Synergien, die diese Region, und das hat das Land auch ermöglicht, indem sie die Regionen mit großer Autonomie und mit finanziellen Mitteln ausgestattet haben. Und bitte ich dich einfach, dass diese Initiative einfach einmal aufgreifst mit der Nachbarregion für diesen Teilraum, Deutschlandsberg, wo die Koralmbahn hineinfährt oder hinausfährt, ergreifst und einfach auch Projekte in der jährlichen Budgetierung vielleicht gemeinsam mit ihnen mitfinanzierst, die hier uns weiterbringen. Das ist die Idee, die diesem Punk 3 zugrunde liegt (*Appl.*).

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen. Eigentlich wollte ich die Wortmeldung schon zurückziehen, weil die Bürgermeisterin das schon gesagt hat, nämlich den Dank wirklich an die Mitarbeiterinnen, sind das hauptsächlich, wirklich Frauen, ich glaube, es gibt jetzt einen Mann, des Managements des Steierischen Zentralraums, weil die wirklich hervorragende Projekte machen. Und ich finde es wirklich, wenn wir hier hergehen und sagen, wir müssen denen vorschreiben, was zu tun ist, und die wären quasi hinterher, dann finde ich das eigentlich fast beleidigend, deren Arbeit gegenüber, die sie aus großer Eigeninitiative, aber nicht nur aus Eigeninitiative, meine Erfahrung, und eben ich gehe regelmäßig zu den Sitzungen, während sich eben der Wirtschaftsstadtrat immer vertreten hat lassen, wo das ja für ihn wirklich eine gute Kontaktebene wäre, die Projektvorschläge oder Ideen, die wir dort geliefert haben, sind alle ohne Ausnahme aufgenommen und besprochen worden. Und zur Koralmbahn, das haben Sie vielleicht verpasst, sind zwei Broschüren aufgelegt worden bei der vorletzten Sitzung. Eine wirklich sehr umfassende Studie zu den Auswirkungen der Koralmbahn im Steirischen Zentralraum, vor allen Dingen auf die Bereiche Bildung und Wohnen. Und dann gibt es eine Broschüre, die eben gemeinsam mit der Region Südweststeiermark erstellt wurde. Hier also zu unterstellen, hier wurde nicht gut kooperiert und zusammengearbeitet, das ist wirklich Unsinn. Weil die wissen sehr wohl, wie man gut arbeitet und nehmen aber Tipps und Anregungen immer gerne mit,

deswegen kann ich nur raten, hinkommen, mit denen reden, und nicht von oben Aufträge erteilen (*Appl.*).

GR DI **Ram**:

Hallo Stefan.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Hallo (Gelächter im Saal).*

GR DI **Ram**:

Ich versuche jetzt ein bisschen etwas anderes. Ich glaube, das ist so ein Thema, wo wir uns wirklich sehr einig sind. Das sind Wirtschaftsräume, die zusammenkommen, die sind sogar mit dem Zug besser erreichbar, das ist nicht nur mit Kärnten so, das ist auch mit Wien so. Wir wissen, das sind sehr große Chancen für uns, das ist aber auch ein sehr komplexes Thema. Da geht es um Zusammenarbeit auf Stadtebene und auf Landesebenen. Da haben wir die Kompetenzen auf verschiedene Ressorts verteilt. Und schlägt mich jetzt dafür, aber ich glaube halt, und ich habe das beim letzten Mal irgendwie auch schon probiert, ist wirklich der dringliche Antrag das richtige Ding? Oder ist es so, dass wir vielleicht die einzelnen Stadtregierungsmitglieder zum Beispiel zu so einem Thema einmal einladen, übergreifend über die verschiedenen Fraktionen, und dass man gemeinsam einmal darüber spricht, ok, was sind die wichtigen Formate, was soll man angreifen, wer zum Beispiel geht zum Land, ist das der richtige Weg, zum Land zu gehen? Ich muss ganz ehrlich sagen, ich weiß es nicht. Und ich glaube, es ist auch in diesen eineinhalb Tagen, wo wir diesen Dringlichen bekommen, nicht die Möglichkeit für alle anderen, richtig zu überlegen, was das Richtige ist. Und ich glaube auch nicht, dass das das Format ist, wo man das diskutieren soll. Weil einfach, da geht es hin und her, und es kommt nichts heraus. Und bitte versteht es nicht falsch, ich

glaube wirklich, das ist ein Thema, wo wir sehr viel gemeinsam machen können, aber versuchen wir es irgendwie anders. Ich kann nur das sagen. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich übergebe gleich das Wort an den Stadtrat Riegler, ich möchte nur vorab sagen, der Zugang, den finde ich voll in Ordnung, weil natürlich spricht überhaupt nichts dagegen, dass ich als Bürgermeisterin einlade, gemeinsam zum Beispiel auch mit der Vizebürgermeisterin, mit dem Stadtrat Riegler, die Regionen, die Nachbargemeinden, mit denen sich zusammensetzen, aber dann muss man auch kollektiv zuerst bei uns auch Überlegungen haben, was wir brauchen und wollen. Es braucht trotzdem eine Aufbereitung, und da muss ich sagen, da braucht es jetzt nicht eine eigene Struktur, wie bei im Haus, von der Magistratsdirektion, die wieder aufgepoppt ist, wo unheimlich viele Abteilungsleiter dabei sind, sondern da geht es darum, dass man die vorhandene Struktur im Regionalmanagement nutzt, um das einzubinden, weil einfach, wenn das über diese Schiene läuft, auch die Bereitschaft sozusagen über überregionalen Zusammenarbeit eher gegeben ist. Das muss man einfach auch sagen, sonst wartet man und braucht man einfach viel zu lang.

**StR Dr. Riegler:**

Grüß Gott. Der Grund, warum wir heute dieses Thema ansprechen, ist, weil es ein sehr schönes Referenzbeispiel gibt. Und wir hatten gerade heuer Gelegenheit über dieses Referenzbeispiel länger nachzudenken. Das nämlich Graz 2003. Da haben wir gemeinsam auf der Murinsel anlässlich des Beginns des Jahres 2023 an einer Diskussion teilgenommen. Und ich kann mich sehr gut erinnern, dass dort mehrere der seinerzeitigen Protagonisten eben eines besonders gelobt haben. Und das war, dass man damals im Jahr 2003 beziehungsweise in den Vorbereitungsarbeiten auf 2003 gesagt hat, das ist eine Top-down-Aufgabe, da macht die Stadt Graz gemeinsame Sache, da werden alle Abteilungsleiter, Abteilungsvorständ:innen,

Beteiligungsgeschäftsführer:innen darauf committed, dass das ein gemeinsames, großes Projekt ist. Und in der in einigen Termine, die ich geführt habe in den letzten Monaten, ist verstärkt eben auch von verschiedener Seite, von Industrieseite, von Wirtschaftskammerseite, immer wieder beklagt worden, dass das ein eigentlich keine strukturierte von oben, nämlich in diesem Fall jetzt von der Bürgermeisterin, koordinierte Bemühung um einen strukturierten Austausch gibt. Und deswegen haben wir das heute erst dringlichen Antrag hier eingebracht, weil wir glauben, dass es wichtig wäre, dass das eben von der Chefin höchstpersönlich herunterdekliniert kommt, dass man zum Beispiel eben sagt, wir machen einen ständigen Ausschuss des Gemeinderates, der sich mit der mit der Frage beschäftigt, das ist übrigens nicht nur eine Wirtschaftsfrage, das ist eine Frage der Stadtplanung, der Verkehrsplanung, da können unglaublich viele Dinge in Bewegung geraten, da können Leerstände in den Wohnungen, von denen ständig geredet wird, dass sie angeblich bestehen würden, da können diese Leerstände möglicherweise sich völlig verändern, weil vielleicht Leute plötzlich Wohnungen in Graz brauchen, die vorher zu weit weg waren, dass sie sich in Graz eine nehmen, weil man eben über die Pendlermöglichkeiten von Klagenfurt nach Graz in 40 Minuten und so weiter sich bewegen kann. Und das alles, das ist nur einer von vielen Aspekten. Das kann gehen vom Flughafen über die Internet- und Glasfasertechnologie, über die Citycom, über die ITG, bis hin eben auch zur Wirtschaftsabteilung. Das kann alle Ressorts betreffen, insbesondere die Planungsressorts. Und deswegen hätten wir halt vorgeschlagen, dass man da eben tatsächlich einen großen Startpunkt setzt und auch einem strukturierten Prozess, wo man die Verwaltung beauftragt, damit strukturiert vorzugehen. Natürlich kann ich, und tu ich auch, bilateral mit dem Wirtschaftsstadtrat von Klagenfurt mich treffen, das ist ja überhaupt keine Frage, das tu ich eh. Aber es geht ja nicht darum, dass man jetzt bilateral sich Politiker mit Politikern treffen, dann tut man ein paar schöne Worte austauschen, trinkt einen Kaffee und dann geht man schon auseinander, sondern es sollte eigentlich zu einer Verschränkung der Zusammenarbeit kommen. Und gerade mit Klagenfurt zum Beispiel sehe ich ein besonders hohes Potenzial. Und das wollten wir mit diesem dringlichen Antrag zum Ausdruck bringen, keinesfalls ein zusätzliches

Bürokratiemonster oder so zu schaffen, sondern eben, wie bei 2003 damals, wirklich Top-down Chefverantwortung, die Chefin beauftragt den Magistrat und die Gemeinderäte und die Regierungskollegen, machen wir gemeinsam eine gezielte, strukturierte Vermittlungsarbeit, damit wir gut vorbereitet sind auf diese Koralmtunnelgeschichte (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ad hoc, diese Überlegung muss man sich durchdenken, das steht aber in diesen drei Punkten nicht ganz so. Das ist ein bisschen anders und das klingt für mich einfach, und deswegen würde ich hier so halt nie zustimmen, nach Dauerbeschäftigung, 365 Tage mit allen Abteilungen, nur noch in dieser Frage. Ich überspitze es jetzt bewusst, ist klar, aber das gehört durchdacht. Also wenn Sie hineingeschrieben hätten, die Frau Bürgermeisterin soll prüfen, in welcher Weise wir hier eine strukturierte Zusammenarbeit finden können, in Zusammenarbeit auch mit dem Zentralraum und dem Land Steiermark und den Umlandgemeinden, ist das etwas anderes, weil dann habe ich Zeit oder dann kann man sich überlegen, wie man es angeht. So, mit diesen drei Punkten, ist es eine Überstülpung, die ich einfach nicht so stehen lassen kann, auch ohne Rücksprache auch mit den entsprechenden Abteilungen. Das wollte ich nur anmerken, und ich würde einfach empfehlen, hier dem so nicht zuzustimmen, aber die Grundintention werden wir weiterverfolgen (*Appl.*).

**GR Stücklschweiger:**

Vielen Dank. Danke David, für deinen konstruktiven Beitrag. Ich frage mich nur, wenn der dringliche Antrag hier jetzt nicht das richtige Tool ist, wann ist es das denn dann? Immer dann, wenn ihr etwas einbringt (*Appl.*)?

Ich finde die Herangehensweise absolut in Ordnung. Ich finde auch das, was Sie jetzt gesagt haben, Frau Bürgermeisterin, irgendwo in gewisser Weise nachvollziehbar. Gehen wir einmal davon aus, um konstruktiv zu bleiben, Punkt 1 und Punkt 3 hätten

man anders aufbereiten können, aber mindestens Punkt 2 hätte man doch zustimmen können. Da steht drinnen: Unter Federführung von Bürgermeisterin Elke Kahr wird das Gremium, und ein Gremium bedeutet nicht Dauerbeschäftigung, Frau Bürgermeisterin, das Gremium „Zukunftschance“, das ist sowas wie eine Brainstorming zwischen lauter schlauen Leuten. Leute, die hier drinnen sitzen, Expert:innen des Hauses Graz und externe Fachleute, da kann man dann irgendwann sich dazu entscheiden, dass man einmal im Monat macht, je näher der Zeitpunkt quasi rückt, davor kann man das einmal im Quartal machen. Aber das wäre extrem konstruktiv gewesen, sich hier zusammensetzen, auszutauschen und viele, viele verschiedene Leute einzubinden. Gremium, nichts anderes. Und ich finde es extrem schade, dass man hier jetzt hergeht und einfach pauschal zuerst sagt, alles ist dringend, aber dann hergeht und sagt, dem Inhalt können wir eigentlich überhaupt nicht zustimmen. Und eigentlich haben ganz viele Leute, die hier jetzt geredet haben, genau das gesagt, was wir unter Punkt 2 verstanden haben, nichts anderes (*Appl.*).

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR Stücklschweiger:**

Ja, ist wirklich schade. Ich kann es mir nicht verkneifen, weil du gesagt hast, ich wolltest es mir verkneifen, ich kann es mir nicht verkneifen. Frau Braunersreuther, Sie melden sich zu wahnsinnig vielen Themen, Sie sind offensichtlich Expertin in wirklich allem. Sie haben davon gesprochen, dass wir irgendjemanden beleidigen. Wissen Sie, was ich beleidigend finde? Dass Sie heute in der früh um 8.30 Uhr einen Antrag zur Absetzung gebracht haben, bei denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturamtes bereits im Juni angefangen haben daran zu arbeiten und das eigentlich frühzeitig abgegeben haben. Das ist beleidigend (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

So kann man Dinge auch vermengen (*Gelächter im Saal*).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zum Antrag selbst. Wünscht jemand getrennte Abstimmung? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich Sie, wer stimmt dem Antrag zu?

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Der Antrag ist in dieser Form so abgelehnt, aber ich sage es noch einmal, nicht in der Grundintention, sonst hätten wir ja der Dringlichkeit auch nicht zugestimmt. Wir kommen nun zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Manuela Wutte. Hier geht es um mehr Unterstützung und Service für Kulturschaffende im öffentlichen Raum.

#### **7.5 Mehr Unterstützung und Service für Kulturschaffende im öffentlichen Raum (GR<sup>in</sup> Manuela Wutte, MA, Grüne)**

GR<sup>in</sup> **Wutte**:

Vielen Dank, von einem sehr umfassenden, überregionalen Infrastrukturthema kommen wir zu einem eher kleinen, auf Graz bezogenen, was wirklich auch in unsere eigenen quasi Macht und Verantwortung steht, was aber doch sehr viele Menschen in Graz unterstützen würde. Und zwar geht es um das Thema, dass wir in Graz wahnsinnig viele aktive Leute haben, junge Menschen, die gerne Konzerte, Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum organisieren wollen. dass Und ich höre da eben ich immer von vielen, die solche Veranstaltungen auf die Beine stellen wollen,

dass es nicht ganz einfach ist. Wir wissen das, es gibt viele Ämter im Haus Graz, es gibt dann verschiedene Bewilligungen, die man erledigen muss, bevor man eine Veranstaltung im öffentlichen Raum abhalten kann. Und was noch einmal als zusätzliches Thema hinzukommt, ist eben, was mein Kollege Gerhard Hackenberger auch in der Fragestunde schon angesprochen hat, das Thema der Lärmmessungen, die eben seit Neuesten von den Veranstaltern selbst durchgeführt werden. Ich weiß nicht, wie es euch oder Ihnen geht, ich werde regelmäßig geragt zum Thema Veranstaltungen im öffentlichen Raum, wie man hier am besten vorgeht und welche Ämter man hier wann und wo braucht. Und das ist tatsächlich relativ kompliziert, das hängt immer davon ab, wo man eine Veranstaltung abhalten will. Bei den meisten Straßen oder öffentlichen Plätzen ist das Straßenamt zuständig, bei den Parks wiederum ist die Immobilienabteilung, danach braucht man aber noch das Veranstaltungsreferat, in vielen Fällen braucht man dann auch noch die Holding, wenn man zum Beispiel Wasser oder Strom für die Veranstaltung braucht. Also man hat viele verschiedene Zuständigkeiten, wenn man etwas im öffentlichen Raum organisieren will. Deswegen ist die Idee aufgekommen, dass es vielleicht gut wäre, für alle, die kulturschaffend in Graz sind, dass es im Kulturamt eine Ansprechperson zu diesen Themen gibt. Ich weiß, das Kulturamt hat natürlich viele Aufgaben und das müsste man einfach noch abklären, ob das sozusagen im Rahmen der Arbeitszeit möglich ist für eine Person, dass sie hier wirklich ansprechbar für die Themen ist und einfach die Leute, die vielleicht zum ersten Mal ein Konzert im öffentlichen Raum organisieren wollen, entsprechend unterstützt und für Nachfragen zur Verfügung steht. Was auch zum Beispiel möglich wäre, ist, dass Schallmessgeräte verliehen werden, weil es ja natürlich wieder Kosten sind, die für kleine Kulturinitiativen nicht leicht zu stemmen sind. Ich habe jetzt auch noch einmal auf der Homepage Kulturserver Graz angeschaut, ob es da Informationen gibt, zu dem, wie man im öffentlichen Raum eine Veranstaltung auf die Beine stellen kann. Es gibt hier eine Übersicht über Räume, die für Kulturinitiativen genutzt werden können, das ist schon mal sehr positiv, aber es gibt eben zum Beispiel keine Information zur Nutzung des öffentlichen Raumes. Ich weiß, es sind verschiedene Ämter involviert, auch das Straßenamt, was in unserer

Zuständigkeit liegt, und wir würden dann auf jeden Fall auch mitarbeiten daran. Ich würde es aber positiv finden, wenn es wirklich im Kulturamt jemanden gibt, der hier die Initiativen unterstützt. Ich stelle deswegen den folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht zu prüfen, wie Kulturschaffende hinsichtlich Veranstaltungen im öffentlichen Raum bestmöglich informiert und unterstützt werden können, zum Beispiel eben eine Ansprechperson im Kulturamt, Verleih von Schallmessgeräten, und einfach eine übersichtliche Information über alle Abläufe, die nötig sind. Und die Bitte ist, dass bis zum Kulturausschuss im Oktober es darüber einen Bericht gibt, mit Maßnahmen, die vorgeschlagen werden. Danke (Appl.).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Von kleinen, nicht-kommerziellen Kulturinitiativen, die Veranstaltungen, Konzerte oder Performances im öffentlichen Raum organisieren wollen, hören wir immer wieder, dass der Weg bis zur Genehmigung einer Veranstaltung im öffentlichen Raum oftmals langwierig und kompliziert ist. Als besonders aktuelles Thema wurde vor kurzem über die neuen Vorgaben für Lärmmessungen in der Kleinen Zeitung berichtet.*

*(Schallmessungen müssen nun selbst von den Veranstalter:innen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.)*

*In die Genehmigung einer Veranstaltung im öffentlichen Raum sind mehrere Ämter (Straßenamt, Veranstaltungsreferat, evtl. Holding, Immobilienabteilung) involviert. Die Abwägung zwischen den berechtigten Ruhe-Interessen von Anrainer:innen und dem Wunsch nach einem lebendigen öffentlichen Raum ist immer schwierig und muss auf Basis der geltenden Gesetze und Richtlinien, aber auch abhängig vom jeweiligen Veranstaltungsformat und -ort getroffen werden.*

*Je nach Veranstaltungsort (bei Parks die Immobilienabteilung, bei öffentlichen Straßen und Plätzen meistens das Straßenamt) sind jeweils andere Stellen als Eigentümer:in der öffentlichen Fläche zu kontaktieren. Insbesondere für kleine Veranstalter:innen ist der ganze Behördenweg mit beträchtlichem Aufwand verbunden. Sinnvoll wäre es daher, direkt beim Kulturamt eine Ansprechperson für Kulturschaffende zu haben, die im Sinne der Serviceorientierung Unterstützung und Information zu Veranstaltungen im öffentlichen Raum anbietet. So könnten Fragen zum Veranstaltungsgesetz und Veranstaltungsrichtlinien sowie zu den Bewilligungsabläufen beantwortet werden und bei Bedarf beispielsweise leihweise Schallpegelmessgeräte zur Verfügung gestellt werden.*

*Das Kulturamt hat wie viele andere Ämter der Stadt in puncto Serviceorientierung einen ausgezeichneten Ruf. Fügen wir diesem ausgezeichneten Ruf einen weiteren Baustein hinzu und erleichtern wir unserer aktiven Kulturszene die Nutzung und Bespielung des öffentlichen Raums!*

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht zu prüfen, wie Kulturschaffende hinsichtlich Veranstaltungen im öffentlichen Raum bestmöglich informiert und unterstützt werden können (zum Beispiel Ansprechperson im Kulturamt, Verleih von Schallpegelmessgeräten, übersichtliche Information über alle notwendigen Abläufe). Über das Ergebnis der Prüfung ist im Kulturausschuss bis Oktober 2023 zu berichten.*

**GR Stücklschweiger:**

Liebe Manuela, gerade nach dem, was der David Ram vorhin gesagt hat, muss ich ganz ehrlich sagen, es ist tatsächlich einfacher ein Picknick zu organisieren, als die

Sinnhaftigkeit in deinem Antrag zu finden. Du bist so ein bisschen auf der Suche nach dem heiligen Gral der Bürokratie, aber halt in der falschen Abteilung. Und ich habe ein bisschen das Gefühl, dass es, mit dem, was du hier versuchst, so ist, als wie wenn man ein Quadrat versucht in ein Loch hineinzudrücken. Sehr bemüht aber einfach sinnlos. Du bist einfach in der falschen Abteilung. Die Mitarbeiter:innen Kulturamt leisten wirklich großartige Arbeit. Aber für, wie du selbst festgestellt hast, nur im Motiventext steht es anders drinnen, die Veranstaltungsgenehmigungen sind ganz andere Stellen verantwortlich. Und was heißt das, du hörst immer wieder, immer wieder, dass der Weg bis zu einer Genehmigung für die Veranstaltung so langwierig ist? Was heißt immer wieder? Du hast das einmal gehört, du hast das zweimal gehört. Oder ist es vielleicht einfach nur so, dass eure steirischen Freund:innen bei der Organisation des clim@festivals Probleme gehabt haben? Ich weiß es nicht. Irgendwoher muss es kommen, aber ich habe das noch nie gehört. Also ich bin in der Veranstaltungsszene wirklich gut vernetzt, aber ich habe noch nie gehört, dass das eine Herausforderung ist. Und ich muss sagen, wenn sich die Menschen über zu wenig Parkplätze beschweren, dann wird das irgendwie gekonnt als tatsächliches Anliegen irgendwie mit einer Überheblichkeit ignoriert. Aber wenn euch vor der Sommerpause die Ideen für dringliche Anträge ausgeht, gerade was der David vorhin gesagt hat, das passt eh super dazu, wenn euch hier die Ideen für die Dringlichen ausgehen, dann kreierte ihr Probleme, die eigentlich überhaupt keinen Sinn machen. Das zeigt irgendwie perfekt, der dringliche Antrag von der Anna Robosch, der im Anschluss dann kommt. Die Anna schreibt nämlich in ihrem Antrag, dass in Graz erfreulicherweise viel veranstaltet wird, dass die Stadt ein beliebter Veranstaltungsort ist und der öffentliche Raum gut und gerne genutzt wird. Das heißt, ihr könnt euch hier jetzt nicht sonderlich gut abgestimmt haben, weil, wenn die Anna das eine schreibt und du das andere schreibst, dann bedeutet das irgendwo, dass hier irgendwo ein Delta ist. Einer von euch beiden kann nicht Recht haben, ich bin eher bei der Anna, weil, wie gesagt, ich genieße auch selber Veranstaltungen in Graz, das heißt, so schwer kann es nicht sein. Sei es wie es sei. Jetzt wo die Stadt aufgegraben ist, macht ihr halt andere Themen. Und ich muss dazusagen, ich finde extrem, fast schon ein bisschen despektierlich, dass du das

Kulturamt mit diesem Thema irgendwie fast schon belästigen möchtest, würde ich sagen, weil wenn du dich mit deinen Kolleginnen und Kollegen, die im Kulturausschuss sitzen ausgetauscht hättest, dann würdest du wissen, dass wir im Kulturausschuss ganz andere Themen haben, als dringend zusätzliche neue Stellen zu schaffen, die dann vielleicht für Veranstaltungsorte zur Verfügung stehen. Wir beschäftigen uns hier mit Gender-Pay-Gap, das super wichtig ist, wir beschäftigen uns mit mehrjährigen Verträgen, die wir dann abschließen können, mit Valorierungen, überall fehlt das Budget. Und du möchtest eine neue Stelle schaffen. Also das finde ich einfach total überflüssig und dementsprechend auch, wie gesagt, einfach total deplatziert im Kulturamt. Und da frage ich mich außerdem, wo der Sinn für Gerechtigkeit ist, ich dich bis jetzt immer als eine sehr gerechte Person wahrgenommen im Gemeinderat. Wo ist die Gerechtigkeit? Weil wenn du jetzt nur Kulturschaffenden diese Möglichkeit einräumen möchtest, was ist mit den ganzen Jugendorganisationen, die Veranstaltungen machen möchten? Was ist mit den ganzen innovationstreibenden Leuten, die Veranstaltungen machen möchten? Was ist mit den Sportvereinen, die Veranstaltungen machen möchten? Die Schließen wir alle aus? Also wir helfen nur den Kulturschaffenden? Verstehe ich nicht. Also ich finde, das beweist ein bisschen, dass der Sinn für die Gesamtverantwortung nicht ganz vorhanden ist. Und abgesehen davon, finde ich, ist die Logik in deinem Antrag nicht ganz nachvollziehbar, weil für die Lärmschutzrichtlinien ist das Umweltbundesamt verantwortlich, die Veranstaltungen unterliegen dem Steirischen Veranstaltungsgesetz, dafür ist das Land verantwortlich und nicht die Stadt Graz ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Wutte** unverständlich.*

**GR Stücklschweiger:**

Wie bitte? Ja.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Nicht hin und her diskutieren, Sie sind schon drüber.*

**GR Stücklschweiger:**

Entschuldigung, ich habe nur reagiert. Ich finde grundsätzlich, dass jeder weiß, der schon mehr als einen Kindergeburtstag organisiert hat, dass die Grundvoraussetzung für die Events die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist. Und dementsprechend finde ich, dass der Antrag wirklich absolut nicht dringlich und auch in der Sache nicht ganz nachvollziehbar (*Appl.*).

**GR Zirngast:**

Nichts zum Thema, aber der Tonfall, lieber Kollege war jetzt hoch problematisch (*Appl.*).

Es ist vollkommen in Ordnung, dass man Anträgen oder Wortmeldungen inhaltlich nicht zustimmt, sie kritisiert, andere Positionen vertritt, aber bitte nicht in diesem Tonfall. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke für die Übernahme, ich mit dem Stadtrat Hohensinner gerade gesprochen, deswegen habe ich das nicht gehört.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Manuela. Ich würde gerne auf die Machbarkeit von solchen Ideen zu sprechen kommen, weil ja schon ausgeführt worden ist, dass das tatsächlich eine sehr komplexe Lage ist. Der Stefan Stücklschweiger hat schon

ausgeführt, dass das eben Kulturveranstalter:innen bevorzugen würden, dass das Kulturamt sehr viele Aufgaben bereits erledigt, dass die Personalmöglichkeiten nicht vorhanden sind und dass eigentlich auch verschiedene Abteilungen zuständig sind. Das alles ist richtig und das alles ist eigentlich eine wichtige Grundlage, warum wir eben der Dringlichkeit nicht zugestimmt haben. Ich möchte vor allem die Arbeit des Kulturamtes in diesem Zusammenhang herausstreichen. Es ist leider im Motivtext auch vielleicht ein bisschen unglücklich formuliert, dass es mittlerweile eh sehr gut aufgestellt sei. Ich nehme einmal an, das war vielleicht eh so gemeint, dass es gut läuft, aber ich möchte nur darauf hinweisen, das könnte man auch falsch verstehen und deswegen ist es mir wichtig festzuhalten, dass das Kulturamt nämlich nicht nur sozusagen in der Verwaltungslandschaft, sondern auch im Zusammenspiel mit den Kulturschaffenden, die die Dienste des Kulturamtes in Anspruch nehmen, höchst angesehen ist. Und vor allem ist der Servicecharakter, der dort ganz, ganz hoch ist, immer etwas, was besonders positiv hervorgekehrt wird. Und das ist mir wirklich sehr wichtig. Ich maße mir auch an, das auch einigermaßen beurteilen zu können, weil ich mit den Damen und Herren aus diesem Amt wirklich einige Zeit sehr intensiv zusammengearbeitet habe und nicht möchte, dass das stehen bleibt, dass vielleicht eine Zeit lang nicht oder erst jetzt funktioniert. Ein Thema, das ganz besonders wichtig ist, auch in der Abwicklung, wenn man diese Idee zu Ende denkt ist, dass man mit einer gesteigerten Beratungstätigkeit vielleicht, auch in der Antragsstellung, sich die Frage der Parteienstellung überlegen müsste. Weil würde das zu Ende gedacht bedeuten, dass man quasi versucht, möglichst positiv Dinge zu beeinflussen, damit sie entsprechend entschieden werden können. Weil alles andere, eine ordentliche Beratung, eine schnelle Auskunft, alle diese Dinge passieren bereits. Und genau das darf eben nicht passieren, dass man in einer Verwaltungseinheit quasi eine parteiische Sache irgendwie etabliert, die vielleicht dann eigentlich wieder kritisiert wird und damit irgendwie Misskredit bekommt. Die Frage der Ressourcen ist bereits angesprochen worden. Es gibt viele Baustellen, wo wir Geld brauchen. Die Personalfrage in diesem Fall wäre vollkommen ungeklärt, weil aus meiner Sicht die Kolleginnen und Kollegen direkt im Amt mehr als ausgelastet sind, mit dem was sie im

Moment machen müssen. Und die einzige Idee, wo ich mir denke, darüber könnte man weiterreden, sind diese Schallschutzlärmgeräte, ansonsten würde ich schon dafür plädieren, dass jemand, der einen Veranstaltung sich zutraut, der so etwas machen möchte, auch imstande sein sollte, diese Wege, die, glaube ich, schon sehr einfach gemacht worden sind, zu erledigen und sie entsprechend zu beschreiten. Ich glaube, das gehört tatsächlich zu der kleinen Professionalität, die man in dem Fall wirklich voraussetzen muss, weil sie auch für den Verlauf von Veranstaltungen wichtig ist und dazu gehört. Danken vielmals (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Manuela. Du weißt, ich schätze dich sehr und ich verstehe auch den Hintergrund, glaube ich, des Antrags. Ich veranstalte selbst schon seit langer Zeit, sowohl kommerzielle als auch nicht kommerzielle Veranstaltungen und ich kann verstehen, dass das natürlich auch in manchen Fällen auch komplex ist und dass natürlich auch optimiert werden kann, also Formulare was auch immer. Es gibt durchaus immer natürlich Bedarf, das zu optimieren und einen Bürokratieabbau, da bin ich immer sofort dafür. Allerdings ist es wirklich so, dass die ganzen zuständigen in den Ämtern irrsinnig hilfreich sind, also das heißt, sie helfen dir da sofort an sich weiter und es geht dann wirklich sehr, sehr zügig und sehr schnell. Also was ich jetzt vielleicht nicht so ganz verstanden habe, ist auch diese Personalfrage, weil man könnte zum Beispiel auch einen Leitfaden einfach auf der Website des Kulturamtes stellen, wo man einfach gewisse Punkte von immer wiederkehrenden Frauen rauf gibt. Und ich denke, das Instrument des dringlichen Antrages war mir jetzt auch ein bisschen fremd, weil ich mir auch selbst gedacht habe, na ja, also ich verstehe das Anliegen, aber ich glaube, das kann man eher zügig und eher unbürokratisch auch lösen. Und deswegen würde ich mich freuen, auch die Anregung vom Stefan noch aufzunehmen, es ist sonst wirklich auch ein bisschen eigenartig, wenn alle anderen Veranstalter, Veranstaltungen von gemeinnützigen Organisationen nicht berücksichtigt werden, und deswegen ist auch inhaltlich meine

Kritisch, aber ich schätze dich trotzdem sehr, wie du das immer aus- und aufbereitest  
(*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Danke an die Kolleginnen Unger und Leban-Ibrakovic. Also man kann die Wortmeldungen auch ohne Gehässigkeit und Arroganz machen, danke dafür. Ich bin ja auch im Veranstaltungsgewerbe tätig und habe hier verschiedenste Erfahrungen gemacht. Natürlich, wenn man sich einmal auskennt wie das Ganze geht, dann ist das nicht so schwierig. Manche haben auch Connections, manche wissen einfach sofort, wen sie hier kontaktieren müssen. Wenn man regelmäßig kommerzielle Veranstaltungen macht, ja klar, dann funktioniert das Ganze schon. Aber es geht ja um viele kleine Veranstaltungen, es geht um Straßenfeste, und immer wieder verzweifeln da Leute, die einfach ein kleines Nachbarschaftsfest veranstalten wollen, die halt dann vielleicht vorne ein paar Meter von einer öffentlichen Straße brauchen und dann zu allen möglichen Ämtern rennen müssen, wo es ihnen halt entsprechend schwergemacht wird, um das dann ehrenamtlich zu machen und zu hoffen, dass man hier irgendwie durchkommt. Also da wird das Ganze dann schwierig und das verhindert oft halt, dass solche Aktivitäten dann auch stattfinden. Das heißt, es geht irgendwie darum, dass wir uns hier schon überlegen, wie können denen helfen, wie können wir die unterstützen? Natürlich ist Kultur ein Teil davon, und ist ein sehr wichtiger Teil davon. Und wir werden auf diesem Thema drauf bleiben, also wie man hier insgesamt Veranstaltungen in Zukunft besser und leichter machen kann, gerade solche kleinen Veranstaltungen, die unsere Stadt lebendig machen, die unsere Stadt lebenswert machen. Ich glaube, da können wir einiges noch verbessern. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Wutte**:

Vielen Dank für alle Wortmeldungen. Man hat tatsächlich einen großen qualitativen Unterschied bemerkt zwischen sachlich vorgebrachter Kritik und Kritik, die eigentlich beleidigend ist. Danke Max, dass du das noch einmal angesprochen hast. Ich kann wirklich nur noch einmal an alle appellieren, dass wir uns darum bemühen, dass wir in einen sachlichen und konstruktiven Austausch gehen, anstatt einfach selektiv insbesondere Frauen anzugreifen im Gemeinderat (*Appl.*).

Aber zu den konkreten Kritiken, also es haben es eh schon mehrere gesagt, ich glaube, es ist auch die Frage, mit welchen Veranstaltern man redet. Natürlich, wenn das große, teilweise kommerzielle Veranstalter sind, die das seit Jahren machen, natürlich wissen die die Abläufe und wie sie was auf die Beine stellen. Das ist ja auch ihr Brotberuf und die haben auch wahnsinnig viel Erfahrung damit. Aber wir haben in Graz ja auch zum Glück die ganze Bandbreite von Veranstaltungen, sehr, sehr große und auch sehr kleine, auch Menschen, die das zum ersten Mal machen, junge Menschen, die vielleicht gerade einen Verein gegründet haben, das ist bei mir und bei uns auch ganz oft Thema, dass Menschen Fragen zu einer Vereinsgründung haben und dann eben als nächsten Schritt ein kleines Fest organisieren wollen, eine Kulturveranstaltung mit Konzerten. Und für diese Menschen ist das vielleicht nicht so leicht, wie du das gerade beschrieben hast, zu wissen, wann man sich hier genau an welches Amt wendet, wie es die Conny auch richtig gesagt hat. Natürlich gibt es verschiedene Arten von Veranstaltungen, unser Zugang war halt der, dass doch der Großteil der Veranstaltungen im öffentlichen Raum eine kulturelle Komponente hat. Und es gibt eben diese ganze Bandbreite verschiedener Ämter und uns erschien das jetzt auch irgendwie fachlich sinnvoll, das im Kulturamt anzusiedeln. Man kann es natürlich auch woanders andenken. Es geht nicht darum irgendeine völlig neue Stelle zu schaffen, ich bin sowieso kein Fan davon, immer noch neue Stellen, neue Stellen zu schaffen. Es war auch einfach gedacht, ich weiß, die Menschen dort haben viel zu tun, aber vielleicht kann man eine Ansprechperson, die jetzt schon im Kulturamt ist, definieren, die für Nachfragen zur Verfügung steht. Vielleicht kann man diesen Verleih von den Schallmessgeräten organisieren, vielleicht, eben wie es die Conny auch gesagt hat, kann auf dem Kulturserver und anderen Informationsseiten einen Leitfaden laden. Mir

geht es eigentlich wirklich nur um kleine Maßnahmen. Ich habe es aber wirklich nicht nur einmal, sondern öfters gehört, dass es für die Menschen ein bisschen ein Behördendickicht ist, für die, die wirklich zum ersten Mal etwas auf die Beine stellen wollen, eben, weil es jetzt auch die neuen Vorgaben gibt. Und in diesem Sinne würde ich es einfach gut finden, wenn man sich hier etwas überlegt. Was auch immer es dann konkret ist, wenn es eine Erleichterung für alle Menschen, die aktiv in unserer Stadt sind, und gerne etwas auf die Beine stellen wollen, ist es das, glaube ich, wert, und darüber würden wir uns alle freuen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine ganz kurze tatsächliche Berichtigung. Das ist mir einfach besonders wichtig. Ich bin auch jemand, der sehr, sehr klar immer festhält, wenn mir eine Wortmeldung eigentlich nicht so taugt und das ist auch dein gutes Recht, Manuela, hier festzuhalten, dass dir die Wortmeldungen nicht gefallen hat. Grundsätzlich darüber zu urteilen, wie jemand seine Kritik an einem Inhalt formuliert ist, glaube ich, nach wie vor den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten selbst vorbehalten. Wenn das eine Kritik an einer Idee ist, dann müssen wir das, glaube ich, akzeptieren. Ich glaube, der Stefan, und das ist meine tatsächliche Berichtigung, hat in keinem einzigen Wort dich als Person diffamiert oder dich angegriffen. Du hast es gerade so dargebracht und der Max hat das vorhin gerade gesagt, es ist um den Inhalt gegangen, und wenn diese Idee vom Stefan so empfunden wird, dann ist das, glaube ich, sein gutes Recht das so zu sagen, Punkt eins. Punkt zwei, das möchte ich auch festhalten, ist, dass Stefan in seinen Formulierungen außerordentlich ausgeglichen, und es ist auch dein gutes Recht hier festzuhalten, dass du das nicht in Ordnung findest, Frauen gegenüber so gegenüber zu sprechen. Gleichzeitig glaube ich nicht, dass wir jemals den Stefan erlebt haben, dass er differenziert zwischen Frauen oder Männern in der Pointiertheit seiner Wortmeldung. Und dafür möchte ich mich bedanken, dafür, dass ich die Zeit bekommen habe (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich möchte jetzt schon etwas sagen. Wir haben heute, ist die letzte Sitzung im Gemeinderat, wir haben Zuhörer:innen, hoffentlich noch, via Livestream. Das Gut ist, dass wir im Anschluss an diese Sitzung durchaus noch die Gelegenheit haben, ein bisschen auch gemütlich zusammenzukommen, weil ich halte das für notwendig. Ich glaube, diese Debatte jetzt, wie das gemeint ist, da gibt es jetzt einfach zwei Sichtweisen, und ich glaube, das kann man am besten, wenn Sie jetzt dann im Anschluss danach sich nicht ausweichen, sondern das auch fertigbesprechen, weil ich persönlich habe es jetzt nicht gehört, aber in der Tendenz ist mir das schon ein paar Mal auch aufgefallen. Aber wie gesagt, das hat jetzt hier, glaube ich, wenig Wert. Aber ich finde es auch wichtig, dass es angesprochen wird, wenn das jemand für sich von oben herab empfindet oder herabwürdigend, aber Sie sehen es so, aber ich glaube, wie haben danach Gelegenheit und sollten jetzt zur Abstimmung kommen, weil es ist viel wichtiger letztendlich beim Inhalt zu bleiben und es sollte auch gelingen, immer mit dem nötigen Respekt miteinander umzugehen.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.37 Uhr).***

## **7.6 Evaluierung der Benützungsgebühr für Stromanschlüsse bei Veranstaltungen (GR<sup>in</sup> Anna Robosch, SPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Damen und Herren im Livestream. Es ist ein ähnliches Thema, aber eine konkret andere Thematik und auch eine andere Lösung für ein derzeit existierendes Problem. Wie heute schon angeführt, steht in meinem Antrag, dass in Graz sehr viel organisiert, sehr viel gefeiert und auch groß veranstaltet wird. Und das ist trotzdem etwas, worauf wir eigentlich alle stolz sein sollten, dass unsere öffentlichen Plätze, unsere Parkanlagen für Veranstaltungen, wie für Konzerte, Festivals, Sportevents genutzt wird. Das ist ein Beitrag zur Belebung unserer Stadt, es ist vor allem in den Sommermonaten extrem wertvoll, dass es auch große und tolle Veranstaltungen in unserer Stadt gibt. Klar ist, dass es Auflagen für jede Veranstaltung gibt. Die kann man jetzt empfinden als weitreichend, aber diese Auflagen sind meiner Meinung nach auch wichtig, dass zum Beispiel auch unsere Grünflächen für alle erhalten bleiben und geschützt werden und es trotzdem aber die Veranstaltung an dem vorgegebenen Ort möglich macht. Es ist auch so, dass die stadteigene Infrastruktur in der Vergangenheit gut ausgebaut wurde und wir haben auch in dieser Thematik schon einen dringlichen Antrag gestellt, damals von unserem Kollegen Gerald Haßler, der vor allem auch in diesen Veranstaltungsorten, in den Grünflächen, in den Parkanlagen gefordert hat, dass es mehr Investitionen in die Infrastruktur gibt, vor allem auch in Strom- und Wasseranschlüsse. Das ist passiert. Das finden wir extrem gut, dass das passiert ist. Aber leider leben wir heute noch in der komischen Situation, dass wir Veranstalter und Veranstalterinnen Auflagen, vor allem auch im Bereich der Nachhaltigkeit machen, und dass hier sehr viele Veranstalter und Veranstalterinnen sich große Mühe geben, auch ressourcenschonende und nachhaltig veranstaltete Events zu machen und dann trotzdem aber die Tatsache besteht, dass derzeit mit den Gebühren auch der stadteigenen Unternehmen es immer noch kostengünstiger ist ein Dieselaggregat bei einer Großveranstaltung hinzustellen, anstatt geben Gebühren zu zahlen und die neuen und auch sehr gut ausgebauten Starkstromanschlüsse und Stromanschlüsse in den Anlagen zu benutzen. Und diesen Umstand, der uns auch sehr viel rückgemeldet wird, und nicht nur quasi beim letzten Wochenende, wo es eine

Großveranstaltung auch im Augarten, nein, im Volksgarten, Augartenfest ist nächste Woche, kleine Werbeschaltung, aber im Volksgarten gegeben hat, sondern das wird uns auch bei sehr vielen anderen Veranstaltungen rückgemeldet, dass es auch in einer Stadt, die sich einem grünen Veranstaltungsort verschrieben hat, immer noch so ist, dass der Strom quasi aus dem Dieselaggregat billiger ist und kostengünstiger. Und vor allem halt auch Veranstalter wie Vereine oder gemeinnützige Vereine, gemeinnützige Organisationen können sich dann diese hunderte oder manchmal sogar tausende Euro Unterschied einfach nicht leisten, um die klimafreundlichere Variante zu wählen und die Anschlüsse zu nutzen. Deswegen habe ich mich heute wieder einmal hier hingestellt als SPÖ und einen Antrag in die stadt eigene Infrastruktur zu stellen und möchte im Endeffekt mit meinem Antrag abzielen darauf, dass wir schon unterscheiden, ob ein gemeinnütziger Verein, eine nicht kommerzielle Veranstaltung, die quasi Starkstrom trotzdem bei ihrer Veranstaltung braucht, eine Veranstaltung macht und dann eben Gebühren günstiger bekommen könnte, Anschlüsse günstiger bekommen könnte und eben bei kommerziellen Veranstaltungen diese Gebührenbegünstigung nicht stattfindet. Auf das zielt ein bisschen mein Antrag ab, und deswegen stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

**dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit für Veranstaltungen im öffentlichen Raum ein Modell betreffend Benützungsgebühr für die Stromanschlüsse in Parks beziehungsweise im öffentlichen Raum entwickelt werden kann, durch das speziell für kleinere Veranstaltungen beziehungsweise für nicht kommerzielle Vereine die Kosten verringert werden.

Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*In Graz wird erfreulicherweise auch viel gefeiert und „groß veranstaltet“. Vor allem in den Sommermonaten ist die Stadt ein beliebter Veranstaltungsort, unsere Parkanlagen oder der öffentliche Raum werden gerne genutzt, um Konzerte, Festivals, Sportevents und vieles mehr zu veranstalten. Auf dieses vielfältige Unterhaltungsangebot können wir als Stadt auch stolz sein.*

*Klar ist, dass es für Veranstalter:innen auch Auflagen geben muss, um die Stadt und ihre Grünflächen für die Allgemeinheit in einem gutem Zustand zu erhalten. Ebenso naheliegend ist es aber auch, dass wir Veranstalter:innen auch mit der stadt eigenen Infrastruktur unterstützen, um Graz als attraktiven Austragungsort für Events zu stärken. Allerdings sollten Auflagen und Gebühren die Planung beziehungsweise Durchführung von Veranstaltungen nicht unnötig erschweren.*

*Bereits in der Vergangenheit haben wir als SPÖ die Erhebung und den Ausbau der städtischen Infrastruktur gefordert. Erfreulicherweise wurde in der jüngsten Vergangenheit darin auch sehr stark investiert. So gibt es mittlerweile auch in allen Parkanlagen geeignete Wasser- und Stromanschlüsse für etwaige Veranstaltungen. Verbesserungsbedarf besteht allerdings noch bei der Leistbarkeit dieser Angebote. Leider berichten uns aber zahlreiche Veranstalter:innen, dass es immer noch um ein Vielfaches kostengünstiger ist, Strom aus einem mobilen Aggregat, meist mit Diesel betrieben, zu beziehen, statt direkt aus den vor Ort vorhandenen Anschlüssen. Der Grund dafür sind die äußerst hohen Benützungsgebühren, die in die Hunderte, teils sogar Tausende Euro gehen. Wie gesagt: Es sind die reinen Benützungsgebühren, die vor allem für Veranstalter:innen kleinerer Events beziehungsweise für viele kleine Vereine, die solche Veranstaltungen organisieren, nahezu unfinanzierbar sind.*

*Dem gilt es unbedingt gegen zu wirken. Denn viele Veranstalter:innen betreiben bereits einen hohen Aufwand mit der Planung der Veranstaltungen, geben sich große Mühe, ressourcensparend und nachhaltig zu arbeiten, nur um dann an den Gebühren zu scheitern. Mit einer Senkung dieser Benützungsgebühren könnten wir die*

*Veranstalter:innen unterstützen – und gleichzeitig dafür sorgen, dass aus der finanziellen Not heraus weniger klimaschädliche Dieselgeneratoren im Einsatz sind.*

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit für Veranstaltungen im öffentlichen Raum ein Modell betreffend Benützungsgebühr für die Stromanschlüsse in Parks beziehungsweise im öffentlichen Raum entwickelt werden kann, durch das speziell für kleinere Veranstaltungen beziehungsweise für nicht kommerzielle Vereine die Kosten verringert werden.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrter Vorsitzende, sehr geehrte Zuseher, lieber Antragstellerin. Nur kurz zur Debatte rund um die Kultur in diesem Haus. Ich verstehe es, dass hier nicht jeder das gleiche Leidensniveau hat, kann ich nachvollziehen. Ich muss aber nur eines sagen, wenn es hier auch einmal ein bisschen härter zugeht, ich persönlich nehme das niemandem übel. Man kann danach auch ganz normal wieder miteinander reden. Nur was ich ab und zu wirklich ein bisschen überzogen finde ist, wenn man dann spricht von einer Angriffen auf Frauen. Also man muss sich nur vorstellen, jemand schaut zu, der war vielleicht davor nicht dabei, der glaubt, da geht es zu wie, ich weiß nicht, in manchen Parlamenten, wo die Fäuste fliegen. Das ist hier wirklich nicht der Fall, also ich glaube auch, dass die Aufregung vorhin etwas gekünstelt war, und wenn dem nicht so war, und hier wirklich ein Problem vorliegt, glaube ich, kann man das draußen unter zwei Augenpaaren dann auch ganz gut klären. Zum dringlichen Antrag, und da werde ich jetzt ein paar kritische Wort finde, aber natürlich ist das nicht persönlich gemeint, sondern gemeint zu diesem Inhalt. Wir haben uns beim Überlegen, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zusagen oder nicht, oder ob wir inhaltlich mitgehen oder nicht,

einfach die Frage stellt, um welche Zahlen geht es eigentlich? Weil das wäre bei diesem dringlichen Antrag eigentlich die wesentliche Frage gewesen. Wenn jemand etwas veranstaltet, welche Gebühren kommen hier auf ihn zu, sind die wirklich hoch, sind die sehr niedrig, um was geht es hier eigentlich? Und bei einem dringlichen Antrag, den dann einen Tag vorher kommt, ist die Recherche bis zum nächsten Tag, ob das wirklich für Veranstalter existenzbedrohend ist oder nicht, wirklich sehr, sehr schwierig. Wir haben uns einfach nicht, ich sage, ausreichend informiert gefühlt bei diesem Antrag und werden deswegen nicht mitgehen, deswegen auch nicht der Dringlichkeit zustimmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch etwas anmerken, was wirklich sehr, sehr lustig ist. Man versucht ja immer von Seiten der Regierungskoalition über die Gebühren zu sprechen, und wenn man in Graz jetzt daran denkt, wie die Gebühren erhöht wurden, ist es umso lustiger, wenn man sich anschaut, was dann in der Obersteiermark gefordert wird. Da fordert die KPÖ von der SPÖ ein, dass die Gebühren, oder man kritisiert, dass die Gebühren erhöht wurden (*hält ein Plakat der KPÖ Bruck an der Mur*).

In Graz habt ihr die gleiche Idee, da sind Sie sogar gemeinsam in der Regierung, auch gemacht. Also das ist ja wirklich etwas sehr Kurioses, wo ich mir denke, wenn man über Gebühren spricht, wenn man hier von Veranstaltungsgebühren spricht, sollte man über diese Gebühren sprechen, weil die KPÖ Bruck kritisiert das meiner Meinung nach zu Recht, dass die SPÖ-geführte Stadtregierung in Bruck hier nichts gegen diesen Gebührenwucher unternimmt. Aber angesichts der hier herrschenden Mehrheitsverhältnisse und angesichts der Gebührenbelastung der Grazerinnen und Grazer ist das wirklich etwas kurios. Sie verzeihen mir den kurzen Ausflug in die Obersteiermark. Wir können leider bei der Dringlichkeit und beim Inhalt nicht mitgehen. Bei einer besseren Informationslage rund um die Zahlen, wäre das vielleicht auch etwas anders ausgegangen (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

**GR Stücklschweiger:**

Danke liebe Anna, für den Antrag. Ich halte mich diesmal ganz kurz. Ich möchte nur anmerken, dass, ich glaube, die letzten drei oder vier Jahre für alle Veranstalter und Veranstalterinnen relativ hart waren und nicht nur für kleine oder nicht kommerzielle Organisationen, die vorerst vorangestellt worden sind. Wie du weißt, ich mache auch sehr große Veranstaltungen, mir tut auch ein 300-Euro-Anschluss weh, den ich bezahlen muss. Aber sei es wie es sei. Mit unserem Budget wissen wir, wie wir damit kalkulieren. Ich kann absolut nachvollziehen, dass das für kleine Organisationen, vor allem für Menschen, die das zum ersten Mal machen, eine große Herausforderung darstellt. Nichtsdestotrotz hätten wir gerne eine Definition verankert, weil du hast in deinem Motiventext beziehungsweise in deinem Antrag geschrieben, für kleinere Veranstaltungen beziehungsweise für nicht kommerzielle und kleinere Veranstaltungen, ist einfach ein bisschen wischi waschi. Dementsprechend würde ich gerne namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

### **Abänderungsantrag**

stellen, der wie folgt lauten soll:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit für Kleinveranstaltungen im Sinne des § 2 Zif. 9 des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes ein Modell betreffend Benutzungsgebühr für die Stromanschlüsse in Parks beziehungsweise im öffentlichen Raum entwickelt werden kann, durch das für eben diese Events explizit von nicht kommerziellen Organisationen, also nicht nur Vereinen, sondern allgemein Organisationen, Kosten verringert werden können. im § 2 Abs. 9 des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes steht lediglich definiert was eine Kleinveranstaltung ist. Also da steht Kleinveranstaltungen sind Veranstaltungen bis 300 Personen, die nicht länger als drei Tage dauern und die nicht der Gefährdung der Allgemeinheit führen. Also um nichts anderes geht es als lediglich um die Definition. Es wäre sehr, sehr schön, wenn ihr dem zustimmen könntet, weil der Antrag an und für sich absolut Sinn ergibt. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten Dringlichen Antrag folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, inwieweit für Kleinveranstaltungen im Sinne des § 2 Zif. 9 des Stmk. Veranstaltungsgesetzes ein Modell betreffend Benutzungsgebühr für die Stromanschlüsse in Parks beziehungsweise im öffentlichen Raum entwickelt werden kann, durch das für eben diese Events explizit von nicht kommerziellen Organisationen Kosten verringert werden können.*

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Meine lieben Alle, die noch zuhören auf welchen Kanälen auch immer, alle die hier sind, liebe Anna. Grundsätzlich ein super Antrag, ich war da auch schon ein bisschen dahinter. Ich glaube, wir haben es eh von der gleichen Veranstaltung ein bisschen. Zu den konkreten Zahlen, es ist eben von Veranstaltung zu Veranstaltung verschieden. Also das reicht von kleineren Veranstaltungen, wo man dann einen Stromkasten braucht mit ca. 400 bis, man braucht in einem Park wirklich einen Stromkasten, wo man dann um die 700 pro Stromkasten zahlt, was, wenn man jetzt eine etwas größere Veranstaltung hat mit mehr Menschen, wenn wir jetzt den CSD als Beispiel nehmen, der gerade war. Da brauchst du einiges an Stromkästen, wenn du für jeden davon 700 Euro bezahlst, kommt da unglaublich viel zusammen. Und vor allem wenn du das nicht kommerziell machst, ist es, dieses Geld wieder hereinzuholen, ein ganz eigener Budgetposten. Und da ist leider auch ein bisschen das Problem mit dem

Abänderungsantrag, 300 Personen ist da zu klein als Rahmen. Ich versteh grundsätzlich ein bisschen diese Anwendung, dass man hier gerne einen Rahmen hätte, aber 300 ist zu klein und es geht ja vor allem um die nicht kommerziellen Veranstaltungen. Und genau für die ist das nämlich das große Problem. Und genau denen muss man auch in einem größeren Rahmen helfen können. Deswegen, wir sind natürlich auf jeden Fall dabei. Danke für den Antrag. Macht 100 % Sinn, da kann ich dem Kollegen sogar zustimmen (*Appl.*).

**GR Stücklschweiger:**

Danke Anna. Du hast in deinen Antrag geschrieben, kleinere Veranstaltungen, deswegen ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Slama: Kleinere und nicht kommerzielle.*

**GR Stücklschweiger:**

... ja, ja, im Zusammenhang, also ich wollte einfach, weil da kleinere drinnen steht. Für mich ist nur die Frage, du hast auf die Christopher-Street-Parade Referenz genommen, da ist für mich so ein bisschen die Frage, ich weiß jetzt tatsächlich nicht, und ich weiß, das ist jetzt keine Fragestunde, aber für mich stellt sich schon die Frage, wie viel Förderung bekommt so eine Veranstaltung im Allgemeinen? Also wenn so eine Parade so eine extrem hohe Förderung bekommt, dann finde ich schon, dass man dann irgendwo auch ganz normal für diese ganzen Anschlüsse bezahlen kann. Deswegen war es und einfach wichtig, das irgendwo zu limitieren und zu sagen, ok, bis zu 300 Personen ist das wirklich eine kleine Veranstaltung. Da sind die Budgets einfach ganz anders. Ich kenne auch das Gesamtbudget der sehr wichtigen Christopher-Street-Parade nicht, aber wenn das irgendwo im Bereich der Hunderttausenden von Euros liegt, und ich muss vier Anschlüsse á 700 Euro bezahlen,

dann finde ich schon, dass man das in so einem Budget, vor allem, die Veranstaltung findet nicht zum ersten Mal statt ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Robosch** unverständlich.*

**GR Stücklschweiger:**

Budgets? Aber es wird wahrscheinlich hohe Förderungen geben. Ich habe es verabsäumt mich im Vorfeld darüber schlau zu machen, aber ich glaube, dass es gute Förderungen geben wird und ich finde schon, dass man das dann irgendwo berücksichtigen kann. Ich würde es wirklich sehr begrüßen, wenn man es auf kleine Veranstaltungen per Definition und nicht kommerzielle Organisationen limitieren könnte (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Schlüsselberger:**

Liebe Zuhörer:innen, liebe Anwesende noch im Saal. Ich unterstütze jetzt die Kollegin mit einem ganz anderen Aspekt, und zwar mit dem technischen. Wir haben jetzt vieles gehört über große, kleine, kommerzielle, nicht kommerzielle. Ich möchte den Antrag noch einmal um eine Perspektive erweitern, es ist ja eigentlich ein Wahnsinn was wir machen mit den Veranstaltern, wenn man sieht wie das technisch vorbereitet wird und so weiter, aus der jetzigen Sicht, da gibt es Potenzial und die Veranstaltungen, ich glaube, es ist jetzt keine Überraschung, kommen jedes Jahr wieder. Und schon alleine aus diesem Gedanken, und geht es um die Nachhaltigkeit, da geht es darum, wie wollen wir unsere Ressourcen schützen der Stadt einsetzen, und das trifft ja auch unseren eigenen Teilbereich. Wenn wir diese Anschlüsse errichten macht das absolut Sinn die Kosten zu reduzieren, dazu die Effizienz hereinzubringen und damit auch ein Stück weit nachhaltiger die ganze Stromthematik für die Stadt zu betrachten, deswegen absolut richtiger und wichtiger Antrag. Danke Anna (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das war ein bisschen eine andere Diskussion um das Veranstaltungsthema. Ganz kurz ein paar Erläuterungen. Erstens zu dem ganzen Thema mit den Gebühren und mit kleinen oder großen Veranstaltungen. Wir haben beides sehr bewusst in diesen Antrag hineingeschrieben, weil es eben nicht nur um Veranstaltungen wie die das CSD-Parkfest geht, sondern auch um wirklich kleine Veranstaltungen von wirklich kleinen Vereinen, die, wie wir vorhin schon diskutiert haben, in Richtung eines Straßenfestes oder einem Fest auf einem öffentlichen Platz in Graz gehen, wo du auch Strom brauchst aber eben nicht die Ressourcen hast, die natürlich schon beim CSD-Parkfest schon vorhanden sind. Aber, und jetzt kommt es ein bisschen darauf an, wir würden uns gerne nicht auf die Größe der Veranstaltung begrenzen, weil es schon darum geht, wer veranstaltet etwas. Und im Fall zum Beispiel von CSD-Parkfest ist es ganz klar ein Verein, ein gemeinnütziger Verein, der abwägen muss, ob sie diese 800 Euro, in meiner Recherche, für mehr Stromkästen haben oder zusätzlich noch der Stromverbrauch drinnen sein muss oder wozu quasi noch der Stromverbrauch gezahlt werden muss, wenn auf der anderen Seite ein Dieselaggregat viel weniger kostet und auch viel weniger, obwohl, das möchte ich auch dazusagen, diese Rückmeldung haben wir nämlich auch bekommen, der Diesel von einem Jahr auf das andere quasi doppelt so teuer geworden ist und immer noch günstiger ist. Weil müssen wir uns schon fragen, ist es unserer Stadt wichtiger quasi diese Gebühren einzunehmen oder ist es uns als Stadt quasi wichtiger, dass Dieselaggregate eigentlich nicht mehr bei Veranstaltungen in unserer Stadt benutzt werden? Und in diesem Aspekt würde ich wirklich gerne auch über die Klimaschädlichkeit diskutieren und nicht darüber, wie hoch sind die Gebühren jetzt wirklich, sondern es sollte doch unser Ziel sein, dass diese Dieselaggregate nicht mehr benutzt werden. Und zum einen Aspekt auch noch, den die Dani angesprochen hat, also wir haben halt mit der Dani, und ich glaube, auch mit anderen, hier massiv Expertise im Gemeinderat sitzen und auch in unserer Verwaltung, und wir wissen halt trotzdem auch, dass es diese Gebühren für

diese Anschlüsse de facto für das Aufsperrn und Anschließen gemacht werden, wohingegen es heutzutage andere Lösungen geben könnte, wo man den Stromkasten ein bisschen adaptiert und dann eben hier nicht mehr diese Gebühren und diesen Aufwand hätte, das Ding aufzusperren und anzuschließen. Und vor allem halt auch im Bereich von dieser einen sehr großen Veranstaltung, wo über 10.000 Leute in Graz sind, die bezahlen eh schon für eine sehr gute Firma, für eine Fachfirma, die die ganzen Verkabelungen regelt, damit hier auch wirklich nichts passieren kann, und die müssen dann trotzdem noch einmal quasi nur dafür zahlen, dass noch ein Fachpersonal kommt und den Stromkasten aufsperrt. Und da muss ich wirklich sagen, das ist weder quasi niederschwellig, noch ist es irgendwie einzureden, dass man machen muss, wenn man eh schon eine Fachfirma vor Ort hat, die das auch machen kann. Und deswegen würde ich hier plädieren, dass wir Dinge vereinfachen, auch für große Veranstaltungen, die von Vereinen, gemeinnützigen Vereinen, organisiert werden, weil dann haben wir alle etwas vom Feiern und können ein bisschen klimafreundlicher feiern (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

### **7.7 Abhaltung von Volksbefragung(en) rund um strittige Projekte im Grazer Univiertel (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, werte Zuseher. Zu späterer Stunde noch ein Thema, das wir in diesem Haus ja auch schon in den letzten Wochen ein paar Mal behandelt haben. Es geht um die Zinzendorfgasse und das Univiertel und viele Projekte, die in den letzten Wochen und Monaten dort nicht unbedingt Anklang

gefunden haben, wie Sie das sicher auch mitbekommen haben, hat es schon zwei Demonstrationen gegeben von den dort ansässigen Bewohnern und den Gewerbetreibenden. Und ja, man muss eines sagen, bei dieser Sache muss man daran denken, dass dort verschiedene Interessen aufeinanderprallen. Und ich sage, sehr viele dieser Interessen sind auch berechtigt, und es darf jetzt nicht so sein, dass eine Seite das Gefühl hat, sie verlieren und die andere Seite hat das Gefühl, wir haben gewonnen. Es braucht hier jetzt einen Ausgleich, weil wenn man das so weitermacht, wie es in den letzten Wochen und Monaten betrieben hat, dann gibt es auf der einen Seite die gefühlten Verlierer, nämlich die, die diese Maßnahmen nicht wollen und trotzdem bekommen haben, und auf der anderen Seite die, die jetzt sozusagen in ihren Tätigkeiten oder in ihren Projekten bestätigt sind. Um welche Projekte geht es konkret? Es geht zum einen um die Ungestalter Zinzendorfgasse, wo ich eines sagen muss, was mich fast am meisten stört an dieser Umgestaltung ist, dass es nur eine temporäre Umgestaltung ist. Weil das verstehe ich nicht ganz, warum ist man nicht einfach so mutig genug, das gleich dauerhaft so zu machen? Na ja, man kann es halt rückgängig machen und dafür blasen wir dann 400.000 Euro hinaus. Da könnte man übrigens wieder einmal daran denken, welche Ausgaben hat die Stadt notwendigerweise zu treffen und welche nicht? Ich glaube, diese Ausgabe zählt da nicht dazu, genauso wie viele andere, die regelmäßig im Stadtsenat beschlossen werden oder auch hier im Gemeinderat. Das ist ein Projekt. Das andere ist die Frage, braucht es jetzt eine Tiefgarage beim zukünftigen Center of Physics oder braucht es dort keine Tiefgarage? Und man muss halt auch eines sagen, diese Erzählung, na ja gut, die Menschen in Graz oder einige Menschengruppen in Graz fahren zum Spaß mit dem Auto drei Runden um das Haus, um es dann wieder irgendwo hinzustellen und die Luft zu verpesten, das ist eine sehr schlechte Erzählung, weil sehr, sehr viele Menschen, die mit dem Auto fahren, die brauchen das Auto halt einfach. Sehr, sehr viele der Gewerbetreibenden dort sind angewiesen auf Menschen, die mit dem Auto kommen. Ich kann Ihnen auch erzählen, am Rande der Demonstration habe ich mit denen gesprochen, na ja, der ist dort Orthopäde. Ist wahrscheinlich einfach Tatsache, dass die Menschen, die einen Orthopäden brauchen, in den seltensten Fällen wahrscheinlich

eher vor einer Operation als danach, die kommen dann nicht zu Fuß oder mit dem Rad, dann doch wahrscheinlich eher weniger. Also es wird immer Menschen geben, die das Auto brauchen, es ist auch als gutes Recht der Wahlfreiheit zu belassen. Ich verstehe nicht, warum man dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion diese zum Beispiel Tiefgarage dort herausreklamiert hat. Ich darf auch hier wieder darauf hinweisen, ich habe eine Anfrage eingebracht, die ist nicht beantwortet worden aber lassen wir das leidige Thema, hier waren es wirklich mehrere Fragen. Aber das waren die Fragen der Anrainer. Das waren die Fragen der Anrainer, die sie, ich glaube, der Bürgermeisterin und dem Stadtsenatsverantwortlichen auch per Mail geschickt, sind auch nicht beantwortet worden. Also wenn Sie es mir nicht beantworten, ok, ich ertrage auch die verbalen Prügel, die ich dann für meine Kritik bekomme, aber wenn Sie nicht einmal diese Anfragen den Menschen gegenüber beantworten, dann ist das aus meiner Sicht kein guter Stil. Und ich darf auch etwas ins Treffen führen, warum Volksbefragungen nach dem Steirischen Volksrechtegesetz? Zum einen weil es dieses Gesetz gibt, weil ich dieses Gesetz für sehr gut halte und weil dieses Gesetz einfach Möglichkeiten geschaffen hat auf Bezirksebene Volksbefragungen abzuhalten zu dem Bezirk betreffende Thematiken. Das sich ja eigentlich eine gute Sache, weil da frage ich dann nicht nur den Bezirk Liebenau oder den Bezirk Gösting. Na ja, man mag schon auch Interessen haben, wenn man dort vielleicht geschäftlich zu tun hat oder irgendwie dort öfters verkehrt. Aber eigentlich betrifft es die Menschen die dort wohnen, die in diesem Bezirk wohnen. Das Steiermärkische Volksrechtegesetz sagt ganz klar, in einem Stadtbezirk können zu bezirksbezogenen Fragen diese Abstimmungen durchgeführt werden. Und das wäre ja der richtige Weg aus meiner Sicht, die ganze Situation zu befrieden, weil wenn die Mehrheit etwas entschieden hat, dann muss man das akzeptieren, das ist das Wesen der Demokratie. Ich darf auch daran erinnern, dass in der Vergangenheit auch eine Partei in diesem Gemeinderat, nämlich die KPÖ, sehr erfolgreich mit dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz und mit Volksbefragungen Politik gemacht hat, mehr als einmal. Ihr wart hier ja erfolgreich etwas zu verhindern schon im Vorhinein. Und es geht ja nicht immer darum etwas zu verhindern, man könnte auch einfach nur sagen, gut, ok, wir haben jetzt eine Idee und stellen diese zur

Abstimmung, wir stellen diese Umgestaltung der Zinzendorfgasse einmal euch zur Verfügung. Liebe Bürger, stimmt ihr zu, ja oder nein? Man kann sicher die Fragen dann überlegen differenziert dazu diskutieren und dann eben das Ergebnis, wäre gut, wenn man es dann auch einhält. In diesem Sinne ist dieser Antrag als Friedensinitiative zu sehen, also um wirklich diesen Input, diese Probleme, die es hier gerade in diesem Viertel gibt, ich meine, es hat zwei Demonstrationen gegeben, es gibt mehrere wehrhafte Bürgerinitiativen, im verbalen Sinne wehrhaft, nicht tatsächlich bewaffnet, sondern wirklich, die haben ein rüstiges Auftreten, sind wirklich gut organisiert und wehrhaft, und ich sage auf diesem Wege, das kann ich Ihnen auch schon sagen, die werden sicher die notwendigen Unterschriften dafür zusammenbekommen. Weil das Gute am Steiermärkischen Volksrechtegesetz ist ja, wenn wir das heute nicht beschließen, heute diese Friedensinitiative nicht starten, dann werden ganz normal diese Bürgerinitiativen diese Unterschriften, 10 % der ansässigen Bezirksbevölkerung, sammeln, und dann werden diese Volksbefragungen stattfinden müssen. Aber es wäre auch ein gutes Zeichen des Gemeinderates, wenn man sagt, ok, wir haben euch verstanden, ihr seid nicht zufrieden, es gibt viele Unzufriedene in diesem ganzen Prozess und jetzt wollen wir eine Klärung durch eine Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz. Ich werde noch schnell den Antragstext verlesen, werde mich aber danach nicht mehr zu Wort melden, da holen wir dann die 28 Sekunden wieder auf.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, zukünftig bei umstrittenen Projekten die von diesen Projekten betroffenen Anrainer- und Bezirksbewohner durch die Abhaltung von Volksbefragungen in den jeweiligen Stadtbezirken einzubinden.

2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, umgehend notwendige Schritte für die Durchführung von Volksbefragungen im Stadtbezirk Geidorf zu den höchst umstrittenen Projekten das Univiertel betreffend zu prüfen.  
Jedenfalls sind für folgende Projekte Volksbefragungen zu prüfen:
  - Begegnungszone Zinzendorfgasse
  - Umbau der Heinrichstraße
3. Ergibt die Prüfung eine Volksbefragung, sind gemeinsam mit Anrainern und Anrainerinitiativen aus den betroffenen Vierteln in Geidorf bis zur nächsten Gemeinderatssitzung im September Fragestellungen auszuarbeiten, die dann Gegenstand dieser bezirkswiten Volksbefragungen sein sollen.
4. Dem Gemeinderat ist zu den Punkten 1-3 ein Bericht bis Ende September vorzulegen.

Ergänzen darf ich noch: September 2023. Ich bitte um Ihre Zustimmung und bedanke mich schon im Voraus (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Seit geraumer Zeit beschäftigen diverse Projekte die Bewohner und Gewerbetreibenden des Univiertels. Teure und vor allem in der Umsetzung langwierige Projekte werden großen Einfluss auf das Leben der im betroffenen Gebiet wohnhaften Anrainer haben. Zu den diversen in der Kritik stehenden Projekten zählen der Neubau des Graz Center of Physics (gänzlich ohne Tiefgarage!), die Begegnungszone Zinzendorfgasse, der Umbau der Heinrichstraße sowie der BBPL 03.25.0 Univiertel.*

*Zwar gab es im Vorfeld mehrere Termine mit Verantwortungsträgern der Stadt Graz und den Anrainern – einen sogenannten „Bürgerbeteiligungsprozess“ - jedoch wurden berechnete Befürchtungen und Sorgen von Anrainern und Geschäftstreibenden schlichtweg nicht ernstgenommen und deren Einwände nicht berücksichtigt. Der dadurch entstandene Unmut bei der Bevölkerung führte bereits zu zwei außerordentlich gut besuchten Demonstrationen sowie zur Gründung von mehreren Bürgerinitiativen.*

*Aus der Gedächtnisniederschrift der Straßenpolizeilichen Verhandlung vom 13.06.2023 kann man die bevorstehenden Einschnitte, rechtliche Grundlagen und auch die Einschätzung der internen Fachexperten im Detail nachlesen.*

*Der schlagartige massive Wegfall von bis zu 200 Parkplätzen kann durch ein Anrainerparken, das zudem für die Bewohner der gesamten Parkzone 08 gilt, allein nicht kompensiert werden -zumal auch die ARGE Parkraum dieses Projekt für kein probates Mittel zur Bereitstellung von genügend Parkflächen für Bewohner hält und weiterhin davon abrät. Es bleibt also abzuwarten, welchen Effekt dies haben wird, wenngleich die Absicht etwas zu verbessern an dieser Stelle positiv erwähnt werden soll.*

*Die nun gänzlich abgesagte Tiefgarage des zukünftigen Center of Physics hätte die Parkplatzsituation im betroffenen Viertel zumindest dahingehend entschärfen können, dass zumindest die Kraftfahrzeuge der Besucher und Bediensteten, unterirdisch untergebracht hätten werden können und somit für die Bewohner und Kurzparker (Ober-)Flächen-Parkplätze zur Verfügung gestanden wären.*

*Aufgrund dieser massiven Eingriffe in das Leben und die Rechte der Bewohner und der Geschäftstreibenden ist eine Einbindung der betroffenen Bezirksbewohner in diese unumkehrbaren Entscheidungen durch Abhaltung von Volksbefragungen nicht nur sinnvoll, sondern unumgänglich, andernfalls wird durch diese „Mit-dem-Kopf-durch-*

*Wand“-Mentalität der koalitionären Verantwortungsträger ein unwiderruflicher Schaden entstehen. Das Steiermärkische Volksrechtesgesetz mitsamt der Möglichkeit, Volksbefragungen zu Bezirksthemen in den Stadtbezirken abzuhalten, bietet das passende Instrument dafür, um eine ausreichende Einbindung der Bevölkerung bei der Umsetzung dieser Projekte sicherzustellen.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, zukünftig bei umstrittenen Projekten die von diesen Projekten betroffenen Anrainer- und Bezirksbewohner durch die Abhaltung von Volksbefragungen in den jeweiligen Stadtbezirken einzubinden.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, umgehend notwendige Schritte für die Durchführung von Volksbefragungen im Stadtbezirk Geidorf zu den höchst umstrittenen Projekten das Univiertel betreffend zu prüfen.*

*Jedenfalls sind für folgende Projekte Volksbefragungen zu prüfen:*

- Begegnungszone Zinzendorfgasse*
  - Umbau der Heinrichstraße*
- 3. Ergibt die Prüfung eine Volksbefragung, sind gemeinsam mit Anrainern und Anrainerinitiativen aus den betroffenen Vierteln in Geidorf bis zur nächsten Gemeinderatssitzung im September Fragestellungen auszuarbeiten, die dann Gegenstand dieser bezirksweiten Volksbefragungen sein sollen.*

4. Dem Gemeinderat ist zu den Punkten 1-3 ein Bericht bis Ende September vorzulegen.

GR<sup>in</sup> **Slama**:

Hallo meine Lieben, liebe Alle (*Gelächter im Saal, GR Dr. Piffel-Percevic winkt*).

Ich muss das jetzt immer sagen, weil der Kollege Piffel-Percevic damit jetzt auch angefangen hat, deswegen, ich finde es ganz nett, dass das Wellen schlägt.

Grundsätzlich, ich möchte mich einmal ein bisschen geglesen in diesem Antrag, weil grundsätzlich einmal, die abgesagte Tiefgarage, wir haben generell schon wirklich viel über die Zinzendorfsgasse diskutiert, geredet, über alle Projekte, die hier laufen und gelaufen sind. Ich kann schon einmal jetzt bekräftigen, diese Garage ist weggefallen, wie die Uni selbst sagt, sie hat keine Notwendigkeit dafür, es ist nicht gegeben. Das heißt, dass dieser Punkt mit, na ja, es würden dann die oberirdischen Parkflächen für die Anrainer freiwerden, das stimmt so nicht, weil selbst jetzt die Bediensteten alle Parkplätze haben und die schon nicht genutzt werden, weil, Gott sei Dank, ein Großteil von ihnen mit dem Fahrrad anreist. Dann haben wir als nächsten Punkt den sogenannten Bürgerbeteiligungsprozess, der genau das war, ein Bürger:innenbeteiligungsprozess. Der hat auch sehr gut funktioniert und sind sehr viele Dinge eingebracht worden, zum Beispiel eben dieser Wunsch nach einem Anrainerparken, der jetzt umgesetzt wurde, genau aus diesem Grund, weil zugehört wird. Und du wirst leider immer bei größeren Projekten das Problem haben, dass du, auch wenn du 90 % der Menschen ansprichst, ein paar Menschen nicht ansprichst. Und dann kannst du nur hoffen, dass du überzeugen kannst und in dem was du ablieferst. Das werden wir jetzt gut sehen, weil wir haben morgen die Eröffnung in der Zinzendorfsgasse, morgen 11.30 Uhr, Einladung an euch alle. Und vor allem dieses Projekt, es wird die Zinzendorfsgasse in diesem Text mehrmals als stark umstritten bezeichnet, es ist die Rede von äußerst gut besuchten Demos. Deswegen habe ich mir das einmal angeschaut, wir reden Kritik von 40 Menschen laut dem

Kleine-Zeitung-Artikel, die sogar selbst in diesem Artikel auch betont haben, sie sprechen sich für eine Begrünung aus, sie sagen auch gar nichts gegen einen kompletten Wegfall der Parkplätze, sie wollen alles ein bisschen mit Maß und Ziel haben und haben dann hier auch den Wunsch nach Anrainerparken geäußert. Die Demo wurde von 80 Personen besucht, ich glaube, das war sogar zusammengerechnet, aber da lehne ich mich einmal nicht aus dem Fenster. Ich rede zu diesem Thema generell, weil ich in meiner ÖH-Zeit beteiligt war an der ersten Petition für eine Verkehrsberuhigung und Begrünung der Zinzendorfgasse, das war 2018. Und jetzt dürft ihr kurz raten, ob das mehr oder weniger als 40 Menschen unterschrieben haben. Die genaue Zahl, es sind 6.229 Menschen (*Appl.*).

Wer jetzt ein bisschen rechnen kann, das sind 6.189 Menschen mehr. Und dann haben wir noch eine zweite Petition gehabt, und das im November 2022. Das waren dann 4.071, die dafür waren. Und da muss man dann sagen, wir haben grundsätzlich, was die Zinzendorfgasse angeht, eine Evaluierung sogar drinnen mit Nachbesserungen, die absolut möglich sind, und ich glaube, genau darauf sollten wir uns jetzt einmal verlassen, dass die Menschen sehen, was ist das für eine Veränderung, und dann entscheiden können, wollen wir etwas nachgebessert haben oder nicht. Und falls das nicht passt, finde ich, dann können wir absolut dieses demokratische Mittel der Volksbefragung andenken, wenn genau diese 10 % auch gesammelt werden an Unterschriften. Und wenn das möglich ist, dann gibt es diese Möglichkeit eh immer. Dankeschön (*Appl.*).

**GR Zirngast:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, lieber Antragsteller. Nur ganz kurz. Also um auf die einzelnen Punkte einzugehen. Das eine ist, also die Definition umstritten ist natürlich immer sehr schwierig zu treffen, vor allem im Voraus. Und das ist aber sehr wichtig, und damit komme ich gleich zum Punkt 2 des Antrages, dass das Steirische Volksrechtsgesetz natürlich künftige politische Entscheidungen und Planungen betrifft,

was in diesem Fall sozusagen nicht mehr gegeben ist, weil das wäre rückwirkend, ist also in diesem Fall auch nicht mehr möglich und eigentlich in diesem Sinne ...

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr** unverständlich.*

**GR Zirngast:**

... ich verstehe Sie überhaupt nicht, Sie reden hier immer ...

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr** unverständlich.*

**GR Zirngast:**

... ok, wurscht. Grundsätzlich ist natürlich Mitbestimmung sehr wichtig. Die Kollegin Anna Slama hat es eh schon ausgeführt, dass es das im konkreten Fall auch gegeben hat. Wie gesagt, aus dem heraus stimmen wir der Dringlichkeit auch nicht zu, vor allem, weil es eben in diesem Fall auch nicht mehr möglich ist (*Appl.*).

**GR Brandstätter:**

Ich setze die Tradition ausnahmsweise gerne fort, liebe Alle. Zu später Stunde ist es dann ja anscheinend üblich mit Beschwichtigungen aufzukommen, darüber zu reden, ja, wir haben eh geredet und da waren eh vielen Menschen beteiligt und da gab es ja auch andere, die wollten was anderes. Und man vergisst dann sehr schnell, wofür man eigentlich einmal gestanden ist, nämlich für die Leute, die unzufrieden waren mit Projekten, für die Leute, die Bürgerbeteiligung eingefordert haben, die Leute, die Volksbefragungen wollten. Und man kann natürlich jetzt sagen: Na, und? Die Kritik von 40 Menschen, was sind 40 Menschen? Na, mein Gott. Man kann aber auch sagen, ok,

da sind 40 Menschen, die betroffen sind und wir sollten uns damit einmal ernsthaft auseinandersetzen. Woher kommt diese Kritik? Und da gibt es schon einige kritische Punkte, weil ich habe das heute auch in der Fragestunde eingebracht, leider war nicht genügend Zeit dafür, aber das Univiertel ist jetzt gerade in einer sehr großen Umbruchphase. Ich bin selbst Student und bin grundsätzlich dafür, dass man natürlich dort eine qualitätsvolle Weiterentwicklung hat, und die ist in vielen Bereichen gegeben. Aber man darf halt nicht vergessen, dass da viele verschiedene Interessen aufeinandertreffen. Wir haben dort Wirtschaftstreibende, wir haben die Anrainerinnen und Anrainern, wir haben Studentinnen und Studenten, wir haben dort Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und wir haben da ganz viele verschiedene Interessen. Und jetzt haben wir Zinzendorfsgasse, wo diese Anwohner tatsächlich auch in vielen Fällen sicher gesagt haben, sie wünschen sich eine Begrünung. Wer aber schon in Zinzendorfsgasse war, weiß, es gibt keinen einzigen grünen Fleck mehr als vorher. In Wirklichkeit ist es jetzt eine Asphaltwüste, auf die ein paar Blumentöpfe raufgesetzt werden. Ich weiß jetzt nicht, ob dann alle so begeistert sein werden. Und dann in Aussicht zu stellen, erstens einerseits, dass es rechtlich gar nicht mehr möglich ist, so eine Volksbefragung abzuhalten, oder andererseits, wie du das ausgeführt hast, Anna, dass man dann eh noch die Unterschriften sammeln kann, da wart ihr euch jetzt noch uneinig. Weiß ich nicht, ich habe das Gesetz jetzt noch nicht gelesen. Aber da wäre es mir dann schon ein Anliegen, dass wir dann als Gemeinderat vielleicht das dazu nutzen, den Bürgern nicht zu sagen, na ja, rechtlich ist es jetzt eh nicht mehr möglich, Ha-ha, ist zu spät, ist schon umgesetzt, das geht nur für zukünftige Projekte. Lieber Max, da wäre es vielleicht besser, wenn wir sagen, nein, dann setzen wir als Gemeinderat ein Zeichen und geben euch diese Möglichkeit, weil sie vielleicht tatsächlich rechtlich nicht mehr gegeben ist. Das weiß ich nicht. Ich finde das alles ein bisschen fadenscheinig, ich finde es auch schade. Wäre schön, wenn man da einen anderen Weg einschlagen könnte, weil eine qualitätsvolle Weiterentwicklung des Univiertels sicher gut wäre und auch für alle Beteiligten positiv. Vielen Dank (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Ein ganz kurzes Schlusswort. Ich bedanke mich für die sich abzeichnende Zustimmung der ÖVP, bedanke mich auch für die sachliche Kritik. Ich muss aber dazusagen, der Punkt 1 ist generell gemeint, also auf allen möglichen, zukünftigen, umstrittenen Projekte. Punkt 2, 3, 4 beziehen sich eben schwerpunktmäßig auf das Univiertel und dergleichen. Und ja, ich warne auch davor, dass man Zahlenvergleiche anstellt, weil 6.000 Unterschriften auf der Uni gesammelt, von Leuten die zum Beispiel aus Leoben hinunterfahren, ohne jetzt despektierlich über Leute aus Leoben reden zu wollen. Na ja, gut, ok, aber wenn es dann wirklich um die Bezirksbevölkerung geht, 10 % der dort ansässig lebenden Menschen, das wird dann spannend werden. Ich bin hier guter Dinge, dass wir diese Befragung dann trotzdem haben werden. Es wäre halt aus meiner Sicht ein Zeichen der Wertschätzung gewesen, das über den Gemeinderat beschließen zu lassen, diese Friedensinitiative zu starten. Und ich kann Ihnen eines sagen, also das ist sicher eines der prägendsten Themen, im Grazer Norden hat es auch eine Demonstration gegeben, es waren viele von Ihnen, der politisch Verantwortlichen, auch dabei, und da waren nicht so viele Leute, weil der Österreicher ist aus meiner Sicht einfach ein kein Demo-Geher, der geht nicht so gerne auf Demonstrationen aber dann, bei der Wahl dürfen Sie sich einmal fragen, wer den Sprengel gewonnen hat, zum ersten Mal. Vielen Dank (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

## **7.8 Einbindung der Ordnungswache in weitere Aufgabenbereiche (GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Die Ordnungswache wieder einmal im Zentrum des vorliegenden Antrages. Bereits im Mai dieses Jahres haben wir das Thema Ordnungswache auch im Rahmen eines dinglichen Antrages thematisiert. Die Ordnungswache ist und bleibt für uns ein massiv wichtiger Baustein in diesem gesamten Sicherheitsgefüge, was wir in der Grazer Stadt, so wie es jetzt ist, besitzen. Und sie bleibt es und sie soll auch ein wichtiger Standpfeiler dieser Sicherheitsarchitektur in Graz bleiben. Natürlich ist es klar, dass im Mai 2023 diese Initiative jetzt keine Mehrheit erfahren hat, aber sie hat auch etwas Positives mit sich gebracht. Zumindest in den Wortmeldungen ist von den allermeisten Parteien, inklusive der Frau Bürgermeisterin, ein Bekenntnis zur Ordnungswache abgegeben worden. Das nehme ich als positiven Punkt von damals mit. Was auch diskutiert worden ist, dass die Ordnungswache bestehende Aufgaben hat, dass aber natürlich auch in Zukunft sich dieses Aufgabenfeld anpassen kann und sich dieses Aufgabengebiet verändern kann. Und für diese Diskussion sind wir einerseits dankbar, andererseits möchten wir die auch konstruktiv mitgestalten. Und das beste Beispiel, was in letzter Zeit auch medial immer wieder aufgeschlagen hat, ist das Vogelschutzgebiet Weinzödl. Die meisten werden es mitbekommen haben, es gibt dort leider sehr Unvernünftige, die glauben, dieses Vogelschutzgebiet ist ein Party-Zentrum beziehungsweise man kann es auch irgendwie für Outdoor-Partys nutzen. Es gibt Lärmbelästigungen, es gibt Vermüllung, es gibt alles Mögliche, was in diesem Vogelschutzgebiet eigentlich nicht passieren sollte. Und wir haben uns da ein bisschen schlau gemacht, wer wäre denn eigentlich zuständig für dieses Vogelschutzgebiet? Die Stadt Graz leider nicht. Eigentlich zuständig wäre die Berg- und Naturwacht, das Ganze zu überwachen. Das große Problem daran ist, die Berg- und Naturwacht hat kein Personal, um nur ansatzweise diesen Problemen hier Herr zu werden. Und daher so auch unser Erkenntnisstand, gibt es bereits jetzt zwischen dem Naturschutzbeauftragten der Stadt und der Ordnungswache Gespräche, ob es möglich wäre, rein organisatorisch hier einen Teil von der Überwachung zu übernehmen, um in diesem Bereich wirklich eine Verbesserung einkehren zu lassen. Und auf diesen Punkt hänge ich auch in Wirklichkeit die Dringlichkeit von diesem Antrag auf. Es ist, glaube

ich, im allgemeinen Interesse, dass wir hier eine Lösung finden, dass wir relativ rasch eine Lösung finden, weil eben dieses Vogelschutzgebiet doch auch ein wichtiger Teil der Stadt Graz ist. Der zweite wichtige Punkt ist die Zusammenarbeit mit der Exekutive. Das Aufgabenfeld der Ordnungswache kann sich verändern, soll sich verändern, nur muss es auch insofern mit der Exekutive, mit dem Gemeinderat insgesamt auch abgestimmt sein. Und ich glaube durchaus, dass es in diesem Bereich viele Themenbereiche gibt, wo es notwendig ist, dass man eine bessere Zusammenarbeit auf die Reihe bekommt zwischen Ordnungswache und Exekutive. Ein Vorschlag wäre dieses ganze Thema Drogenproblematik, wo die Ordnungsfrage möglicherweise schon präventiv eine Wirkung entfalten kann. Es gibt aber auch andere Bereiche, wo die Exekutive mit Dingen aufgabentechnisch belastet wird, die so in diesem Sinne nicht notwendig sind. Und ich gebe Ihnen zwei Beispiele, es gibt genug Rechtshilfeersuchen von Behörden an die Polizei, beispielsweise nach zu kontrollieren, ob Person XY an der ZMR-Meldeadresse überhaupt noch wohnhaft ist. Grundsätzlich eine völlig gefahrlose Amtshandlung, wo rein jemand an der Tür klingelt und schaut, wer wohnt dort überhaupt noch. Ein Bereich, der die Exekutive entlasten würde und durchaus die Ordnungswache so übernehmen könnte. Anderes Beispiel, Einhebung von Verwaltungsstrafen. Früher oder später, wenn Verwaltungsstrafen nicht bezahlt werden, wer kommt im Regelfall? Die Polizei. Muss es unbedingt die Polizei sein? Eine Ordnungswache, die in diesem Bereich personell aufgestockt ist, eingeschult ist, könnte diesen Aufgabebereich vernünftigerweise auch übernehmen und die Polizei hätte mehr Zeit für Aufgaben, die eigentlich die Polizei im Sinne von Sicherheitsgesetz darstellen würde. Und dass dieser Wechsel zwischen der Zuständigkeit, Stadt auf der einen Seite und Polizei auf der anderen Seite, gelingen kann, das ist durchaus auch durch die Vergangenheit bewiesen worden. Ich habe vorhin auch mit der Kollegin Wagner auch gesprochen, lange Zeit war das Meldewesen ein Thema der Polizei. Da ist man zu Polizei gegangen, hat diesen Meldezettel ausgefüllt, wenn man von A nach B gezogen ist. Wer macht das jetzt? Jetzt machen das in erster Linie die Servicestellen, funktioniert problemlos. Polizei ist in diesem Bereich entlastet und hat mehr Zeit für

Dinge, die eigentlich notwendig sind. Infolgedessen bitte ich den vorliegenden Antrag, sowohl in der Dringlichkeit, wie im Inhalt zu unterstützen. Der

### **Antrag**

lautet:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gespräche mit den für die Kontrolle des Vogelschutzgebietes Weinzödl zuständigen Stellen aufzunehmen, um zu ermitteln, wie eine zusätzliche Kontrolle seitens der Stadt Graz ermöglicht werden kann.
2. Zu prüfen in welcher Form eine primär präventive, aber vertiefte Zusammenarbeit mit der Polizei bei verschiedenen Themen möglich ist.
3. Eine schriftliche Stellungnahme der zuständigen Bürgermeisterin Elke Kahr über die zukünftigen Aufgabenfelder und inhaltliche Ausrichtung im Sinne einer ganzheitlichen Sicherheitspolitik der Stadt Graz abzugeben und dem Gemeinderat bis zur Sitzung am 21.9. dieses Jahres vorzulegen.

Ich danke für die Zustimmung, und hoffe auf die Zustimmung im Voraus (*Appl.*).

#### ***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Nach unseren Initiativen in der Gemeinderatssitzung vom Mai 2023, gab es ein notwendiges Bekenntnis zur Grazer Ordnungswache. Da für das kommende Jahr grundsätzliche Überlegungen über die zukünftigen Aufgaben der Ordnungswache angestrebt werden, ist es notwendig, auch zur Sicherheit der Mitarbeiter, dieses Bekenntnis zu bekräftigen. Denn, die Ordnungswache ist ein wesentlicher Teil der*

*öffentlichen Ordnung und übernimmt auch viele verbindende, aufklärende und präventive Aufgaben.*

*Natürlich ist es sinnvoll auch über bestehende Aufgaben nachzudenken und über deren Notwendigkeit zu diskutieren. Dies kann jedoch nicht ausschließlich aufgrund von Zahlen erfolgen, da nicht jeder Bürgerkontakt oder die Verhinderung gewisser Handlungen durch bloße Anwesenheit gemessen werden kann.*

*Da sich die Aufgaben der Ordnungswache ständig weiterentwickeln und erweitern, soll auch eine Mitarbeiteraufstockung nicht ausgeschlossen werden. Zudem können, für die Stadt Graz schützenswerte Gebiete wie zum Beispiel das Vogelschutzgebiet Weinzödl, aufgrund übergeordneter Zuständigkeiten und Regularien nicht (mit) kontrolliert werden.*

*Auch wird es in Zukunft notwendig sein, die Kollegen der Ordnungswache in Bezug auf Drogenkriminalität zu schulen, um die Polizei dabei zu unterstützen, dass Graz nicht zur Drogenhochburg der Steiermark wird. Hierzu bedarf es sicher diverser Änderungen und Adaptierungen um eine präventive Zusammenarbeit mit der Exekutive zu ermöglichen.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Gespräche mit den für die Kontrolle des Vogelschutzgebietes Weinzödl zuständigen Stellen aufzunehmen, um zu ermitteln, wie eine zusätzliche Kontrolle seitens der Stadt Graz ermöglicht werden kann.*

2. *Zu prüfen in welcher Form eine primär präventive, aber vertiefte Zusammenarbeit mit der Polizei bei verschiedenen Themen möglich ist.*
3. *Eine schriftliche Stellungnahme der zuständigen Bürgermeisterin Elke Kahr über die zukünftigen Aufgabenfelder und inhaltliche Ausrichtung im Sinne einer ganzheitlichen Sicherheitspolitik der Stadt Graz abzugeben und dem Gemeinderat bis zur Sitzung am 21.9.2023 vorzulegen.*

**GR Huber:**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Michael. Danke für deinen Antrag, der wirklich wichtig ist. Aus unserer Sicht bestreitet die Ordnungswache tagtäglich wirklich wichtige Aufgaben in unserer Stadt und hat einen wichtigen Beitrag zum sicheren Zusammenleben und geregelten Miteinander in unserer Stadt. Und aus unserer Sicht ist es ganz klar, dass man die Ordnungswache weiter stärken muss. Und umso befremdlicher ist es eigentlich, dass hier die Stadtregierung überlegt, das Stundenausmaß zu reduzieren und an der Sicherheit der Grazer Bevölkerung zu sparen, wie wir heute eh schon bei der Feuerwehr besprochen haben. Und aus diesen Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Zusatzantrag:**

- 1) Der zuständige Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Ordnungswache zusätzliche Aufgaben im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel die Abmahnung und Abstrafung von Radfahrerinnen und Radfahrern in reinen Fußgängerzonen und Gehsteigen, wahrnehmen kann.
- 2) Der zuständige Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, zu prüfen, die geplante Stundenkürzung der Ordnungswache um 650 Arbeitsstunden im

Monat zurückzuziehen und das derzeitige Arbeitsstundenausmaß der Ordnungswache beizubehalten.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Die Mitglieder der Ordnungswache leisten tagtäglich einen wichtigen Beitrag zu einem sicheren Zusammenleben in unserer Stadt. Sie tragen zu einem regelten Miteinander in unserer Stadt bei und sind für die Überwachung der Einhaltung von städtischen Vorschriften unverzichtbar. Die Ordnungswache ist ein wichtiger Ansprechpartner für alle hilfeschuchenden Menschen in Graz und ein wichtiges Serviceangebot unserer Stadt, das unbedingt weiter gestärkt und ausgebaut werden muss.*

*Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**Zusatzantrag**

- 1) *Der zuständige Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Ordnungswache zusätzliche Aufgaben im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel die Abmahnung und Abstrafung von Radfahrerinnen und Radfahrern in (reinen) Fußgängerzonen, wahrnehmen kann.*
- 2) *Der zuständige Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, zu prüfen, die geplante Stundenkürzung der Ordnungswache um 650 Arbeitsstunden im Monat zurückzuziehen und das derzeitige Arbeitsstundenausmaß der Ordnungswache beizubehalten.*

**GR Alic:**

Sehr geehrter Vorsitzende, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Michi Winter. Wir treffen recht oft hier draußen zusammen, das ist ein Zeichen dafür, dass wir die gleichen Themen besetzen. Sicherheit ist auch mir wichtig.

Natürlich, alles was draußen verhindert wird, brauche ich drinnen nicht behandeln (*Gelächter im Saal*).

Und so gesehen ist der Antrag auch insofern ein sehr guter, weil drinnen steht, die Verstärkung des Bekenntnisses zur Ordnungswache. Auch das ist mir ausgesprochen wichtig auszudrücken. Wem ich widersprechen muss oder welchem Satz ich widersprechen muss, ich glaube, dass 99 % der Vorfälle durch die bloße Präsenz der Ordnungswache verhindert werden und nicht durch das Eingreifen. Weil die nämlich direkt bei der Bevölkerung sind, direkt abschätzen können, was geschieht und was nicht geschehen soll, und durch ihr Fingerspitzengefühl, durch ihre Arbeit. Dem Kollegen hier oben möchte ich stellvertretend für alle, die dort arbeiten, danke recht herzlich für diesen Job, weil es ist Unterschied, ob man draußen mit der Uniform steht oder so wie ich, im geschützten Bereich. Ich habe ja im wahrsten Sinne des Wortes einen geschützten Arbeitsplatz (*Gelächter im Saal*).

Ich möchte aber auch gleich sagen, ich treffe hier draußen sehr gerne mit dir zusammen, Michi, und auch privat, weil, ja, wie soll ich sagen, die Kontroverse sehr sachlich abläuft und auch freundschaftlich und respektvoll, und so soll es auch bleiben. Insgesamt, ich möchte sagen, es ist aber insofern nicht dringlich, als seitens der Stadt Graz das Sicherheitsnetzwerk funktioniert und auf Einladung des Magistratsdirektors Sitzungen stattfinden und ein steter Austausch ist zwischen Polizei, zwischen den Ämtern, der Bürgermeisterin und hier sehr wohl genau eingeschätzt wird und darauf reagiert wird, auf neue Situationen, die dann eventuell neue Aufgabenbereiche der Ordnungswache ergeben. Und so gesehen, das geschieht alles. Trotzdem danke für deinen Antrag, der mir ermöglicht mein Bekenntnis zur Ordnungswache und der Regierung zu bekräftigen. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Wo fange ich an? Horst, danke für die für die Wortmeldung. Sie ist ja wieder einmal teilweise richtig aber teilweise auch nicht. Der springende Punkt ist, selbstverständlich, ich glaube, jeder, der irgendwie mit dem Thema Sicherheit sich beschäftigt, wird bestätigen, dass Präsenz, ganz egal von der Polizei oder von einem Sicherheitsdienst, von einer Ordnungswache, von dem auch immer, ein großer Teil der Prävention ist. Überhaupt kein Thema. Nur ist es kein Widerspruch dazu, wenn man gleichzeitig hergeht und sagt, ok, möglicherweise, und das passiert immer wieder, ist die Situation so, dass die Präsenz nicht ausreicht. Und wenn wir die Ordnungswache mit mehr Kompetenzen ausstatten, hat sie auch keinen Schaden davon genommen. Also insofern würde sich das mit deiner Ansicht nicht wirklich widersprechen, und du hast immer noch die Möglichkeit dem Ganzen zuzustimmen. Also so ist es ja nicht. Das Thema Weinzödl, das Vogelschutzgebiet blendest du jetzt aus in deiner Wortmeldung. Faktisch ist ein riesiges Problem gegeben. Es war in den Medien, es gibt diese Gespräche zwischen Ordnungswache auf der einen Seite und dem Naturschutzbeauftragten der Stadt Graz auf der anderen Seite. Das zu übergehen und zu sagen, ok, erwähnen wir in der Wortmeldung nicht, na ja, ok. Gut, Kollege Huber, danke für den Zusatzantrag, ich würde mich freuen, wenn die Dringlichkeit doch durchgeht. In diesem Fall, Zusatzantrag würden wir auch unterstützen. Die Radfahrer könnten durchaus auch stärker kontrolliert werden von der Ordnungswache, gute Idee. Und von den Stundenkürzungen, die hier angedacht sind, brauchen wir gar nicht reden, da gehen wir auch völlig d'accord. Ich habe es letztes Mal schon erwähnt, der Kopf ist rund damit der Geist die Richtung wechseln kann, vielleicht funktioniert es ja doch noch (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

**7.9 Volle Transparenz bei den Verfügungsmitteln!  
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner:**

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder beziehungsweise der Klubobleute. Was sind Verfügungsmittel? Das sind die zugewiesenen Gelder, die die Stadträt:innen und Klubobleute salopp gesagt frei verwenden können. Aber so frei ist das dann doch nicht in Graz, und soll es auch nicht sein. Ich möchte jetzt einmal nachspüren, wo die bisherigen Schranken sind für die Verwendung dieser Mittel. Da gibt es in der Haushaltsordnung einen Paragraphen, der eine Begrenzung ausspricht. Und diese Mittel sind ausschließlich nach Haushaltsordnung für die durch die jeweilige Funktion veranlassten Ausgaben zu verwenden. Dann gibt es auch noch einen Gemeinderatsbeschluss vom 4.12.1997, der diverse Stimmungen beinhaltet, der ist gültig, ist halt mehr als 25 Jahre alt. Ich nehme einen Punkt heraus: Der Verwendungszweck der Gelder ist nur Anlässen zu widmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der städtischen Aufgabenstellung stehen. Worum es jetzt geht ist, dass das Ganze etwas in Vergessenheit geraten ist und dahingehend geht mein Antrag. Man sollte sich hinsetzen und eine neue Richtlinie erarbeiten, wie diese Verfügungsmittel zu verwenden sind und in welchem Rahmen. Was ein bisschen bestürzend ist an dem Ganzen, da geht der zweite Punkt meines Antrages hin, ist, dass es über die Verwendung der Verfügungsmittel kein Controlling gibt. Also nachgewiesenermaßen wird derzeit die Verwendung dieser Mittel nicht reportet und auch nicht kontrolliert. Und dahingehend der

**Antrag,**

in aller Kürze,

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Empfehlungen des Kontrollberichts, der vom Stadtrechnungshof dahingehend vorliegt, umzusetzen:

- 1) Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Einheitlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verfügungsmittel zu gewährleisten beziehungsweise zu

stärken. Dazu ist ein Leitfaden oder eine Richtlinie zur Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute, basierend auf den vorhandenen Rechtsgrundlagen der Stadt Graz unter Berücksichtigung entsprechender Bestimmungen des Landes zu erstellen. Also man kann die bestehenden Rechtsgrundlagen, die gerade angerissen habe, durchaus als Grundlage verwenden und darauf aufbauen und etwas Neues und Klares erarbeiten.

- 2) Sehr wichtig, es sind interne Kontrollen zu implementieren, um sicherzustellen, dass die Vorgaben (des Leitfadens/der Richtlinie) für die Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute eingehalten werden. Also ein funktionierendes Controlling.

Ich bitte um breite Zustimmung dieses wichtigen Antrages.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*In seinem jüngsten Kontrollbericht „Schlüsselkontrollen 1. Quartal 2023“<sup>1</sup> stellte der Stadtrechnungshof fest, dass in Bezug auf die Verfügungsmittel der Stadträt:innen und Klubobleuten noch immer keine Kontrolle existiert. In seinen Veränderungsempfehlungen schreibt der Stadtrechnungshof deshalb:*

- *Um die Einheitlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verfügungsmittel zu gewährleisten/ stärken, könnten etwa auf Basis der vorhanden [sic] Rechtsgrundlagen der Stadt Graz in Anlehnung an die Rechtsgrundlagen des Landes Steiermark (Richtlinie zu Verfügungsmitteln des Bürgermeisters) ein Leitfaden/Richtlinie für die Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und der Gemeinderatsklubs erstellt werden.*

---

<sup>1</sup> [https://issuu.com/stadtgraz/docs/schl\\_sselkontrollen\\_3.\\_quartal\\_endfassung?fr=xIAE9\\_6uYXA](https://issuu.com/stadtgraz/docs/schl_sselkontrollen_3._quartal_endfassung?fr=xIAE9_6uYXA)

- *Zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorgaben für die Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und der Gemeinderatsklubs, empfiehlt der StRH die Einführung von internen Kontrollen.*

*Um eine transparente und verantwortungsvolle Verwendung dieser finanziellen Mittel sicherzustellen, ist es nun dringend notwendig, die überholten Regeln aus dem Jahr 1997 zu überarbeiten und regelmäßige integrierte Kontrollen dieser Gelder einzuführen. Die vom Stadtrechnungshof empfohlenen Maßnahmen bieten dafür eine gute Grundlage.*

*Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Empfehlungen des Kontrollberichts umzusetzen:*

- 1) Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Einheitlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verfügungsmittel zu gewährleisten/stärken. Dazu ist ein Leitfaden oder eine Richtlinie zur Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderatsklubs, basierend auf den vorhandenen Rechtsgrundlagen der Stadt Graz unter Berücksichtigung entsprechender Bestimmungen des Landes Steiermark zu erstellen.*
- 2) Es sind interne Kontrollen zu implementieren, um sicherzustellen, dass die Vorgaben (des Leitfadens/der Richtlinie) für die Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderatsklubs eingehalten werden.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Mohsenzada:**

Werte Kolleginnen und Kollegen liebe Zuseherinnen und Zuseher, lieber Antragsteller. Die KPÖ steht seit Jahr und Tag für Transparenz. Und das nicht nur bei Verwendung der Klubmittel, aber auch, wie schon fast alle Grazerinnen mittlerweile wissen, werden zwei Drittel der Gehälter unserer Stadträt:innen an Menschen in Notlagen weitergegeben. Stets am Tag der offenen Konten zum Jahresausgang werden diese Summen offen vorgelegt. Des Weiteren wird die Verwendung der Klubförder- und Verfügungsmittel traditionell im Sommer präsentiert im Rahmen einer Pressekonferenz. Die Einladung folgt demnächst. Seit Ernest Kaltenegger 1998 als Stadtrat im Rathaus eingezogen ist, hat die KPÖ mittlerweile 3 Millionen Euro Unterstützung 25.000 Personen und Familien ausbezahlt. Daher ist es logisch, dass die KPÖ den Stadtrechnungshofbericht für die Kontrollrichtlinien unterstützt. Diese Woche haben auch unsere Stadträte und unsere Frau Bürgermeisterin ihre Zahlungen offengelegt, die ich Ihnen jetzt nicht vorenthalten will. Im Jahr 2022 wurden im Bürgermeisterinnenamt die Verfügungsmittel wie folgt verwendet:

Für Bürobedarf und Ausstattung wurden 1.600,97 Euro ausbezahlt, für die Bewirtung, Schulbesuche und Veranstaltungen 3.378,88 Euro, für Spendenzuschüsse an Vereine und Initiativen wurden 11.359,66 Euro, für Unterstützen von Menschen in Notlagen wurden 25.828,45 Euro, für Sonstiges, darunter fallen die Weihnachtsbeihilfen, Ankauf von Büchern und so weiter, 8.297,10 Euro. Also in Summe 5.465,06 Euro. Im Büro von Stadtrat Manfred Eber wurden die Verfügungsmittel so verwendet: Für Bürobedarf und Ausstattung 2.930,97 Euro, für Bewirtung 5.139,51 Euro, für Spendenzuschüsse 3.320 Euro und für Sonstiges, das heißt, auch Spesen, Verkehr und Honorare wurden 2.211,67 Euro, also in Summe 13.602,25 Euro. Und zum Schluss auch im Büro von Stadtrat Krotzer wurden in Summen für Bürobedarf und Ausstattung 1.979,41 Euro, für Veranstaltungen 2.920,29, 7.658,10 wurden für Spenden und Zuschüsse verwendet, und für Menschen in Notlagen hat er 4.910 Euro bereitgestellt und für Sonstiges, also Spesen, Verkehr und Honorare 2.333,37, also in Summe 19.801,17. Daher, lieber Antragsteller, unterstützen wir diesen wichtigen und nützlichen Antrag (*Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (19.34 Uhr).**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Antragsteller. In aller Kürze, da werde ich Ihnen jetzt alle Positionen des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs vorlesen, finden Sie auf unserer Home-Page. Nein, war nur Spaß (*Gelächter im Saal*).

Wir wollen hier jetzt nicht jedem diesen Beleg vorlesen und Sie dann endgültig einschläfern. Lesen Sie es doch bei Interesse bitte selbst nach. Ist ein sehr, sehr guter Antrag, wir haben auch im Vorhinein darüber gesprochen, man muss sich das ja wirklich vorstellen, also ich habe die Situation ein bisschen absurd gefunden, wie uns am Anfang der Periode mitgeteilt wurde, dass man diese Verfügungsmittel bei den Stadtsenatsmitgliedern aber auch beim Klubobmann bei der BAWAG in einem Papiersackerl bekommt. Also das ist ja wirklich, sage ich, archaisch, wenn dieses System dann auch noch funktioniert. Wir haben uns dann erkundigt, na ja, welche Regelungen gibt es, was darf man damit kaufen, was darf man damit nicht kaufen. Die ist auch nicht genau definiert, man ist halt wieder mit einem Fuß im Kriminellen. Also da braucht es sicher andere Regelungen, das, was du hier als Antrag erstellst, kann ich nur voll und ganz unterstützen. Ich hätte hier auch im eigenen Interesse einen Zusatzantrag eingebracht, dass man doch bitte diese Verfügungsmittel zukünftig gleich über die Klubs mitauszahlt, weil der Klubobmann ist ja integraler Bestandteil des Klubs. Wir überarbeiten gerade die Klubförderungen neu, da könnte man das dann auch mitregeln. Und ich glaube, das würde alles damit ein bisschen vereinfachen, nämlich dann auch zukünftig, wenn man hier ein bisschen vorgreifen kann, könnte das ja auch vom Rechnungshof gleich mitgeprüft werden und das wäre im Endeffekt, sage ich wirklich, ein weiterer Schritt zu noch mehr Transparenz. Also wir werden bei deinem Antrag mitstimmen. Das ist ein sehr guter Antrag und ich bitte auch um Zustimmung für diese Vereinfachung, wie wir es im Zusatzantrag beschrieben haben.

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

3. Die Verfügungsmittel der Klubobleute werden zukünftig als Teil der Klubförderung an die Klubs ausbezahlt und unterliegen dadurch der neuen Klubförderrichtlinie.

Ich bitte hier jetzt gleich vorweg jetzt nicht jedes Wort zu glauben oder jede Ausformulierung. Das ist jetzt eher, sage ich, als Arbeitsauftrag gedacht für die letzte Sitzung, die wir noch haben, bezüglich der Klubförderrichtlinien, ob wir das überhaupt hineinnehmen können oder eben nicht, oder wir eine bessere Lösung finden. Ich bin für alles zu haben, soll eher ein Bekenntnis dazu sein, also dass man zumindest diese Verfügungsmittel von den Klubobleuten wegbekommen, hin zu den Klubs, wo es dann im Zuge einer jährlichen Rechnungshofprüfung gleich mitgeprüft werden kann. Ich bitte um Zustimmung für den Zusatzantrag (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister!*

*Bei der Verwendung von Kundengeldern durch eine Bank, müssen höchste Standards eingehalten werden. Hart erarbeitetes Geld soll im Interesse der Kunden, im Fall von Steuergeldern im Interesse der Bürger verwaltet und investiert werden. Daher ist es nur fair, wenn auch der Bürger transparent nachvollziehen kann, was mit seinem Geld passiert.*

*Somit sind jedenfalls Maßnahmen zu ergreifen, auch die Einheitlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verfügungsmittel der Stadtsenatsreferenten und Klubobleute zu gewährleisten.*

*Im Fall der Klubobleute sollen zudem die Verfügungsmittel dem Klub als Teil der Klubförderung ausbezahlt werden, da diese somit inkl. Belege extern geprüft werden*

*müssen. Aufgrund der neuen Klubförderrichtlinie entsteht dadurch die aktuell höchst mögliche Transparenz und Kontrolle.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Zusatzantrag**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 3. Die Verfügungsmittel der Klubobleute werden zukünftig als Teil der Klubförderung an die Klubs ausbezahlt und unterliegen dadurch der neuen Klubförderrichtlinie.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke, ich muss nur ad hoc sagen, und ich habe mich auch noch einmal vergewissert, ich kenne es gar nicht anders, also die Verfügungsmittel in den Klubs oder auch Stadtsenatsreferenten werden ganz normal auf das Konto überwiesen und nicht in einem Sackerl. Also ich weiß nicht, wie das bei euch allen ist, aber bei uns ist es so *(Gelächter im Saal)*.

*Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini unverständlich.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Nein, das ist definitiv so. Also ich bin jetzt wirklich seit 2005 Stadträtin und noch nie habe ich die Verfügungsmittel in einem Sackerl, oder meine Kollegen, bekommen. Da hätten wir uns strickt verwehrt, wirklich jetzt.

KO GR Mag. **Pascuttini: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Es ist tatsächlich so, also meine Mitarbeiter machen einen Termin aus und dann wird das dort ausbezahlt, ist tatsächlich so. Wenn das anders geht, bei der BAWAG.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Dann kann ich nur anbieten, das so zu machen, wie überall anders auch (*Gelächter im Saal*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Dann müssen wir das einmal der Finanzdirektion sagen. Ich würde mich hier darüber nicht lustig machen.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich mache mich nicht darüber lustig, aber es ist ja richtig, dass Sie das so anmerken, dass das kein optimaler Gang ist, wenn es so ist. Aber ich kann Ihnen versichern, wir haben seit 1998 einen Klub und genauso lange auch ein Stadtratsbüro, noch nie haben wir Verfügungsmittel in dieser Weise bekommen. Und das lassen wir jetzt einfach so stehen.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini: Nein.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich würde einfach bitten, dass Sie hier mit der Kollegin sprechen, dass Sie es künftig hin auf Ihr Konto überwiesen wird.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Ja, sehr gerne, aber es ist einfach von Seiten der Mitarbeiterin so uns mitgeteilt worden und das wird dann immer am 10. abgeholt.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ist aber anders möglich, das wollte ich Ihnen nur sagen.

**KO GR Dreisiebner:**

Ich hoffe, es schaff es jetzt wirklich ohne weiter zu lachen, meine geplante Wortmeldung auszuführen. Grundsätzlich finde ich Papiersackerl als Grüner ja relativ gut ökologisch verträglich und möglichst auch wiederverwendbar. Aber ich glaube, auch die elektronische Überweisung und die Bekanntgabe einer Bankverbindung sollte eine gute Abwehr gegen den monatlichen Gang zur BAWAG sicherstellen können. Also ich wüsste nicht, dass das in meinem Klub, in unserem Klub oder wo anders abgeholt werden muss und soll. So viel dazu. Danke, es hat für Gelächter gesorgt. Grundsätzlich danke ich dem Antragsteller, geschätzter Philipp Pointner, für Antrag. Ich denke, dass es wichtig ist, hier die entsprechenden Rahmenbedingungen auszuverhandeln und in ein entsprechendes Reglement inklusive Kontrollmöglichkeiten und transparenter Offenlegungspflicht zu machen. Und deswegen werden in Dringlichkeit und Inhalt dem Antrag zustimmen. Das mit dem Sackerl hat jetzt nichts damit zu tun, aber den Antrag vom Kollegen Pascuttini, das in die Klubförderung hineinzubinden, halte ich aus diesem Grund nicht für gut, weil ich glaube, dass die Verfügungsmittel nicht für die Klubförderungsmittel da sind, nämlich praktisch die politische Arbeit eines Klubs zu unterstützen verwendet werden sollen, sondern für organisatorische, repräsentative und sonstige sachdienliche Ausgaben, vielleicht auch beratende Organe, die man hinzuzieht, sei es eine Rechtsberatung, sei es eine politische Beratung, was auch immer. Da würde ich eher einen Unterschied sehen wollen, wenn man es in die Klubförderung mithineinpackt, was ja du als Ansatz mitgenommen hast, dann wäre das nicht mehr abgesichert und ich würde das schon trennen wollen, weil sonst ist das halt

nur noch näher, dass man das in verschiedene politische Zwecke hineinsetzen können. Und ich glaube, da haben wir eine gute Rechnung, da arbeiten wir auch an einer Verbesserung, grundsätzlich aber, die Mittel sind hoch genug. Und insofern, danke auch für deine Initiative, Alexis Pascuttini, aber werden dem nicht nähertreten. Danke. Und für das Papiersackerl sage ich auch danke (*Appl.*).

**GR Mag. Pointner:**

Ich danke sehr herzlich für die sich abzeichnende Zustimmung. Ich freue mich jetzt auch wirklich auf die Debatten, die in der hoffentlich breit aufgestellten Arbeitsgruppe zur Erstellung der neuen Richtlinie, so wie wir diese auch jetzt gerade bei der Klubförderung haben in Graz. Ich möchte schon ein bisschen auf die Kollegin von der KPÖ replizieren, und das werden wir sicher ausdiskutieren, das trennen sich nämlich unsere Wege. Ihr tut sicher sehr viel Gutes mit eurer Spendentätigkeit, ihr redet auch offen darüber, das euer Markenkern. Ich finde eher, dass wenn man privat Gutes tut, soll man es tun und nicht so viel darüber sprechen (*Appl.*).

Auch um den Almosennehmer zu schützen, weil für einen Bittsteller ist es manchmal nicht so angenehm, dass er in einer Notlage ist, und der will das vielleicht gar nicht so öffentlich machen. Es ist auch meines Erachtens, und deshalb müssen wir es diskutiert bei der Erstellung, weil es schon ganz klar 1997 dargelegt ist, der Verwendungszweck der Gelder ist nur Anlässen zu widmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der städtischen Aufgabenstellung stehen. Wenn wir jetzt im Sozialamt sind, wir haben in Österreich noch ein funktionierendes Sozialsystem, und ob man daneben Privaten löblich Spenden gibt, löblich, nochmals, ist das eine, aber es die Aufgabenstellung des jeweiligen Stadtsenatsmitglieds ist, dann noch aus den Mitteln etwas hinzu zu spenden und um es dafür zu verwenden, diese Mittel, das sich dann noch mit dem 97er-Beschluss, mit dieser Richtlinie, deckt, weiß ich nicht. Trotzdem vielen Dank für die sich abzeichnende Zustimmung und wie gesagt, ich freue mich auf lebhaftere Diskussionen bei der Erarbeitung.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Aber es ist ja Transparenz eingefordert und deshalb hat meine Kollegin genau das erwähnt, was damit passiert ist.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

KO GR Mag. **Pascuttini: (zur tatsächlichen Berichtigung)**

Ich kann das Gelächter natürlich verstehen, aber wir haben alles schriftlich gemacht. Die Frau Ulrike Krauß im Magistrat ist Ihnen sicher bekannt, da haben wir diese Flüssigstellung beantragt, und uns wurde mitgeteilt, dass man da bar behebt. Ich würde mir hier bitte ein Einschreiten wünschen, bevor man sich hier ... *(Anm. der Schriftleitung: unverständlich)*.

Vielen herzlichen Dank. Wenn das jetzt ab Juli per Kontoüberweisung kommt, bin ich sehr dankbar. Ich frage mich halt, warum das über eineinhalb Jahre so nicht geht und finde das bis zu einem gewissen Grad auch gar nicht so lustig *(Appl.)*.

#### **7.10 Schutzzone Reininghauspark (GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kommen wir zu meinem dringlichen Antrag, und zwar geht es hier um den Reininghauspark. Und zwar um die

Zustände, die in den letzten Wochen hier für Schlagzeiten gesorgt haben. Tägliche Polizeieinsätze, Lärm, Müll, Vandalismus, Beschimpfungen, mit Steinen soll angeblich da geworfen werden. Also grundsätzlich Zustände, die so nicht tragbar sind. Dutzende Jugendliche, überwiegend mit Migrationshintergrund, treiben dort seit Wochen eben ihr Unwesen, und das obwohl die meisten dort nicht einmal wohnhaft sind. Sie terrorisieren durch ihr aggressives Verhalten Anrainer, Menschen und Passanten, die sich dort aufhalten wollen. Und es ist einfach dringend notwendig, dass man diesem Problem Herr wird. Auch einige von uns haben das Vergnügen gehabt auch bei der 15-Jahre-Feier des GPS dabei zu sein, die Frau Bürgermeisterin, der Herr Stadtrat Eber, Kurt Hohensinner, der Kollege Sikora und auch der Kollege Hackenberger waren da. Ich habe die Chance genutzt, dort mit den Mitarbeitern dort zu sprechen und die hatten hier auch eher negative Erlebnisse. Teilweise wurden sie sogar umzingelt und eingekreist von solchen Gruppen, und das ist natürlich absolut nicht tragbar. Somit müssen wir ein probates Mittel ergreifen und meiner Meinung nach ist das eine Schutzzone. Eine Schutzzone kann nur verordnet werden, wenn überwiegend minderjährige Menschen von strafbaren Handlungen betroffen sind, und das ist meiner Meinung nach hier der Fall, weil hier einfach unter den Anrainern sehr viele Familien mit Kindern wohnen, welche dort zumindest einer unmittelbaren Gefahr ausgesetzt sind. Und genau deshalb stelle ich den

**Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge über den Petitionsweg an die Bundesregierung herantreten, mit dem Ziel in der Gegend rund um den Reininghauspark eine Schutzzone gemäß § 36a SPG zu errichten.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Zustände im Stadtteil Reininghaus sorgten kürzlich für große Schlagzeilen. Dutzende Jugendliche, überwiegend mit Migrationshintergrund, treiben dort seit einigen Wochen ihr Unwesen. Obwohl die meisten von ihnen nicht in dieser Gegend wohnhaft sind, halten sie sich in großen Gruppen rund um den Reininghauspark auf und terrorisieren durch ihr aggressives und teils kriminelles Verhalten Anrainer und Passanten. Es ist dringend notwendig, dieses Problem in den Griff zu bekommen, bevor es zu ersten schweren Verletzungen kommt. Die Errichtung einer Schutzzone stellt dafür ein geeignetes Mittel dar. Damit könnten ungebetene Gäste, von denen kriminelles Verhalten zu erwarten ist, rechtzeitig aus dieser Gegend entfernt werden.*

*Eine Schutzzone kann nur dann verordnet werden, wenn überwiegend minderjährige Menschen von den strafbaren Handlungen betroffen sind. Dies ist hier der Fall, da sich unter den Anrainern viele Familien mit Kindern befinden, welche dort einer unmittelbaren und inakzeptablen Gefahr ausgesetzt werden.*

*Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge über den Petitionsweg an die Bundesregierung herantreten, mit dem Ziel in der Gegend rund um den Reininghauspark eine Schutzzone gem. § 36a SPG zu errichten.*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen. Jetzt komme schon wieder ich heraus, aber nicht, weil ich zu allem etwas zu sagen habe, sondern weil ich tatsächlich letzte Woche am Freitag in Reininghaus war zu einer kulturellen Veranstaltung, und dort auch die Bezirksvorsteherin getroffen habe, die nämlich es einmal in die Hand genommen hat, mit den Jugendlichen dort zu reden, warum sie dort hinkommen, die Antwort war, weil es da so schön ist und weil so viel Platz ist, und die auch mit der Polizei gesprochen hat.

Und ich möchte mich ihrem Statement anschließen, wenn sie sagt, wenn strafrechtlich relevante Dinge passieren, dann gehören die auch geahndet. Da bin ich ganz dafür. Aber das ist egal von wem diese Handlungen verübt werden. Aber es ist dort in Reininghaus zu keinen strafrechtlich relevanten Handlungen gekommen bisher. Deswegen, was es braucht dort, und das hat auch die Polizei so unterstrichen, und das wurde auch auf Bitte von dem Bezirksrat sofort umgesetzt, dass die mobile Jugendarbeit dort mehr Präsenz zeigt. Das zeigt auch große Wirksamkeit. Es zeigt auch große Wirksamkeit, wenn Anrainer:innen dort mit den Jugendlichen reden, normal mit ihnen reden. Und was auch noch wirksam wäre, wenn dieser Platz, der jetzt tatsächlich einfach ein fader, leerer Platz ist, mehr belebt wäre. Die Bezirksvorsteherin hat gesagt, sie würde sich freuen, wenn sich mehr Leute dort aufhalten. Es ist aber so, wenn man direkt dort wohnt, dann ist es vielleicht noch möglich auch im Park zu picknicken, aber wo es hier einen wirklichen Mangel gibt in Reininghaus, das ist, dass es dort für die mittlerweile 2.500 Bewohner:innen, die dort leben, kein einziges Geschäft gibt, es gibt noch nicht einmal einen Kiosk, wo sich Kinder oder Jugendliche Eis kaufen könnten. Das Einzige, das es dort gibt, ist ein Bäckerei-Café, das für viele Jugendliche zu hochpreisig ist, und abends außerdem überhaupt nicht mehr geöffnet hat. Das ist wirklich tatsächlich etwas, was diesem Stadtteil fehlt und was ihm auch diesen, ein bisschen, Charakter verleiht, den er leide hat. Da muss wirklich etwas getan werden. Die Dringlichkeit ist aber auch deswegen nicht gegeben, weil es am morgigen Freitag dort eine Sicherheitssprechstunde der Polizei geben wird, das in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilmanagement gemacht wird, das wird keine einmalige Aktion sein, sondern das wird fortgesetzt werden. Und darüber hinaus ist das Stadtteilmanagement jetzt verstärkt daran Initiativen zu setzen, dass auf diesem Platz, also eben auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat, dass dieser Platz belebt wird, dass dort mehr stattfindet, als nur am Freitagvormittag ein Markt, sondern, dass es hier kulturelle Veranstaltungen gibt, dass es dort auch einmal ein Einstand gibt, einen Würstelstand und so weiter, dass sich Leute gerne dort aufhalten, dass sich eben nicht nur die Jugendlichen, die wirklich tatsächlich nicht dort wohnen, eben, die kommen da hin, weil sie einen Ort suchen und einen gefunden haben, der ihnen halt taugt, und die halt

natürlich, es sind dort Hochhäuser, wir wissen alle, Schall breitet sich nach oben aus. Ich habe es selbst miterlebt, diese Jugendlichen, die randalieren nicht, sondern die lachen hauptsächlich, Lachen ist laut, hört man halt vielleicht dort im 10. Stock noch ein bisschen lauter, kann einen stören, muss einen nicht stören. Aber wir müssen daran natürlich etwas tun und etwas arbeiten, aber das zur Sicherheitszone zu erklären ist unserer Meinung nach der falsche Weg. Deswegen würden wir der Dringlichkeit auch nicht zustimmen zum Antrag (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich finde es sehr interessant, dass eigentlich die erste Wortmeldung zu diesem Antrag eine ist, die auf den Inhalt letztendlich viel zu wenig eingeht und eigentlich sehr viele Dinge vermischt hat. Erstens einmal, es geht nicht um eine Sicherheitszone, um das nur einmal zur Korrektheit, es geht um eine Schutzzone, dass wir nur einmal beim Antragstext bleiben. Das ist etwas ganz anderes. Zweitens wir reden von strafrechtlich relevanten Dingen, die geahndet werden sollen, da sind wir d'accord. Es haben solche mutmaßlich stattgefunden, das hat man zumindest in der Zeitung lesen können. Ich würde bitten, das zu überprüfen, bevor letztendlich dieses ganze Vorkommen abgetan wird als eine Überempfindlichkeit von Anrainern und Anrainerinnen in einem Bezirk, wo einfach einiges zu tun ist. Ja, wohl, das stimmt, aber ich möchte darauf hinweisen, dass nicht nur ein Bezirksmitglied hier tätig geworden ist, sondern auch in letzter Zeit zahlreiche Gespräche stattgefunden haben, weil es eben ein Thema ist. Es sind junge Menschen, die sich dort aus welchen Gründen auch immer treffen, es kommt zu verschiedenen Vorkommnissen, die es zu beurteilen gilt und wo man auch darauf achten muss, dass das Zusammenspiel von Aufenthalt, von Anrainern und Anrainerinnen, von den Geschäften, Wirtschaftstreibenden und sonst noch, gut funktioniert. Aus diesem Grund hat auch der Stadtrat Hohensinner Gespräche geführt und zwar sehr intensiv, wo er sehr gut zugehört hat, unter anderem mit der Polizei, ÖWG, GMW, Stadtbaudirektion, Amt für Jugend und Familie der mobilen Jugendarbeit und der Ordnungswache. In diesem

Zusammenhang möge ich erwähnen, dass ein Jugendzentrum, das eigentlich schon längst geplant war, meines Wissens ja abgelehnt worden ist. Nicht von unserer Fraktion, darüber könnten wir vielleicht auch noch einmal genau reden. Und ich darf in diesem Zusammenhang auch auf eine Frage hinweisen, die ich heute eingebracht habe schriftlich, weil leider ist sie nicht mehr drangekommen, wo es um die Tennenmälzerei geht, wo man auch in einem kulturellen Zentrum natürlich eine entsprechende Verordnung schaffen kann, da wäre es auch gut, wenn wir langsam sozusagen ins Tun in die Belebung kommen. All das würde diesen Stadtteil guttun. Wir sind also nicht der Meinung meiner Vorrednerin, sind aber trotzdem auch der Auffassung, dass eine Schutzzone, weil sie kein präventives Mittel darstellt, sozusagen ein letzter Schritt sein könnte. Aber wir möchten gerne, weil es auch an bestimmte Voraussetzungen gekoppelt ist, namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

### **Abänderungsantrag**

einbringen:

1. Die zuständigen Abteilungen (Ordnungswache, Bürgermeisteramt, Amt für Jugend und Familie) werden ersucht, durch Sofortmaßnahmen mit der Ordnungswache und der mobilen Jugendarbeit in den nächsten Wochen erhöhte Präsenz im Stadtteil Reininghaus zu zeigen.
2. Alle Ämter der Stadt Graz werden ersucht, im jeweiligen Wirkungsbereich Maßnahmen zu setzen, um im Stadtteil Reininghaus die derzeitige Situation zu beruhigen.
3. Finanzstadtrat Manfred Eber wird ersucht, die Bereitstellung finanzieller Mittel zu prüfen, um wie auch schon in der Jugendstrategie angedacht, ein Jugendzentrum im Stadtteil Reininghaus ehestmöglich errichten zu können.

4. Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, die Situation nach dem Sommer mit allen Beteiligten bei einem gemeinsamen Termin zu besprechen und weitere Maßnahmen zu prüfen, da käme dann gegebenenfalls die Schutzzone ins Spiel.

Ich bin der Meinung, dass dieser Vorschlag gemäßigt, maßvoll und zielgerichtet ist, er wäre zum Besten aller Beteiligten und dementsprechend hoffe ich auf breite Zustimmung. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Die derzeitige Situation im Reininghauspark belastet verständlicherweise die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Gewerbetreibenden vor Ort. Aus diesem Grund gab es erst vor zwei Tagen einen gemeinsamen Termin mit Polizei, ÖWG, ENW, der Stadtbaudirektion, dem Amt für Jugend und Familie, der mobilen Jugendarbeit sowie der GPS/Ordnungswache.*

*Nachdem eine Schutzzone kein präventives Mittel darstellt, sondern an gewisse Voraussetzungen geknüpft ist, stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs sowie des KFG folgenden*

***Abänderungsantrag:***

1. *Die zuständigen Abteilungen (Ordnungswache, Bürgermeisteramt, Amt für Jugend und Familie) werden ersucht, durch Sofortmaßnahmen mit der Ordnungswache und der mobilen Jugendarbeit in den nächsten Wochen erhöhte Präsenz im Stadtteil Reininghaus zu zeigen.*

2. *Alle Ämter der Stadt Graz werden ersucht, im jeweiligen Wirkungsbereich Maßnahmen zu setzen, um im Stadtteil Reininghaus die derzeitige Situation zu beruhigen.*
3. *Finanzstadtrat Manfred Eber wird ersucht, die Bereitstellung finanzieller Mittel zu prüfen, um wie auch schon in der Jugendstrategie angedacht, ein Jugendzentrum im Stadtteil Reininghaus ehestmöglich errichten zu können.*
4. *Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, die Situation nach dem Sommer mit allen Beteiligten bei einem gemeinsamen Termin zu besprechen und weitere Maßnahmen zu prüfen – bei Vorliegen aller Voraussetzungen auch eine Schutzzone gem. § 36 SPG.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Kommen wir zuerst zum Positiven von diesem Antrag, und das verbindet eigentlich in negativer Variante die Wortmeldung von der Kollegin Braunersreuther. Fakt ist, dass wir in diesem Gebiet Probleme haben. Es ist jetzt nicht eine Erfindung der Kleinen Zeitung und es ist auch eine Erfindung der Anrainer, die dort wohnen. Es gibt gegenwärtig dort Sachbeschädigungen, es gibt dort massiv Lärmerregungen, es gibt der Verschmutzungen, es gibt da alle möglichen Verwaltungsübertretungen, teilweise eben auch Sachbeschädigung, das sind dann natürlich strafrechtliche Übertretungen. Und das zu leugnen ist auch ein Schlag in das Gesicht von allen Anrainern, die dort wohnen. Das muss man auch einmal in diesem zusammen sagen (*Appl.*).

Das heißt, die Dringlichkeit ist in unserem Sinne auf jeden Fall bei diesem Antrag gegeben. Dann kommen wir zum Inhalt, auch, wenn der Kollege Pointner das immer kritisiert, ich nutze die Chance, auch auf diesen inhaltlich einzugehen. Inhaltlich ist der Antrag halt etwas, nennen wir es schwachbrüstig. Wie schaut es aus? Hat irgendjemand, hat euer neuer Stadtparteiobmann, der Herr Kassegger mit

irgendeinem Anrainer dort gesprochen? Also gesehen hat ihn niemand. Ist vielleicht auch besser so. Faktisch wird es auch so sein, dass niemand mit den Anrainern gesprochen hat von euch. Der zweite springende Punkt ist schon, dass man ein bisschen ein Geschick an den Tag legt. Also ich weiß, ob du selbst den Antrag geschrieben hast, oder werden geschrieben hat, aber wenn ich einen Antrag zu einer Schutzzone schreibe, dann ist es schon ein bisschen geschickt, wenn ich mir vorher das Sicherheitspolizeigesetz hernehme und einmal schaue, was brauche ich eigentlich für so eine Schutzzone. Nämlich, was brauche ich? Drei wichtige Punkte in diesem Sinne, Übertretungen bezüglich des Strafgesetzbuches. Ok, kann man darüber diskutieren, wird gegeben sein. Punkt zwei, dass überwiegend Minderjährige die Opfer sind und nicht die Täter, so wie in diesem Fall, weil Jugendliche dort randalieren. Und als dritter großer Punkt, dass eine gewisse Schwere oder ein gewisses Ausmaß da ist. Und wenn man das nicht sinnerfassend liest, dann wird es halt schwierig hier einen Antrag in diese Richtung zu bringen. Und weißt du, was auch noch geschickt wäre? Wenn man direkt, nicht nur mit den Anrainern redet, so wie wir es zum Beispiel auch gemacht haben, sondern, wenn man mit der Exekutive direkt redet. Die sagt zwar: Ja, das sind Probleme, aber die Schwere, dass wir jetzt eine Schutzzone sofort verhängen können, auch von Seiten der Sicherheitsbehörde ist so noch nicht gegeben. Und darum, glaube ich, ist der Antrag von der Kollegin Unger, den wir im Prinzip gemeinsam eingebracht haben, ein kluger, dass man einmal abwartet, dass man schaut, was ergibt sich wirklich, dass man weitere Gespräche führt, stehen ja auch beide drauf, KFG und ÖVP, und dass man dann wirklich entscheidet, wenn diese Probleme gegeben sind, dass wir auch dann das Mittel, und das durchaus dann auch vernünftige Mittel von der Schutzzone in Angriff nimmt. Jetzt liegen die Voraussetzungen nicht vor, eine Sicherheitsbehörde würde mit keinsten nur denkbaren Variante hergehen und jetzt diese Sicherheitszone aussprechen. Solange Voraussetzungen nicht gegeben sind, werden wir uns einfach schwertun (*Appl.*).

Nachdem sich die Dringlichkeit hier jetzt nicht abzeichnet, nutze ich die Gelegenheit jetzt noch für ein Schlusswort zu dem Antrag zu sprechen. Ja, Michi Winter, es ist schon sehr abenteuerlich, wenn du auf einmal gegen Schutzzonen zu argumentieren versuchst. Du bist ja bei diesem Thema eher bekannt für die scharfe Klinge, aber ich muss ganz ehrlich sagen, der Weichspüler steht dir jetzt nicht so unbedingt (*Gelächter im Saal*).

Die ÖVP kann ich natürlich verstehen, den Innenminister zu beauftragen, das liegt jetzt nicht in eurem Sinn. Das ist grundsätzlich ein ganz klarer Fall, aber trotzdem danke für die sachliche Wortmeldung. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es einen guten Grund hat, warum in Sicherheitsfragen die meisten Bürger zum Schmied und nicht zum Schmiedl gehen. Ein Innenminister der FPÖ hat das im Stadtpark auch durchsetzen können. Das hat auch jeder gesagt, es wird nicht halten, es wird nicht funktionieren. Es hat gehalten und es hat funktioniert. Trotzdem Danke.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

So ist es (*Gelächter im Saal und Appl.*).

Nein, das hat sich bezogen auf den Kurt, der gesagt hat, dass das der Landespolizeidirektor festlegt und nicht der Innenminister. Aber ich möchte vielleicht nur anmerken, bevor wir zur Abstimmung kommen und damit die Punkte im Abänderungsantrag einfach auch für alle, die vielleicht sich jetzt mit dem Thema nicht so beschäftigt haben, Punkt 1 ist tatsächlich im Laufen und es ist auch alles richtig, wer Kontakt aufgenommen hat und viele Leute waren ja hier involviert, das muss man auch wirklich sagen. Ich selbst habe auch mit den mobilen Jugendarbeitern gesprochen, das ist übrigens nicht nur dort, sondern wir haben auch an einem anderen Punkt eine ähnlich gelagerte Problematik derzeit. Und der Punkt 4, den mache ich gerne, weil es ja auch logisch ist, wenn etwas so ist, dass man auch wieder zusammenkommt und schaut, greift das, und was an Aktivitäten beziehungsweise an Maßnahmen notwendig ist. Also das kann ich gerne versprechen, dass wir das in der September-Sitzung oder vielleicht sogar vorab machen. Mache ich gerne, das ist überhaupt kein Thema. Zum Jugendzentrum kann ich nichts dazu sagen. Zum dritten Punkt kann ich etwas Konkretes sagen, und der zweite Punkt ist de facto eh erfüllt, weil Abteilungen oder

Mitarbeiter der Stadt damit involviert sind, das wollte ich nur anmerken, damit auch alle am Stand sind.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***